

NAZIFASCHISMUS - VERFOLGTE - WIDERSTAND

Dokumentation einer antifaschistischen Veranstaltungsreihe

Der Aufstand von Sobibor

Antiziganismus - Eine ungebrochen Tradition

Militant und jüdisch - der Widerstand der Herbert-Baum-Gruppe

„Ohrfeige für Kiesinger“ – Kontinuität nach 1945

Der Judenhass und die „großen Deutschen“



INHALT

Vorwort	03
Der Aufstand von Sobibor	05
- Das Vernichtungslager Sobibor - Wichtige Ergänzungen aus der anschließenden Diskussion	
Antiziganismus – eine ungebrochene Tradition in Deutschland	10
- Etappen der Verfolgung und des Terrors gegen Sinti und Roma - Der II. Weltkrieg und der Völkermord an den Sinti und Roma - Widerstand von Sinti und Roma gegen den Nazifaschismus - Zur Kontinuität des Antiziganismus in Deutschland nach 1945 bis heute - Verweigerung von Entschädigungen - Fortgesetzte polizeiliche Verfolgung - Antiziganismus heute - Aufgaben heute - Flugblatt „Verhindern wir die Abschiebung von Roma!“	
Militant und jüdisch – der Widerstand der Herbert-Baum-Gruppe	18
- Antisemitische Maßnahmen in Deutschland 1933-1938 - Der II. Weltkrieg und der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas - Die Ursprünge der Herbert-Baum-Gruppe im Kommunistischen Jugendverband (KJVD) - Die Herbert-Baum-Gruppe – eine jüdisch-antifaschistische Widerstandsgruppe - Widerstandsaktionen der Herbert-Baum-Gruppe gegen die Nazis - Der Anschlag auf die Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ - Verfolgung und Zerschlagung der Herbert-Baum-Gruppe - Eine Auswahl antisemitischer Überfälle und Angriffe der letzten drei Jahre - Lehren für heute	
„Ohrfeige für Kiesinger“ – Kontinuität nach 1945	27
- Die Besetzung Nazi-Deutschlands durch die Alliierten und das Potsdamer Abkommen - Die Umsetzung der Entnazifizierung durch die Alliierten und der Nürnberger Prozess - Sabotage der Entnazifizierung durch reaktionäre deutsche Kräfte - Personelle und ideologische Kontinuität nach 1945 in der BRD - Nazis in der Politik - Nazis in der Justiz - Nazis in der Bundeswehr, in der Polizei und in den Geheimdiensten - Nazis in der Wirtschaft - Nazis in der Medizin	
Der Judenhass und die „großen Deutschen“	35
- Umgang mit dem antisemitischen Erbe der „großen Deutschen“ an der Humboldt-Universität in Berlin - Martin Luther - Immanuel Kant - Johann Gottlieb Fichte - Ernst Moritz Arndt, Turnvater Jahn und Hoffmann von Fallersleben - Richard Wagner - Und heute ... das Beispiel Walser	

Dank

Diese Broschüre wurde mit der freundlichen Unterstützung von „Netzwerk - der politischen Förderfond“ realisiert. Wir bedanken uns hierfür.

Kontakt

Grundlage für diese Broschüre ist eine Veranstaltungsreihe der Jugendantifa Berlin (JAB) im Jahr 2009/2010. Die Gruppe ist mittlerweile Teil der Autonomen Antifa Berlin (A2B). Schickt bitte für Kritik, Anregungen und Fragen ein Mail an: a2b@riseup.net

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des Absenders bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

VORWORT

Die vorliegende Dokumentation umfasst Beiträge zu fünf thematisch gegliederten Veranstaltungen, die die JAB im Rahmen der antifaschistischen Veranstaltungsreihe „Nazifaschismus - Verfolgte - Widerstand“ in den Jahren 2009 und 2010 durchgeführt haben. Mit dieser Veranstaltungsreihe ging es uns darum, uns wesentliche inhaltliche Schwerpunkte im Kampf gegen die heutigen Nazis anzueignen und Position zu beziehen. Getreu dem Motto: „Zur Praxis gehört die Theorie“. Es ist unser Anliegen, die Nazis und ihre Verbrechen anzuklagen, der Verfolgten des Naziterrors zu gedenken und Kontinuität gewährleistet antifaschistisch zu arbeiten. Hierfür ist es wichtig, über den aktiven Kampf hinaus (beispielsweise gegen die lokale Naziszene und den staatlichen Rassismus), den Nazifaschismus und seine Bestandteile zu kennen. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist für den praktischen und theoretischen Kampf unerlässlich. Dabei ging und geht es uns bei den Veranstaltungen vor allem um die Fragen:

Was war der Nährboden für den Nazifaschismus, wo waren die Fundamente in der Gesellschaft schon angelegt und wo hat er seine ideologischen Wurzeln?

Was sind die Folgen des Nazifaschismus? Wo wurde ungebrochen weitergemacht und was heißt das für heute?

Und schließlich: Wie wurde und wird aktiv Widerstand geleistet? Was sind konkrete Beispiele und funktionierende Taktiken im Kampf gegen die Nazis?

Sich selbst dabei immer wieder das ganze Ausmaß der Nazi-verbrechen bewusst zu machen, ist dabei grundlegende Voraussetzung, um klar gegen Nazis, Antisemitismus, Antiziganismus und das deutsche Herrenmenschengehebe Stellung beziehen zu können. Neben der Kenntnis und Information über den Nazifaschismus steht dabei für uns im antifaschistischen Widerstand gegen die Nazis heute vor allem die praktische Solidarität mit den von Naziterror und Nazihetze Betroffenen im Mittelpunkt. Wir finden die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Flüchtlingen, mit Sinti- und Roma-Gruppen, mit jüdischen Gruppen gegen Nazis, sowie ihre Ideologie, gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus eine wesentliche Schlussfolgerung aus der Kenntnis der Nazi-Verbrechen und dem heutigen Naziterror. Es geht uns darum, den antifaschistischen Widerstand gegen alle Angriffe und Verleumdungen zu verteidigen und wir stellen uns in die Tradition der antifaschistischen Parole: „Kein Vergeben! Kein Vergessen!“

Der Aufstand von Sobibor

Die erste dokumentierte Veranstaltung mit dem Titel „Der Aufstand von Sobibor“ behandelt das KZ- und Vernichtungslagersystem der Nazis und informiert über den bewaffneten Aufstand und die Massenflucht des jüdischen Sonderkommandos im Vernichtungslager Sobibor im Oktober 1943. Mit der Auslieferung und dem Prozess gegen Iwan Demjanjuk, einem der Beteiligten an dem unter Anderem in Sobibor verübten Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas, wurde und wird der Name Sobibor und wofür er steht für viele wieder ins Gedächtnis gerufen.

Gezeigt wurde auf der Veranstaltung der Spielfilm „Flucht aus Sobibor“, der basierend auf den Berichten von Überlebenden (wie z.B. dem zum Zeitpunkt des Aufstandes 15jährigen Thomas „Toivi“ Blatt, der aktuell als Zeuge und Nebenkläger im Prozess gegen Demjanjuk auftritt) den Alltag der Vernichtung und des jüdischen Sonderkommandos in Sobibor zeigt. Eindrucksvoll wird

vor allem in der zweiten Hälfte des Films die Vorbereitung und Durchführung des Aufstandes und Massenausbruchs gezeigt.

Antiziganismus - eine ungebrochene Tradition in Deutschland

Mit unserer zweiten Veranstaltung „Antiziganismus - eine ungebrochene Tradition in Deutschland“ wollen wir einen im Anti-Nazi-Kampf heute viel zu wenig beachteten Punkt thematisieren und herausarbeiten. Antiziganismus, die Verachtung von Sinti und Roma, ist in Deutschland seit Jahrhunderten fest verankert. Im Nazifaschismus hat die Verfolgung und Ermordung ihren bisherigen Höhepunkt gefunden, wobei Verfolgung und Diskriminierung bis heute andauern. Wesentlich für uns ist dabei: Die aktuelle Situation der Sinti und Roma lässt sich nur wirklich verstehen vor dem Hintergrund der langen Geschichte der Feindschaft und vor allem des Nazi-Völkermords an den Sinti und Roma.

Eingeladen hatten wir zu der Veranstaltung Miman Jasarovski, der jedoch krankheitsbedingt nicht teilnehmen konnte. Miman Jasarovski ist selbst Rom und arbeitet als Sozialarbeiter in Berlin-Neukölln. Als im Mai/Juni 2009 wochenlang in den Medien und von Seiten des rot-roten Berliner Senates über etwa 100 rumänische Roma-Flüchtlinge in Berlin gehetzt wurde, die Roma mit Polizeieinsätzen zum Verlassen der Stadt und des Landes gedrängt wurden, fanden diese Unterstützung bei den Besetzer_innen des Bethanien und einem gebildeten Unterstützer_innenkreis, an dem auch Miman Jasarovski beteiligt war.

Für die Veranstaltung wurde die kampagnenartige Hetze der bürgerlichen Medien anhand der Bild-Zeitung und der BZ in Form einer Ausstellung mit sieben Ausstellungstafeln DIN A2 dokumentiert. Gezeigt wurde diese auch bei den bundesweiten Aktionstagen gegen die geplante Massenabschiebung von Roma in das Kosovo vom 02.-04. Oktober 2009 am Potsdamer Platz in Berlin. Das Flugblatt „Verhindern wir die Abschiebung von Roma!“ wurde anlässlich der Aktionstage erstellt und ist ebenfalls in die Dokumentation mit aufgenommen worden. Der Anlass und Inhalt des Flugblattes, die Verabschiedung eines so genannten „Rückübernahmeabkommens“ zwischen Deutschland und der Kosovoregierung zur Massenabschiebung von 10.000 Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo hat nichts an seiner Aktualität verloren. Die geplanten und beschlossenen Massenabschiebungen sind zum Teil schon durchgeführt. Die Abschiebung der Roma aus dem Kosovo steht immer noch auf der Tagesordnung. Unsere Solidarität und unser Widerstand sind nach wie vor wichtig.

Ebenfalls wurde die Ausstellung beim Solidaritätsfest mit den Flüchtlingen des „Abschiebelagers“ der AWO in der Motardstraße in Spandau im November 2009, einer Einrichtung im Rahmen des lebensbedrohenden deutschen Abschiebesystems, gezeigt. Hier wurden die rumänischen Roma-Flüchtlinge auf Drängen des Berliner Senates kurz vor ihrer „freiwilligen Ausreise“ untergebracht.

Militant und jüdisch - der Widerstand der Herbert-Baum-Gruppe gegen den Nazifaschismus

Der dritte Beitragsbeitrag trägt den Titel „Militant und jüdisch - der Widerstand der Herbert-Baum-Gruppe gegen den Nazifaschismus“. Die Herbert-Baum-Gruppe war die größte jüdische Widerstandsgruppe, die während des Nazifaschismus in Deutschland den Kampf gegen die Nazis, gegen ihre jüdenfeindliche Politik und gegen ihren jüdenfeindlichen Terror organisierte. Die Gruppe um Herbert Baum verkörperte das Feindbild der Nazis wie keine andere, weil ihre Mitglieder

jüdisch und viele von ihnen auch kommunistisch waren. Sie leisteten militanten Widerstand und bekundeten ihre Solidarität mit der damaligen sozialistischen Sowjetunion. Sie verhalfen Juden unter Einsatz ihres Lebens zur Flucht und haben aktiv gegen die Nazipropaganda gekämpft. Sie leisteten praktische Solidarität mit Zwangsarbeiter_innen aus anderen Ländern und nahmen Verbindungen zu anderen Widerstandsgruppen auf. Für die Veranstaltung haben wir Plakatwände über die Mitglieder und Widerstandsaktionen der Herbert-Baum-Gruppe, über die Etappen des antisemitischen Terrors der Nazis 1933 bis 1945 und über Antisemitismus heute erstellt und auf der Veranstaltung präsentiert.

Ohrfeige für Kiesinger

Die vierte Veranstaltung „Ohrfeige für Kiesinger“ beschäftigt sich mit der ideologischen und politischen Kontinuität beim Übergang vom Nazifaschismus zur parlamentarischen Republik in Westdeutschland. Augenfällig sind die personellen Kontinuitäten etwa bei Richtern, Staatsanwälten, Generälen und Konzernleitungen. Prominentes Beispiel hierfür ist Bundeskanzler Kiesinger (1966 -1969). Heute, nach dem Ableben der meisten alten Nazis, steht vor allem die ideologische Kontinuität von deutschem Nationalismus, Antikommunismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus im Mittelpunkt.

Für diese Veranstaltung hatten wir mit dem Verdi-Haus am Paula-Thiede-Ufer am Ostbahnhof bewusst einen gewerkschaftlichen Ort gewählt, um über das von uns erreichbare antifaschistische Spektrum hinaus antifaschistische und linke Kräfte und Gruppen in den Gewerkschaften anzusprechen und mit ihnen in Diskussion und Kontakt zu treten. Wir finden das Anliegen und die Aufgabe, Kontakte und eine Zusammenarbeit zu solchen Kräften in den Gewerkschaften zu suchen und herzustellen, weiterhin richtig und wichtig.

Der Judenhass und die „großen Deutschen“

Den Abschluss unserer Veranstaltungsreihe und der vorliegenden Dokumentation bildet die Veranstaltung mit dem Thema „Der Judenhass und die ‚großen Deutschen‘“. In dieser Veranstaltung haben wir uns mit der tief verwurzelten Tradition des Antisemitismus in der deutschen Geistesgeschichte am Beispiel einiger der so genannten „großen Deutschen“ auseinandergesetzt, deren Antisemitismus zum Bestandteil des geistigen Nährbodens der Naziideologie geworden ist.

Behandelt wurden auf der Veranstaltung der Judenhass bei Luther, den deutschen Idealisten Kant und Fichte, sowie seiner Zeitgenossen Ernst Moritz Arndt, „Turnvater“ Jahn und Hoffmann von Fallersleben. Weiterhin gab es einen Beitrag zum Antisemitismus Richard Wagners. Der Bogen zu heute wurde mit dem Antisemitismus des kleinen „großen Deutschen“ Martin Walser gespannt.

Zum Abschluss

Die meisten Veranstaltungen waren gut besucht und die Diskussionen interessant und weiterführend. Hervorheben möchten wir da vor allem die doch sehr lebendige Diskussion bei der „Antiziganismus“-Veranstaltung, die vor allem auch davon gelebt hat, dass TeilnehmerInnen des Unterstützungskreises für die rumänischen Romaflüchtlinge in Berlin anwesend waren und durch ihre Schilderungen und Beiträge die Veranstaltung sehr bereichert haben. Insgesamt wollen wir uns bei allen Besucher_innen bedanken, die mit ihren Beiträgen nicht nur wichtige Ergänzungen zu denen einzelnen behandelten Themen beigetragen haben, sondern darüber hinaus oft auch für uns wichtige und neue Aspekte eingebracht haben.

Eine für uns sehr wichtige Diskussion gab es schon gleich bei der ersten Veranstaltung. Von einem Veranstaltungsteilnehmer wurde der zunächst von uns gewählte Titel der Veranstaltungsreihe „Täter-Opfer-Widerstand“ problematisiert und kritisiert. Eine sehr wichtige und richtige Kritik an dem von uns gewählten Begriff „Opfer“ hat letztendlich zu einer Änderung des Titels der Veranstaltungsreihe, zum Neuentwurf und Neudruck der Veranstaltungsflyer und Plakate geführt. Wenn wir schon mit der Veranstaltung „Der Aufstand von Sobibor“, so die berechtigte Kritik des Besuchers, der Verleumdung entgegengetreten wollten, dass die jüdische Bevölkerung keinen Widerstand gegen den Nazifaschismus geleistet habe und sich „wie Lämmer zur Schlachtbank habe führen lassen“, dann sei der Begriff „Opfer“ doch eher problembehaftet als positiv besetzt. Aus dieser berechtigten Kritik ist dann ab der zweiten Veranstaltung der neue Titel „Nazifaschismus - Verfolgte - Widerstand“ geworden.

Die letzte Veranstaltung „Der Judenhass und die ‚großen Deutschen‘“ war mit über 70 Teilnehmer_innen an der Humboldt-Universität die am besten besuchte. Bei dieser Veranstaltung sind wir ein wenig von unserem Konzept, eigene Beiträge zu erarbeiten und vorzustellen, abgewichen. Zu der Veranstaltung, die wir gemeinsam mit dem Antifa/Antira-Referat des ASTA der Alice Salomon Hochschule veranstaltet haben, hatten wir Dr. habil. Benjamin Ortmeier von der Goethe-Universität in Frankfurt eingeladen. Für seinen Beitrag zum Judenhass im deutschen Idealismus am Beispiel Fichtes, Ernst Moritz Arndts, von „Turnvater“ Jahn und Hoffmann von Fallersleben, wollen wir uns an dieser Stelle nochmals ausdrücklich bedanken.

Insgesamt hat die Auseinandersetzung mit den einzelnen hier dokumentierten Themen und die Diskussion darüber in Arbeitsgruppen, unsere Praxis um eine kontinuierliche inhaltliche Auseinandersetzung erweitert. Diese Erarbeitung und das dadurch vergrößerte Wissen über den Nazifaschismus, die Naziverbrechen, die Kontinuität von Antisemitismus und Antiziganismus in Deutschland hat bei den Beteiligten zu einer Vertiefung, Erweiterung und Festigung unseres antifaschistischen Selbstverständnisses beigetragen. Einen solchen Prozess in unseren eigenen Reihen fortzusetzen, sehen wir neben der antifaschistischen Praxis als wesentlich an, um eine kontinuierliche antifaschistische Arbeit leisten und gewährleisten zu können.

Dabei wollen wir auch mit euch, den Leser_innen dieser Dokumentation, in einen solchen Austausch treten. Wir sind an eurer Meinung, an euren Erfahrungen, an Kritik und Anregungen und vor allem an der Diskussion mit euch interessiert. Also tretet mit uns in Kontakt.

Vielleicht kann die Dokumentation einen kleinen Beitrag leisten, sich mit den einzelnen behandelten Themen intensiver vertraut zu machen. Die abgedruckten Beiträge liefern dafür einen Einstieg. Weiterführende Literatur ist an jeden Beitrag angehängt, oft auch bürgerliche Quellen, die aufgrund der zusammengetragenen Fakten unverzichtbar, aber mit der dort vorgenommenen Gewichtung und Wertung der Fakten und der oft versteckt propagierten Botschaft mit der entsprechenden Vorsicht zu genießen sind. Freuen würden wir uns natürlich auch, wenn der/die ein oder andere Interessierte die Dokumentation als Anregung und Inspiration für eigene Seminare, Veranstaltungen zu den behandelten Themen sehen würde.

Der Aufstand von Sobibor

Sobibor, der Name ist in letzter Zeit häufiger im Zusammenhang mit der inzwischen erfolgten Auslieferung des Nazis Ivan Demjanjuk durch die Presse gegangen. Demjanjuk war Mitglied der ukrainischen „Wachmannschaften“ im Vernichtungslager Sobibor. Sobibor, das war eines von sechs Vernichtungslagern der Nazis, in dem die „Endlösung der Judenfrage“, wie die Nazis den Völkermord an den europäischen Juden bezeichnet haben, in eigens dafür errichteten, industriell und fabrikmäßig organisierten Mordfabriken durchgeführt haben. Neben Sobibor gab es noch die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Chelmo, Belzec, Majdanek-Lublin und Treblinka. Alle sechs Vernichtungslager lagen auf polnischem Gebiet (Auschwitz-Birkenau und Majdanek-Lublin waren sowohl Konzentrationslager als auch Vernichtungslager). Was war das Besondere an diesen sechs Vernichtungslagern? Was unterschied sie z.B. von den KZs, wie Buchenwald oder Sachsenhausen? Die wichtigste Besonderheit, der wichtigste Unterschied zu den KZs ist sicher der, dass die Vernichtungslager reine Mordfabriken waren, die einzig und allein zu diesem Zweck errichtet wurden. Zum Höhepunkt der Versklavung der Völker Europas während des II. Weltkrieges hatten die Nazis ein Netz von 20 Haupt-KZs mit einigen Tausend Nebenlagern über ganz Europa errichtet. In diesen KZs waren zum Teil einige zehntausende Häftlinge inhaftiert, die in den oftmals direkt an die KZs angegliederten Fabriken brutale Sklavenarbeit bis zu ihrem Tod verrichten mussten.

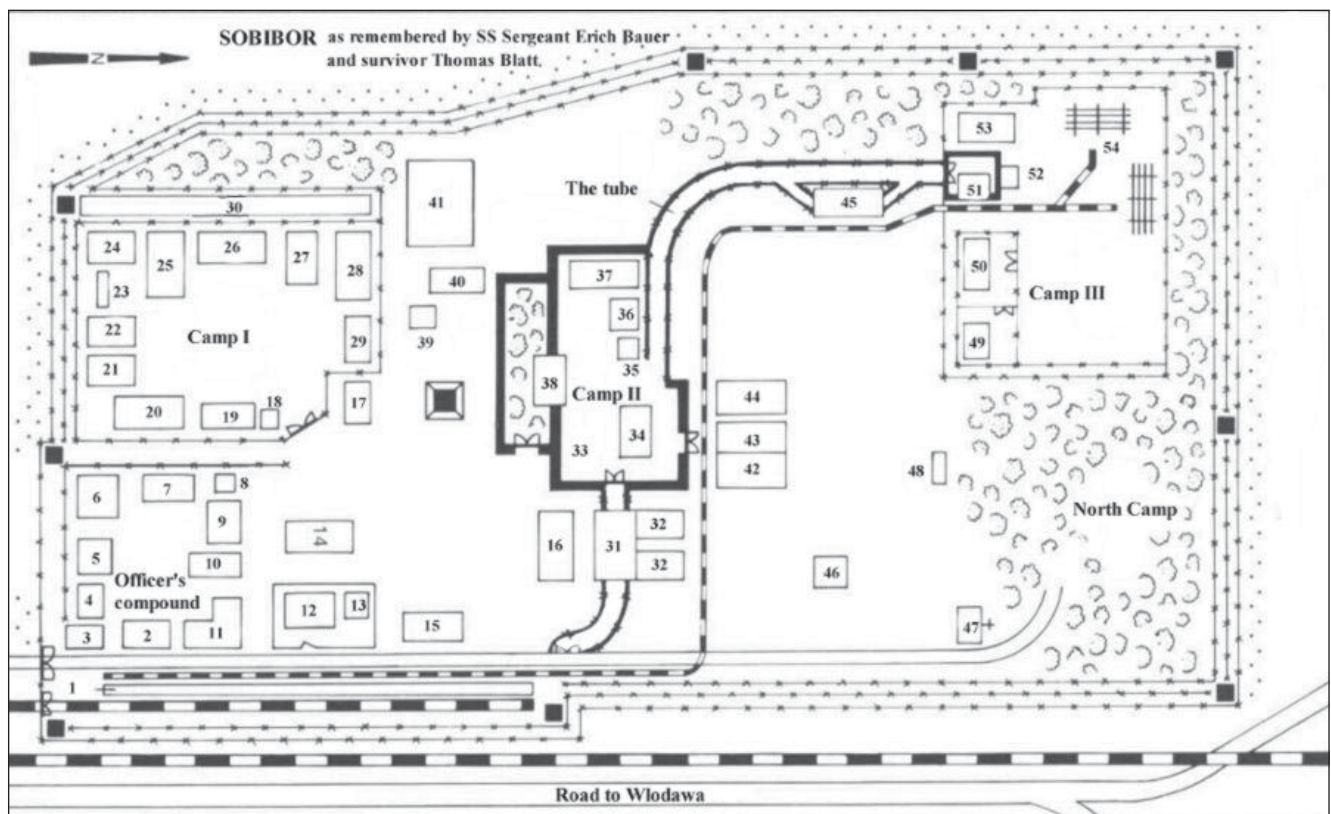
Wie sah der KZ-Alltag aus?

Systematische Unterernährung, pseudowissenschaftliche medizinische Versuche, die gezielte Verbreitung von Seuchen und ein System unerträglicher, auf Vernichtung ausgerichteter Sklavenarbeit, das und viele hundert Schikanen zur Erniedrigung und Ermordung der KZ-Häftlinge, all das hatten sich die Nazis einfallen lassen. Bei diesem systematischen Terror hatte ein KZ-Häftling eine durchschnittliche Überlebensdauer von nur 3-6 Monaten.

Ein Vernichtungslager wie Sobibor sah dagegen anders aus. Hier lag die durchschnittliche Überlebensdauer der ankommenden Häftlinge bei 4-6 Stunden. Die Vernichtungslager bestanden hauptsächlich aus der Rampe, an der die Züge der zur Vernichtung bestimmten Jüdinnen und Juden sowie der Sinti und Roma ankamen, und den getarnten Gaskammern. Die Einzigen, die in den Vernichtungslagern länger am Leben blieben, waren die Mitglieder der so genannten Sonderkommandos. So wurden alle Häftlinge bezeichnet, die zur Aufrechterhaltung des Vernichtungsapparates eines solchen Vernichtungslagers für die Nazis notwendig waren. In Sobibor waren das ca. 600 Häftlinge, die eingeteilt in verschiedene Sonderkommandos dazu gezwungen wurden, die notwendigen Arbeiten in einer solchen Mordfabrik zu verrichten: Kleider und Wertsachen der Ermordeten sortieren, im angrenzenden Wald Holz hacken für die Krematorien, Frauen die Haare scheren, bevor diese von den SS-Mördern und ukrainischen Wachmannschaften in die Gaskammern getrieben wurden und eben Leichen, zehntausende von Leichen verbrennen. In Sobibor wurden bis zum bewaffneten Aufstand von April 1942 bis Oktober 1943, in nur 20 Monaten, zwischen 250.000 und 500.000 Jüdinnen und Juden hauptsächlich durch Giftgas vernichtet. Insgesamt ermordeten die Nazis 6 Millionen Jüdinnen und Juden und 500.000 Sinti und Roma. Neben der ungeheuren Anzahl der Ermordeten steht vor allem auch die Art und Weise wie dieser Völkermord von den Nazis durchgeführt wurde, die Errichtung einer eigenen Mordindustrie, einzig und allein zu diesem Zweck für die bisherige Einmaligkeit dieser Nazi-Verbrechen in der Menschheitsgeschichte!

Der Aufstand des jüdischen Sonderkommandos von Sobibor

Am 14. Oktober 1943 fand der bewaffnete Aufstand und Massenausbuch des Sonderkommandos von Sobibor (der auch in dem auf der Veranstaltung gezeigten Film „Flucht aus Sobibor“ eindrucksvoll dargestellt wird A.d.Verf.) statt. Dieser stand am Ende einer Reihe von Widerstandsaktionen unter den aller schwi-



Lagerskizze des Vernichtungslagers Sobibor nach den Erinnerungen des am Aufstand Beteiligten Thomas „Toivi“ Blatt und SS-Mannes Erich Bauer

erigsten Bedingungen. Zuvor gab es bereits Fluchtversuche und gelungene Ausbrüche kleinerer Gruppen. Auch bei der Rampe und vor den Gaskammern kam es immer wieder zu Kämpfen gegen die SS-Mörder und die ukrainischen „Hilfstruppen“. Der bewaffnete Aufstand und die Massenflucht des Sonderkommandos war von der illegalen Widerstandsorganisation gut vorbereitet worden. Im Verlauf ihres Aufstands gelang es den Häftlingen des Sonderkommandos zwölf der zu diesem Zeitpunkt 17 anwesenden SS-Mörder sowie einige der ukrainischen Wachtruppen zu töten. Durch den Aufstand und Massenausbruch gelang zunächst etwa 320 Häftlingen des Sonderkommandos die Flucht aus Sobibor. Ca. 170 wurden in den nächsten Tagen bei Fahndungsaktionen ermordet. Etwa 50 Häftlinge haben die Befreiung vom Nazifaschismus überlebt. Viele hatten versucht sich bis zur Befreiung durch die Rote Armee vor dem Zugriff und der sicheren Ermordung durch die Nazis zu verstecken, viele schlossen sich den Partisanenverbänden und der Roten Armee im Kampf gegen die Nazis an. Der Aufstand in Sobibor war nicht der einzige Aufstand in den Mordfabriken der Nazis. Neben dem Aufstand in Sobibor gab es unter anderem auch einen Aufstand in Treblinka (im August 1943) und einen Aufstand der Sinti und Roma gegen die Liquidierung des sogenannten „Zigeuner-Familienlagers“ in Auschwitz-Birkenau (im Mai 1944). Alle diese Aufstände in den Vernichtungslagern des Nazifaschismus haben vor allem eines gezeigt: Widerstand gegen die Nazis war möglich, selbst unter den schwierigsten Bedingungen!

Mit unserer Veranstaltung greifen wir uns heute den Aufstand in Sobibor heraus, um an einem Beispiel exemplarisch, an einem Ort der Vernichtung den Widerstand der Jüdinnen und Juden gegen den Nazi-Völkermord aufzuzeigen. Als Antifas sehen wir uns heute in der Verantwortung, diese Nazi-Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Es geht uns auch darum, allen Versuchen der heutigen Nazis und Geschichtsrevisionisten diese Naziverbrechen zu leugnen und zu relativieren, entgegenzutreten. Wir unterstützen die berechtigten Forderungen der Opfer auf eine umfassende Entschädigung für diese Verbrechen und die Bestrafung der Nazi-Mörder. Für uns ist eine wichtige Erfahrung des antifaschistischen Widerstands der illegalen Widerstandsgruppen in den KZs und Vernichtungslagern deren internationale Zusammensetzung. Wir sollten daraus etwas für unseren heutigen Kampf gegen Nazis lernen. Auch in unserem heutigen Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Nazis wäre eine solche auf Internationalismus, Gleichberechtigung und Solidarität basierende Zusammenarbeit mit allen von Nazis und staatlichem Rassismus Bedrohten, vor allem den Jüdinnen und Juden, den Sinti und Roma und den Flüchtlingen notwendig. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist es, dass wir dafür sorgen, dass solche wichtigen Erfahrungen und Kämpfe nicht in Vergessenheit geraten



Krematorien des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau



Die beiden führenden Köpfe des Aufstandes in Sobibor: Alexander Pecerskij und Leon Feldhendler

und wir sie als Teil unserer eigenen Geschichte des antifaschistischen Widerstandes kennen und begreifen.

Der große, gar nicht hoch genug einzuschätzende Erfolg dieses Aufstandes, der mit vielen Opfern erkämpft wurde, war die sofortige Beendigung und Zerstörung der Vernichtungsmaschinerie in Sobibor. Auf direkten Befehl Himmlers wurde nach dieser Niederlage und Schmach für die Nazis das Vernichtungslager Sobibor zerstört. Der erfolgreiche Aufstand in Sobibor hat auch mit dazu beigetragen, den Mythos der angeblichen Unbesiegbarkeit der Nazis zu brechen. Durch die erfolgreiche Flucht konnte der Völkermord in die Weltöffentlichkeit getragen werden.

Der Umgang mit den Naziverbrechern von Sobibor

Eine Frage, die wir uns bei der Beschäftigung mit diesem Thema gestellt haben und die sich sicher jede/jeder stellt, ist die Frage, was mit den Nazimördern nach 1945 geschehen ist. Die Frage ist aktuell in der Diskussion im Fall Demjanjuk. Seit diesen Verbrechen sind über 60 Jahre vergangen, in denen Zeit gewesen wäre die Täter vor Gericht zu stellen und zu bestrafen. Im Fall Sobibor hat es rund 20 Jahre gedauert, bis es zum einzigen größeren Prozess in der BRD gekommen ist, in dem SS-Mörder von Sobibor angeklagt wurden. Der Prozess fand 1965/66 in Hagen statt. Davor gab es nur wenige kleine Prozesse, in denen jeweils nur ein Nazi-Mörder von Sobibor angeklagt wurde. Im Prozess in Hagen waren zwölf SS-Männer von Sobibor wegen Mordes, Massenmordes und Beihilfe zur Vernichtung von Hunderttausenden angeklagt. Die Urteile in diesem Prozess sind durchaus exemplarisch für den Umgang und die Bestrafung der BRD-Justiz mit den Nazimördern nach 1945.

Von den zwölf angeklagten SS-Mördern wurden sechs freigesprochen, vier wurden zu geringen Strafen von drei bis acht Jahren verurteilt. Lediglich der SS-Oberscharführer Frenzel wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt aber bereits nach 16 Jahren wegen angeblich schlechter Gesundheit wieder entlassen. Nach seiner Freilassung lebte er noch 15 Jahre bis 1997 in aller Ruhe in dem Dorf Gorben auf der Horst. SS-Oberscharführer Wagner, genannt die „Bestie von Sobibor“, wurde 1978 in Brasilien unter anderem von Shlomo Szmajzner, einem Überlebenden von Sobibor, aufgespürt und identifiziert. Nachdem seine Auslieferung an Polen, Österreich, Israel bzw. Deutschland verweigert wurde, wurde er kurz darauf tot aufgefunden. Hauptsturmführer Stangel, Lagerkommandant der Vernichtungslager Sobibor und Treblinka, konnte mit Geld und Ausweispapieren vom Roten Kreuz und dem Vatikan nach Syrien und dann nach Brasilien fliehen und sich seiner Strafe so zunächst entziehen. In Brasilien war dieser SS-Mörder Chef der Montage-Abteilung des VW-Werkes in Sao Paulo. 1970 wurde er in der BRD dann doch zu lebenslanger Haft verurteilt und

starb ein Jahr später im Gefängnis. Der Prozess in Hagen zeigt, wie viele weitere Prozesse gegen die SS-Mörder der Vernichtungslager, wie die Justiz der BRD die Nazis im großen und ganzen in Schutz nahm und ihnen ein ruhiges Leben sicherte. Die wenigen verhängten Haftstrafen waren im Verhältnis zu den begangenen Verbrechen äußerst niedrig.



Shlomo Szmajzner, Überlebender von Sobibor, spürte 1978 SS-Oberscharführer Wagner in Brasilien auf - kurz darauf wurde dieser tot aufgefunden

Wichtige Ergänzungen aus der Diskussion

1. In der anschließenden Diskussion wurde die Frage nach dem Umgang mit den Nazimördern in der BRD nach 1945 aufgeworfen. Wie war es möglich, dass die große Mehrheit der deutschen Täter ohne jedes Urteil, ohne jede Bestrafung davon kamen und auch heute noch einige Nazimörder mitten unter uns, auch in Städten wie Berlin, ihren Ruhestand verbringen können.

Als ein zentraler Punkt dafür wurde die laxen Umgangsweise der deutschen Justiz nach 1945 genannt, welche selbst mit unzähligen Ex-Mitgliedern der NSDAP durchgesetzt war. Die Tatsache, dass sich bis vor einigen Jahren weit über 300 ehemalige Angehörige der Gebirgsjägerdivision „Edelweiß“, von deutschen Polizist_innen geschützt, im bayrischen Mittenwald treffen konnten, ist ein Fakt, der den ungemein gleichgültigen Umgang der BRD mit den ehemaligen Nazi-Schlächtern deutlich macht. Gerade an dieser Frage wird besonders deutlich, dass dieser Staat kein Partner im Kampf gegen Nazis sein kann. Von den Diskussionsteilnehmer_innen wurde ebenfalls auf die zahlreichen Kontinuitäten zwischen dem Nazi-Faschismus und der BRD hingewiesen. Hier wurde in der Diskussion u.a. auf die Traditionen und Riten der Wehrmacht bzw. der Bundeswehr aufmerksam gemacht und vor allem auf die Durchsetzung zahlreicher staatlicher Bereiche wie Justiz-, Polizei- und Apparat mit „ehemaligen“ Nazis.

„Flucht aus Sobibor“ (1987)

„Flucht aus Sobibor“ ist eine Filmproduktion, die 1987 für das US-Fernsehen mit vielen bekannten Schauspielern produziert und später dann als Videofilm herausgebracht wurde. Er gehört für uns zu den besten Filmen über den Völkermord der Nazis an den europäischen Juden und den Sinti und Roma.

Der Film basiert auf den Berichten der Überlebenden des Aufstandes in Sobibor, von denen einige später Bücher über Sobibor und den Aufstand und die Massenflucht geschrieben haben. Vor allem waren das das Buch von Richard Rashke „Flucht aus Sobibor“ und die Berichte von Thomas (Toivi) Blatt, die später ebenfalls als Buch erschienen sind. Er tritt moment auch als Zeuge und Nebenkläger im Prozess gegen Ivan Demjanjuk in München auf.

Auch wenn ein Film nicht das ganze Ausmaß und die Dimension des Terrors in einem Vernichtungslager der Nazis abbilden kann, zeigt der Film sehr eindringlich den Alltag - den Alltag der Vernichtung - und vor allem den tagtäglichen Terror für die Häftlinge des Sonderkommandos im Vernichtungslager Sobibor.

Der Film zeigt auch das gut ausgeklügelte System der Nazis - die Mischung aus Täuschung und Terror - auf dem die Vernichtungsmaschinerie eines solchen Vernichtungslagers basierte.

Vor allem aber zeigt der Film die Planung und Durchführung des erfolgreichen Aufstands und die Massenflucht der Häftlinge des Sonderkommandos in Sobibor, der zur Schließung dieses Vernichtungslagers und damit zur Beendigung der Vernichtungsmaschinerie in diesem Lager geführt hat.

596. doppel

Abgabe nach Sobibor Feldnummer: 6711097

über Siedler, Lohr, Sobibor, Cholim

No. des Frachtkontos **Wehrmacht-Frachtbefehl-Doppel**
(Frachtbefehl und Abrechnung nachträglich zu den vereinigten Sätzen)
Deutsche Wehrmacht

Getriebe	Nummer	Durchschneidung	Anzahl
G	22757	Kessel	1
"	20709	„einfach	1
"	19796	„AB	1
"	22536	France	1
"	20136	„einfach	1

An. des SS-Sonderkommando

In Sobibor

Stamm und Reiseamt Bestimmungsbahnhof Sobibor

Bei Sonderwegen nach dem Anstand nach Bestimmungsbahnhof U. Cholim

Gewisse Vorschriften über Weiterbeförderung

Andere Ermäßigungen

Die Frachtkosten (inkl. des Frachtes der Wehrmacht) zur Last, daher Wehrmacht.

Des. 20.10.43 IN
(Dienststelle der Wehrmacht, Unterschrift, Dienstsiegel)

Anzahl oder Zeichen und Nummer	Anzahl	Art der Verpackung	Bezeichnung des Gutes	Werkstoff
	5	Wagen	Häftlinge	

Abwander: Ausgangslage Lublin des 9. Oktober 1943

1-2-3-4-5-6-7-8-9-10-11-12-13-14-15-16-17-18-19-20-21-22-23-24-25-26-27-28-29-30-31-32-33-34-35-36-37-38-39-40-41-42-43-44-45-46-47-48-49-50-51-52-53-54-55-56-57-58-59-60-61-62-63-64-65-66-67-68-69-70-71-72-73-74-75-76-77-78-79-80-81-82-83-84-85-86-87-88-89-90-91-92-93-94-95-96-97-98-99-100

9914812 Wegstempel

20.10.43 Stempel des Bestimmungsbahnhofs

„Wehrmachts-Frachtbefehl“ über die Deportation von 5 Bahnwagen mit Jüdinnen und Juden aus Deutschland und Frankreich vom 20. Oktober 1943



Gedenkinschriften am ehemaligen Lagereingang von Sobibor (Foto: Jacques Lahitte)

Als ein weiterer wichtiger Faktor der nicht stattgefundenen Aufarbeitung und Bestrafung der Nazi-Mörder in der BRD wurde das nach 1945 herrschende gesellschaftliche Klima in Deutschland hervorgehoben. Die große Anzahl der an den Nazi-Verbrechen selbst aktiv Beteiligten sowie die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die diese Verbrechen aktiv unterstützt oder sie zumindest stillschweigend geduldet hat, bedeuteten eine große Mitschuld der deutschen Bevölkerung an diesen Verbrechen. Deren Aufdeckung wäre damit auch eine Selbstanklage gewesen, die weitgehend ausgeblieben ist (hier wollen wir auf die Beiträge zur vierten Veranstaltung „Ohrfeige für Kiesinger“ verweisen, wo dieses Thema vertiefend aufgegriffen wird).

2. In einem zweiten wichtigen Diskussionspunkt wurde die Frage behandelt, welche Ziele die Nazis mit dem Völkermord an den Juden und den Sinti und Roma verfolgten. Waren ökonomische Gründe ausschlaggebend oder waren es vorwiegend ideologische Aspekte, die im Vordergrund standen? In der Diskussion herausgestellt wurde, dass es beim Völkermord auch ökonomische Aspekte gab, die eine Rolle spielten. So wurden die Betroffenen ausgeraubt, ihnen wurden die Haare abgeschnitten. Im Vordergrund stand jedoch für die Nazis, ihre Herrenmenschenideologie in die Tat umzusetzen, ein Exempel für 1000 Jahre zu statuieren. Hierbei wurde auch die Frage aufgeworfen, ob die Nazis damit mehr eine Wirkung nach Innen oder nach Außen erzielen wollten. Hier, so das Diskussionsergebnis, spielen wohl beide Seiten eine Rolle. Nach Innen, gegenüber der deutschen Bevölkerung, spielte der Aspekt der Umsetzung der Herrenmenschenideologie, der Umsetzung der Ideologie der „überlegenen“ deutsch-germanischen Rasse über die von den Nazis als Untermenschen bezeichneten Völker in der

Tat eine zentrale Rolle. Nach Außen ging es darum Widerstand schon im Keim zu ersticken und eine Atmosphäre des Terrors und der Einschüchterung zu schaffen. Zentral ist, dass das Programm der Nazis aus Vernichtung bestand, woraus ein Verbrechen entstand, das bis heute nachwirkt.

3. Ein dritter, entscheidender Diskussionspunkt war der Umgang mit dem antinazistischen Widerstand in Deutschland. In der



Schätzung der zwischen 1939 und 1945 ermordeten Jüdinnen und Juden

Diskussion wurde deutlich, dass vor allem der 20. Juli im Fokus der Öffentlichkeit und der staatlichen Inszenierung steht. Das Perfide daran ist vor allem, dass damit insbesondere diejenigen Offiziere als Antinazisten dargestellt werden sollen, die vier Jahre als Teil der nazistischen deutschen Wehrmacht an der Umsetzung der Weltherrschaftspläne der Nazifaschisten an führenden Stellen beteiligt waren. Einige von ihnen verfolgten selbst die reaktionäre Idee einer deutschnationalen Militärdiktatur.

Demgegenüber wird z.B. dem Aufstand von Sobibor oder anderen jüdischen und kommunistischen Widerstandsgruppen und Widerstandsaktionen so gut wie kein Platz eingeräumt. Diesem Teil des Widerstands wird die Nische der Forschung für die Spezialisten über antifaschistischen Widerstand zugeordnet. Einer breiteren Öffentlichkeit bleibt er unbekannt. Um so mehr ist deshalb unsere Aufgabe, diesen Widerstand bekannt zu machen. Hierbei geht es auch darum, dem in Deutschland propagierten Geschichtsbild entgegenzutreten, wonach jüdische Menschen als „Schafe auf dem Weg zur Schlachtbank“ dargestellt werden und der Blick eher auf den deutschen Tätern als auf den Opfern ruht.

4. Im Anschluss an diesen Punkt und an die vor allem im letzten Satz verwendete Begrifflichkeit wurde aus dem Publikum eine Änderung eben dieser gefordert. So sollte der Begriff „Opfer“ im Bezug auf die Verfolgten des Naziregimes noch einmal überdacht und diskutiert werden. Auch die von uns verwendete Darstellung der „Ermordung“ der SS-Männer des Vernichtungslagers im Verlauf des Aufstandes ist problematisch und sollte so nicht verwendet werden, da dies ein „Unrecht“ ausdrückt, was es jedoch in keinsten Weise gewesen ist. In dieser Diskussion hat sich auch gezeigt, dass dies auch für den zunächst für die Veranstaltungsreihe gewählten Titel „Täter - Opfer – Widerstand“ zutrifft und wir eben selbst noch teilweise von der gängigen bürgerlichen Geschichtsschreibung und Begrifflichkeit beeinflusst sind. Unsere Diskussion hat dazu geführt, dass wir uns entschlossen, nach der ersten Veranstaltung den Titel der Veranstaltungsreihe zu ändern in „Nazifaschismus – Verfolgte – Widerstand“.

Verwendete Literatur

Thomas („Toivi“) Blatt, Nur die Schatten bleiben. Der Aufstand im Vernichtungslager Sobibor, Berlin 2000

Thomas („Toivi“) Blatt, Sobibor. Der vergessene Aufstand. Bericht eines Überlebenden, Hamburg 2004

Richard Rashke, Flucht aus Sobibor, Berlin 1998

Autorenkollektiv, Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus, Offenbach 1998



Dienstausweis von Demjanjuk

Warum wir den Begriff Nazifaschismus verwenden

In dieser Broschüre wird im wesentlichen der Begriff Nazifaschismus statt „Nationalsozialismus“ verwendet, wenn die Verbrechen und das Herrschaftssystem des deutschen Imperialismus in den Jahren von 1933 bis 1945 charakterisiert werden. Dabei geht es um die Ablehnung eines ganz besonders üblen Propagandatricks der Nazis, ihre Politik und Ideologie als sozialistisch zu tarnen und so zu verschleiern. Mit dem Kampfbegriff „Nationale Sozialisten“ und „Arbeiterpartei“ (NSDAP) versuchten die Nazis, leider nicht ohne Erfolg, Einfluss in der Arbeiter_innenbewegung zu gewinnen und mit dem Sozialismus sympathisierende Arbeiter_innen für ihr nationalistisch-verbrecherisches Programm zu gewinnen. Nicht ohne Grund hat sich die bürgerliche Geschichtsschreibung diesen Kampfbegriff der Nazis zu eigen gemacht, da er sich vorzüglich in die bürgerliche „Totalitarismus“- bzw. „Extremismustheorie“ einfügt, in dem er eine Nähe zwischen „linken“ und „rechten“ Sozialisten behauptet. Der zutiefst internationalistische Charakter der Idee des Sozialismus und Kommunismus wird dabei mit Füßen getreten.

Das auf systematischem Terror basierende Herrschaftssystem, dass von der deutschen Bourgeoisie 1933 errichtet wurde, war der Faschismus. An der Spitze stand dabei die Naziartei als führende politische Organisation. Im Unterschied zum Faschismus in Italien und Spanien war der deutsche Faschismus durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet. Drei wesentliche Unterschiede machen das deutlich: Zuerst der fabrikmäßig organisierte und durchgeführte Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas, sowie den Sinti und Roma. Des Weiteren der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zur Zerschlagung des damals einzigen sozialistischen Staates auf der Welt, mit dem Ziel der Vernichtung der Idee des Kommunismus. Und als Drittes, die ungeheure Unterstützung der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung für diese verbrecherische Politik. In Spanien und Italien gab es dagegen heftige bewaffnete Kämpfe zwischen den faschistischen und antifaschistischen Kräften. Mit dem Begriff Nazifaschismus werden unserer Meinung nach diese Besonderheiten des Faschismus in Deutschland am deutlichsten charakterisiert. Er war der durch die Naziideologie und den Naziterror gekennzeichnete Faschismus in Deutschland, der Nazifaschismus.

Antiziganismus – eine ungebrochene Tradition in Deutschland

Einleitung

Die tief verwurzelte Feindschaft gegen die Sinti und Roma in Deutschland gipfelte im Nazi-Völkermord an schätzungsweise einer halben Millionen Sinti und Roma. Dieser Völkermord der Nazis hat auch die Geschichte und das Leben der Sinti und Roma vor allem in Deutschland nach 1945 geprägt, ebenso wie der Kampf der Sinti und Roma als Verfolgte des Nazifaschismus anerkannt zu werden. Als Antifagruppe sehen wird den Kampf gegen den Antiziganismus wie den Kampf gegen jeglichen Rassismus, Antisemitismus und Chauvinismus als einen unverzichtbaren Bestandteil unseres internationalistischen Selbstverständnisses. Dieses Selbstverständnis bedeutet für uns, dass wir uns im Kampf gegen die Nazis und ihre Herrenmenschenideologie mit allen, die von Naziterror und staatlicher Verfolgung betroffen sind, solidarisch erklären. Solidarität heißt für uns dabei ganz konkret in ihrem Kampf gegen Verfolgung und Diskriminierung an der Seite der Sinti und Roma zu stehen, sowie ihre berechtigten Forderungen zu unterstützen. Solidarität bedeutet also für uns, einen gemeinsamen Kampf zu führen.

Wenn wir dem Antiziganismus den Kampf ansagen wollen, dann sehen wir da drei Ebenen, an denen wir gemeinsam mit den Sinti und Roma dem Antiziganismus entgegentreten müssen. Als Erstes ist dies die staatliche Verfolgung und Diskriminierung der Sinti und Roma. Eine weitere Ebene ist der Kampf gegen den Nazi-Terror gegen Sinti und Roma. Und auf einer dritten Ebene geht es um den Kampf gegen den ganz alltäglichen Antiziganismus, wie er in den deutschen Medien verbreitet wird und der in der Schule, in der Uni und auf der Arbeit ständig gegenwärtig ist. Den Medien kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Die aktuelle Situation der Sinti und Roma lässt sich nur wirklich verstehen auf dem Hintergrund der langen Geschichte der Feindschaft und vor allem des Nazi-Völkermords an den Sinti und Roma. Ganz aktuell hat sich dies an der Hetze der bürgerlichen Medien und der Politik des Berliner Senats sowie an den Polizeieinsätzen gegen die Roma-Flüchtlinge aus Rumänien im Mai/Juni 2009 in Berlin gezeigt.

Die praktische Solidarität, die von den Besetzer_innen des Bethanien und des gesamten Unterstützer_innenkreises geübt wurde, soll hier ausdrücklich hervorgehoben werden. Für uns müssen wir selbstkritisch feststellen, dass unsere praktische Solidarität mit den Roma-Flüchtlingen erst spät eingesetzt hat. Das lag vor allem daran, dass Antiziganismus in unserer Gruppe bisher kein wirkliches Thema war. Wir unterstützen die berechtigten Forderungen der Sinti und Roma nach maximaler Entschädigung, die bis heute nahezu vollständig verweigert wurde. Wir unterstützen auch die berechnete Forderung der Sinti und Roma nach einer wirklichen Anerkennung als Minderheit in Deutschland und Europa, sowie den Kampf der Roma aus Osteuropa gegen massenhafte Abschiebungen durch den deutschen Staat.

Mörderischer Nazi-Terror gegen Sinti und Roma - Ein kurzer Überblick

Kaum eine Minderheit wird von den bürgerlichen Medien und Politiker_innen so verhetzend dargestellt und diskriminiert wie die Sinti und Roma. Keine andere Minderheit wird von staatlichen Behörden so unterdrückt oder verfolgt und auch von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung so verachtet wie sie. Dieser allseits anzutreffende Antiziganismus, so bald es in irgendeiner Weise um Sinti und Roma, die so genannten „Zigeuner“, geht, hat in Deutschland eine lange Tradition. Schon im Mittelalter wurden die

Sinti und Roma aus deutschen Städten und Gemeinden vertrieben und verjagt. Über Sinti und Roma wurden die übelsten und feindseligsten Verleumdungen erfunden und verbreitet. Sie würden stehlen und betrügen, Kinder entführen, Plagen verursachen, Spionage betreiben oder sie würden schwarze Magie praktizieren. Die gesellschaftliche Stellung der Sinti und Roma im Mittelalter wird am Vergleich Luthers deutlich, der dazu aufrief Jüdinnen und Juden „wie die Zigeuner“ zu behandeln (Vgl. Luther, Von den Juden und ihren Lügen, 1543). Im Mittelalter wurden Sinti und Roma als einzige nationale Minderheit für „vogelfrei“ erklärt, was ungestraftes Morden erlaubte und förderte.

Mit der Herstellung eines einheitlichen Nationalstaates in Deutschland unter der Vorherrschaft Preußens 1871, dem Deutschen Reich, wurden Sinti und Roma in der großen Mehrzahl nicht als deutsche Staatsbürger anerkannt. Die Diskussion darüber, wer als Deutscher zu gelten habe und damit die Staatsbürgerrechte erhielt, nahm ab diesem Zeitpunkt eine immer stärkere rassistische Begründung an. Deutscher ist, wer „deutschen Blutes“ ist, so endete die Diskussion darüber, wer als Staatsbürger anerkannt wurde und wer ausgeschlossen blieb. Die Sinti und Roma in Deutschland blieben in der großen Mehrzahl ausgeschlossen und wurden nicht als Staatsbürger anerkannt. Vielfach wurden sie aus Deutschland, dem Deutschen Reich, ausgewiesen und abgeschoben. Mit der Herstellung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates kam es auch zu einer immer stärker zentralisierten Erfassung der Sinti und Roma, womit erst eine zentral gesteuerte Verfolgung möglich wurde.

Auch in der Weimarer Republik änderte sich die Lage für die Sinti und Roma nicht wesentlich. Rassistische Sondergesetze blieben vielfach bestehen und die zentrale Erfassung wurde sogar noch ausgebaut. Mit der Machtübergabe an die Nazis ab 1933 erhielt die Verfolgung und Aussonderung der Sinti und Roma eine neue Dimension, die im Völkermord an schätzungsweise einer halben Million Sinti und Roma gipfelte.

Ab 1933: Schon das Nazi-„Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 1. Januar 1934 wurde von Beginn an auch gegen die Sinti und Roma angewandt, die als „erbkrank“ und „latent schwachsinnig“ bezeichnet wurden. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurden viele Sinti und Roma zwangssterilisiert. Ebenfalls zu Beginn des Nazifaschismus waren die Sinti und Roma davon bedroht, unter dem Vorwand der „Bettelei“ oder als „arbeitsscheu“ in die KZs gesperrt zu werden. Eine erste Verfolgungswelle leiteten die Nazis bereits im März 1934 mit dem „Gesetz über die Reichsverweisung“ ein. Mit diesem Nazi-Gesetz wurde der Abschiebeterror, den es auch schon in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik gegeben hatte, insbesondere gegen ausländische und staatenlose Roma noch einmal enorm verschärft.

Ab 1935: Den zentralen Einschnitt bildeten die antisemitischen und rassistischen „Nürnberger Rassengesetze“ vom September 1935, die auch auf Sinti und Roma angewandt wurden und eine erhebliche Einschränkung ihrer Staatsbürgerrechte bedeuteten. So wurden z.B. sexuelle Beziehungen und die Heirat „deutscher Reichsbürger“ mit Juden oder Sinti und Roma unter Strafe gestellt. Zahlreiche Sinti und Roma wurden infolge der von den Nazis so bezeichneten „Rassenschande“ in die KZs deportiert. Mit Erlassen und Gesetzesverschärfungen wie dem sogenannten „Runderlass zur Bekämpfung der Zigeunerplage“ vom Juni 1936 wurde die Erfassung und Verfolgung von Sinti und Roma immer stärker zentralisiert und vereinheitlicht. Das betraf z.B. die Abschiebung-

gen, die Wegnahme von Kindern, die Überwachung und die Erfassung von Fingerabdrücken der Sinti und Roma.

Eine wichtige Besonderheit des Antiziganismus der Nazis war die sogenannte „Zigeuner“- oder „Rassenforschung“. Mit ihrer „Rassenforschung“ versuchten so genannte „Rassenhygieniker“ den Sinti und Roma angedichtete Merkmale, wie „arbeits-scheu“ zu sein, medizinisch nachzuweisen. Um diese pseudowissenschaftliche Naziforschung zu intensivieren und zu koordinieren, wurde 1936 im „Reichssicherheitshauptamt“ in Berlin die sogenannte

Sinti und Roma

Seit Jahrhunderten leben Sinti und Roma in Europa. In den einzelnen Ländern bilden sie alteingesessene und historisch gewachsene Minderheiten. Auch in Deutschland sind Sinti und Roma seit 600 Jahren beheimatet. Die heute hier lebenden 70.000 deutschen Sinti und Roma sind eine nationale Minderheit und Bürger dieses Staates. In ihren Familien verwenden sie neben Deutsch als zweite Muttersprache ihre eigene Minderheitensprache Romanes.

„Zigeuner“ ist eine in ihren Ursprüngen bis ins Mittelalter zurückreichende Fremdbezeichnung durch die Mehrheitsbevölkerung und wird von der Minderheit selbst als diskriminierend abgelehnt. An ihre Stelle ist der authentische Eigenname „Sinti und Roma“ getreten. Dabei bezeichnet „Sinti“ die in Mitteleuropa seit dem Spätmittelalter beheimateten Angehörigen der Minderheit, „Roma“ diejenigen südosteuropäischer Herkunft. Außerhalb des deutschen Sprachkreises wird Roma, oder einfach Rom, auch als Sammelname für die gesamte Minderheit verwendet. Wird im Kontext der historischen Quellen der Begriff „Zigeuner“ benutzt, so müssen die hinter diesem Begriff stehenden Klischees und Vorurteile stets mit bedacht werden.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde anhand sprachwissenschaftlicher Untersuchungen die Herkunft der Sinti und Roma aus Indien durch die Verwandtschaft der eigenen Minderheitensprache Romanes mit der altindischen Hochsprache Sanskrit nachgewiesen. Im Laufe der Jahrhunderte entwickelten sich die den jeweiligen Heimatländern der Sinti und Roma eigene Romanes-Sprachen, so auch im Fall der deutschen Sinti.

(Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrat deutscher Sinti und Roma, in seinem Vorwort zum Ausstellungskatalog, „Den Rauch hatten wir täglich vor Augen. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“, Heidelberg 1999, S. 7)

Antiziganismus

Der Begriff des Antiziganismus bezeichnet die Feindschaft gegen Sinti und Roma. Grundlage dieser Feindschaft ist ein „Zigeuner“-Bild, das aus Klischees, Stereotypen und Vorurteilen zusammengesetzt ist. Die antiziganistische Aggression richtet sich jedoch nicht gegen das abstrakte Bild, sondern gegen konkrete Menschen, nämlich Sinti und Roma. Mit Antiziganismus ist also der Rassismus gegenüber diesen gemeint. Der Ausdruck verweist auf die Nähe zum wissenschaftlich erheblich besser untersuchten Antisemitismus. Für beide gilt, dass sie eine spezifische Geschichte haben, die mit dem Begriff Rassismus nicht ausreichend erfasst werden kann.

(Vgl. Wippermann, Wie die Zigeuner. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Berlin 1997; Solms, Wilhelm / Strauß, Daniel, „Zigeunerbilder“ in der deutschsprachigen Literatur, Heidelberg 1995; Winckel, Ännecke, Antiziganismus. Rassismus gegen Sinti und Roma im vereinigten Deutschland, Münster 2002)

„Rassenhygienische Forschungsstelle“ eingerichtet. Ihr Leiter war der Nazi-„Rassenforscher“ Robert Ritter, der zusammen mit seinem Stab, dem auch die Krankenschwester Eva Justin angehörte, so genannte „Rassegutachten“ erstellte. Bis 1943 wurden insgesamt 24.000 dieser „Rassegutachten“ erstellt. Dafür wurden die Sinti und Roma vermessen und fotografiert und so genannte Erb- und Mischlingstafeln erstellt. Diese pseudowissenschaftlichen „Rassegutachten“ dienten später als Planungsgrundlage für den Völkermord an den Sinti und Roma und kamen einem Todesurteil gleich. Auch die Zwangssterilisationen beruhten größtenteils auf diesen Gutachten.

Mit dem Jahr 1938 spitzte sich die Verfolgung der Sinti und Roma weiter zu. Heydrich, der später Leiter des Reichssicherheitshauptamtes war, erließ am 1. Juni 1938 einen Erlass an alle Kriminalpolizeistellen in Deutschland. In diesem Erlass wurde jede Polizeistelle dazu aufgefordert, mindestens 200 arbeitsfähige männliche und unverheiratete Personen zu verhaften und zur Sklavenarbeit in die KZs zu verschleppen. Von diesem Erlass waren auch viele Sinti und Roma betroffen, die in die KZs Dachau, Buchenwald und Mauthausen verschleppt wurden. Grundlage für die Verhaftungen der Sinti und Roma waren die über Jahrzehnte geführten Polizeiakten, die sogenannten „Zigeunerkarteien“ der deutschen Polizei. Ab Oktober 1938 wurden dann diese bislang örtlich und regional erfassten Daten in den so genannten „Zigeunerkarteien“ zentral in der „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ unter der Leitung von Heinrich Himmler zusammengefasst. Dieser gab am 8. Dezember 1938 einen neuen „Runderlass zur Bekämpfung der Zigeunerplage“ heraus, der die formaljuristische Grundlage für die rassistisch begründeten künftigen Deportationen der Sinti und Roma schuf.

Zeitgleich forcierten die Nazis die seit 1933 vorangetriebene schrittweise Ausgrenzung der Sinti und Roma aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. In vielen Orten wurde Kindern von Sinti und Roma der Besuch der Schule verboten oder es wurden sogenannte „Zigeunerklassen“ eingerichtet. Ab 1938 folgten zahlreiche Berufsverbote für Sinti und Roma. Der Einkauf von Lebensmitteln wurde stark reglementiert. In Krankenhäusern wurde ihnen medizinische Hilfe verweigert. Sinti und Roma durften Lokale, Kinos und Theater nicht mehr betreten. Hier gibt es bei allen Unterschieden viele Parallelen zur Ausgrenzungspolitik der Nazifaschisten gegen die jüdische Bevölkerung.



„Rasseforscherin“ bei der Bestimmung der Augenfarbe



Deportation der Remscheider Sinti und Roma nach Auschwitz, März 1943

Diese Ausgrenzung aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens erfolgte dabei in aller Öffentlichkeit. Sie erfolgte vor den Augen der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Die Nazis setzten damit die von ihnen verkündete und propagierte Herrenmenschenideologie in die Tat um. Sie verwirklichten ihr Programm der Erziehung und Heranbildung einer deutschen Herrenmenschenrasse, die nur bestehen und existieren kann durch den Ausschluss und die Verfolgung von als „minderwertige Rassen“ bezeichneter Bevölkerungsgruppen. Die Sinti und Roma waren davon in besonderer Weise betroffen. Die Tatsache, dass diese Ausgrenzung und Verfolgung der Sinti und Roma in aller Öffentlichkeit geschah, von der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung geduldet oder sogar unterstützt wurde, bedeutet eine große Mitschuld der deutschen Bevölkerung an diesen Verbrechen gegen die Sinti und Roma.

Der II. Weltkrieg und der Völkermord an den Sinti und Roma

Der Beginn des II. Weltkrieges und der Überfall Nazi-Deutschlands auf die europäischen Länder bedeutete eine weitere Ausweitung der Verfolgung von Sinti und Roma. Sie wurden nun in den überfallenen und besetzten Länder ebenfalls verfolgt, entrechtet und in KZs gesperrt. Die Grundlage dafür bildeten die in Deutschland bestehenden rassistischen Sondergesetze gegen Sinti und Roma, die nun auch in diesen Ländern von den Nazis angewandt wurden. Schon im September 1939, nur wenige Tage nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen, hatte die Naziführung beschlossen, die ca. 30.000 Sinti und Roma aus Deutschland und Österreich nach Polen zu deportieren. Mit den Deportationen aus zuvor eigens zu diesem Zweck eingerichteten Abschiebelagern wurde im April 1940 begonnen. Aus diesen Abschiebelagern wurden dann auch die ersten 2.500 Sinti und Roma in die polnischen Ghettos und KZs deportiert.

Am 16. Dezember 1942 wurde dann mit dem „Auschwitz-Erlass“ der Plan zur systematischen Vernichtung der Sinti und Roma Europas festgeschrieben. Schätzungsweise eine halbe Million der in Europa lebenden Sinti und Roma wurden in KZs und Vernichtungslagern ermordet. Federführend war dabei das „Reichssicherheitshauptamt“ unter Heydrich. Schon im Januar 1942 hatte die SS die letzten in Polen lebenden Sinti und Roma des dortigen

„Zigeunerlagers“ von Lodz nach Chelmno deportiert und dort in Gaswagen ermordet. Ab Februar 1943 wurden dann 23.000 Sinti und Roma aus den von Nazi-Deutschland besetzten Gebieten - darunter auch 10.000 Sinti und Roma aus Deutschland - nach Auschwitz-Birkenau deportiert.

In Auschwitz-Birkenau hatten die Nazifaschisten das sogenannte „Zigeunerfamilienlager“ eingerichtet. Damit hatte sich die SS ein besonders übles Spaltungsmanöver unter den Häftlingen ausgedacht. Dort blieben die Sinti und Roma mit ihren Familien zusammen. Die Nazis versuchten damit vor den übrigen Häftlingen den Eindruck zu erwecken, die Sinti und Roma seien „privilegiert“ und dürften mit ihren Familien zusammen bleiben. Die Realität im so genannten „Familienlager“ war eine andere. Die Sterblichkeitsrate war die höchste im gesamten Lagerkomplex. Der SS-Arzt Mengele führte beispielsweise in Auschwitz seine mörderische Zwillingsforschung durch. Weiter führten die Nazis jede Menge andere qualvolle und meist tödliche pseudomedizinische Versuche an den Sinti- und Roma-Häftlingen, wie Massensterilisationen, Fleckfieberinfektionen und „Kältetests“, durch. Was es für die Sinti und Roma bedeutete, im sogenannten „Zigeuner-Familienlager“ mit ihren Familien zusammenzuleben, beschreibt der Überlebende Hans Baum:

„Sie dachten sich, die Sinti lassen wir mit den Kindern zusammen, weil man ... unsere Gefühle abtöten wollte ... Jetzt stirbt ein kleiner Junge bei dir oder ein Mädchen, das ist noch viel schlimmer zu ertragen, als wenn du es nicht siehst. Das war ihre Methode, uns kaputtzumachen.“

(König, Ulrich, Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus - Verfolgung und Widerstand, Bochum 1989, S. 123)

Die Lage für die Sinti und Roma in den KZs und Vernichtungslagern war besonders unerträglich. Sinti und Roma mussten einen schwarzen Winkel als sogenannte „Asoziale“ tragen und waren zusätzlich mit einem „Z“ für Zigeuner markiert. Anknüpfend an rassistische Vorurteile gegen Sinti und Roma auch unter den anderen KZ-Häftlingen und um diese zu schüren, versuchte die SS, die Sinti und Roma in den KZs meist vollständig von den anderen

Häftlingen zu isolieren. Die SS versuchte damit bei den anderen KZ-Häftlingen den Eindruck zu erwecken, die „Zigeuner“ müssten keine oder nur leichte Zwangsarbeit leisten.

Widerstand von Sinti und Roma gegen den Nazifaschismus

Ein für uns besonders wichtiger Punkt ist der Widerstand der Sinti und Roma gegen ihre Vernichtung. Die Sinti und Roma haben sich als Teil des weltweiten antifaschistischen Kampfes gegen den Naziterror und ihre Vernichtung zur Wehr gesetzt. In vielen Ländern waren sie aktiv am Kampf gegen den Nazifaschismus beteiligt, sei es in den KZs, in der Illegalität, in Partisaneneinheiten oder in der Roten Armee. In den KZs und Vernichtungslagern leisteten Sinti und Roma in unterschiedlichsten Formen Widerstand: vom Kampf gegen die Resignation und die Demoralisierung durch Verteilen von Lebensmitteln über Kinderbetreuung, kulturelle Veranstaltungen, über Flucht und die Durchbrechung der Isolation, Rettung von Leben und Hilfe für andere Gefangene bis zur bewaffneten Revolte. Hiervon zeugen beispielsweise Berichte aus Ravensbrück, Treblinka und Auschwitz.

Der 16. Mai 1944 ist in ganz besonderer Weise ein Tag des Widerstands der Sinti und Roma gegen die Vernichtungsmaschinerie der Nazis. An diesem Tag setzten sich die Sinti und Roma im „Zigeuner-Familienlager“ in Auschwitz-Birkenau vorbereitet und militant zur Wehr. Beim Versuch der KZ-Kommandantur, die letzten Überlebenden des Lagers in die Gaskammern zu treiben, griffen die Sinti und Roma die SS bewaffnet oder mit bloßen Händen und Fäusten an. Die SS hatte damit nicht gerechnet und ließ von ihrem Vorhaben ab. Tadeusz Joachimowski, der Schreiber im „Zigeunerlager“ war, hatte Anfang April 1944 von den Plänen der SS zur Liquidierung des Lagers erfahren und die Sinti und Roma darüber informiert. In seinem Bericht über den Widerstand der Sinti und Roma schreibt er:

„Am ungefähr 5. April '44 blieben noch am Leben neuntausend (9000) Zigeuner, und diese neuntausend Zigeuner wollte Mengele vergasen lassen. Da ich diesen Bescheid von dem ehemaligen Lagerführer und Rapportführer SS-Mann Bonigut zu wissen bekam, er mich darauf vorbereitete, besprach ich diese Angelegenheit mit mir vertrauten Zigeunern, und – wir beschlossen, daß sie sich zur Wehr setzen sollten. Um das aber natürlich zu ermöglichen, mußten sie sich bewaffnen. Sie taten es. Die Waffen erlangten sie in dem Effektenlager, und als der Tag der Vergasung ankam, ... stellten sich die Zigeuner zur Wehr, indem sie sagten, daß sie sich so ohne weiteres nicht hinaustreiben lassen werden, sie werden sich wehren, und bei dieser Gelegenheit werden auch verschiedene von den SS-Männern daran glauben müssen. Nach den Anzeichen, die die SS-Männer hinterher zeigten, wurden sie in solcher Weise schockiert, daß sie späterhin die Aktion abbrachen, sie fuhren unverrichteter Dinge wieder zurück, und die Zigeuner wurden damals gerettet.“

(König, Ulrich, Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus - Verfolgung und Widerstand, Bochum 1989, S.130)

Letztendlich wurde das „Zigeunerfamilienlager“ am 2. August von den Nazis endgültig liquidiert. Von den zu diesem Zeitpunkt noch lebenden 6000 Sinti und Roma wurden 3000 in den Gaskammern ermordet. Die restlichen 3000 Häftlinge wurden von der SS in andere KZs gebracht oder auf so genannte Himmelfahrtskommandos an die Front geschickt. Heute ist der 2. August der offizielle Gedenktag an den Völkermord an schätzungsweise einer halben Million Sinti und Roma. Neben dem Widerstand in Auschwitz-Birkenau kämpften zahlreiche Sinti und Roma im illegalen Widerstand in Frankreich, Belgien und Italien. Dabei bewährten sie sich besonders bei der Schaffung eines Netzes von Fluchtwegen.

Als Partisanen kämpften hunderte von Sinti und Roma bewaffnet gegen die Nazis in Jugoslawien und Polen und beteiligten sich am bewaffneten Aufstand im August 1944 in der Tschechoslowakei. Mehrere Tausend Sinti und Roma waren in der Sowjetunion hinter der Front bewaffnet aktiv oder kämpften als Soldaten in der Roten Armee. Die Sinti und Roma waren Teil des weltweiten Kampfes gegen den Nazifaschismus und haben mit dazu beigetragen, den Mythos der Unbesiegbarkeit der Nazis zu brechen und den Nazifaschismus zu besiegen.

Zur Kontinuität des Antiziganismus in Deutschland nach 1945 bis heute

Nach der Verfolgung der Sinti und Roma bis hin zum Völkermord während des Nazifaschismus stellt sich auch hier vor allem die Frage, ob die Naziverbrecher für diese bisher einmaligen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wurden. Eine weitere zentrale Frage ist, ob die Sinti und Roma für diese an ihnen und ihren Familienangehörigen begangenen Verbrechen in der BRD nach 1945 entschädigt wurden.

Während die Überlebenden des Völkermordes völlig entkräftet und ausgemergelt meist in die so genannten Lager für „Displaced Persons“ kamen, wurde kaum ein Hauptverantwortlicher des Völkermords an den Sinti und Roma zur Verantwortung gezogen. Hier sollen nur einige wenige Beispiele genannt werden:

Da ist zunächst einmal Paul Werner, SS-Oberführer, verantwortlich für die Planung der Deportationen der Sinti und Roma im „Reichssicherheitshauptamt“. Nach 1945 machte SS-Oberführer Werner bis 1966 Karriere im Ministerialamt im Stuttgarter Innenministerium.

Weiterhin sind Robert Ritter, der Leiter des „Rassehygienischen Instituts“, und seine engste Mitarbeiterin, die Krankenschwester Eva Justin zu nennen. Beide hatten fast 24.000 „Rassegutachten“ über Sinti und Roma erstellt, die als Grundlage für den Nazi-Völkermord gedient hatten. Nach 1945 konnte Ritter seinen Beruf als Arzt völlig ungehindert ausüben, zunächst in der Heilanstalt Mäckerkingen in Württemberg, später dann als Stadtjugendarzt der Stadt Frankfurt am Main. Eva Justin war im Arbeitsbereich Ritters als Jugendpsychologin für das Jugendamt Frankfurt tätig. Als ihre Tätigkeit während des Nazifaschismus 1963 bekannt wurde, betraute sie die Stadt Frankfurt damit, im Sozialdezernat Forschungen im „Wohnwagenlager Bonames“ - einem Frankfurter Stadtteil - durchzuführen. In diesem „Wohnwagenlager“ lebten auch Sinti und Roma, an denen Eva Justin im Auftrag der Stadt Frankfurt ihre antiziganistische Forschung fortführen sollte.

Eine zentrale Figur, die für die Kontinuität der polizeilichen Verfolgung der Sinti und Roma nach 1945 steht, ist Joseph Eichenberger. Eichenberger war der Organisator der „Zigeunertransporte“ im „Reichssicherheitshauptamt“. Nach 1945 wurde er Leiter der „Landfahrerzentrale“ beim LKA in München.

Verweigerung von Entschädigungen

Nach 1945 wurde den Sinti und Roma eine Entschädigung meist schlichtweg verwehrt. Mit zynischen und zum Teil mit der Nazipropaganda gleichlautenden „Begründungen“ wurden Entschädigungszahlungen an Sinti und Roma einfach abgelehnt. In diesen Ablehnungsbegründungen wurden die Deportationen der Sinti und Roma in die Ghettos und KZs als notwendige „Kriminalprävention“ weiterhin gerechtfertigt. In vielen deutschen Gerichtsurteilen der 1950er und 60er Jahre wurden die Deportationen der Sinti und Roma als „Umsiedlungen“ bewertet. Diese „Umsiedlungen“, wohlgemerkt es handelte sich um Deportationen in die Ghettos, KZs und Vernichtungslager, wurden in diesen Urteilen nicht als

Nazimaßnahme im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes dargestellt. So lehnte der BGH 1956 die Ansprüche eines Überlebenden auf Entschädigung für seine Deportation mit der folgenden Urteilsbegründung ab:

„Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“

(Rose, Romani, Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland, Heidelberg 1987, S.53)

Mit diesen Urteilen der BRD-Gerichte blieb die jahrelange Sklavenarbeit für deutsche Firmen, die Verfolgung und Entrechtung der Sinti und Roma bis heute weitgehend ohne Entschädigung. Auch die von den Nazis angeführte antiziganistische Begründung, die Sinti und Roma seien „arbeitscheu“, wurde nach 1945 einfach als berechtigt übernommen. Dabei traten ehemalige Naziexperten bis in die 60er Jahre als Gutachter in solchen Verfahren auf. Auch Entschädigungszahlungen an zwangssterilisierte Sinti und Roma wurden fast durchweg abgelehnt. Ganz im Gegenteil wurden diese Zwangssterilisationen in den Urteilen der Gerichte sogar noch nachträglich gerechtfertigt. Die Sterilisationen seien im Rahmen der „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zurecht erfolgt.

Fortgesetzte polizeiliche Verfolgung

Obwohl die Alliierten in ihrem Gesetz Nr. 1 alle rassistischen Gesetze und Erlasse der Nazis außer Kraft gesetzt hatten, agierte die deutsche Polizei auf lokaler Ebene in den ersten Jahren nach 1945 einfach auf der Grundlage des Runderlasses des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, vom 8. Dezember 1938 zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“ weiter. Mit der Totalerfassung der Sinti und Roma wurde nach 1945 zunächst wieder das LKA München betraut. Diese Praxis hatte in Deutschland eine lange Tradition. Bei der Polizeidirektion München wurde schon 1899 der „Zigeuner-Polizei-Nachrichtendienst“ eingerichtet, der in der Weimarer Republik ab Mitte der 1920er Jahre zur zentralen Erfassungsstelle für Sinti und Roma, zur „Zigeunerleitstelle“, ausgebaut wurde. Die Nazis hatten diese zentrale Erfassungsstelle mit allen ihren Daten und einer großen Anzahl der bayerischen „Zigeuner“-Polizeispezialisten nach Berlin verlegt. Jetzt wurde diese „Zigeunerleitstelle“ faktisch einfach wieder zurück nach München verlegt. In dieser neuen Leitstelle arbeitete dasselbe Nazi-Polizei-Personal, das vor 1945 für die Deportationen der Sinti und Roma aus Bayern verantwortlich war. Einer dieser Polizeibeamten war der bereits erwähnte Joseph Eichenberger. Zur Erfassung der Sinti und Roma nach 1945 wurden hemmungslos die Nazi-„Rassegutachten“, die Deportationsunterlagen und sogar die Verzeichnisse der KZ-Nummern verwendet.

Landeskriminalamt Wiesbaden, den 6. Oktober 1966

Vortrag anlässlich einer Vollübung (Ausschnitte)

Thema: Bekämpfung von Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Landfahrer

Es ist festgestellt, daß der Hauptteil dieser Menschen einem inneren Wandertrieb folgt und einer sehr ausgeprägten Arbeitsscheu freien Lauf läßt. Die Landfahrer sind gezwungen (durch die Art ihrer Lebensweise) ihren Lebensunterhalt meist durch die Begehung von strafbaren Handlungen zu bestreiten. Die Zigeuner bilden nach wie vor den Kern und den Hauptteil der Landfahrer.

Nachdem Bayern im Jahre 1953 eine »Landfahrer-Ordnung« erlassen hatte, ... brachte dann die CDU-Fraktion 1956 eine »Landfahrer-Ordnung« für das Land Hessen im Landtag ein. Im Verlauf einer Sitzung lehnte das Parlament aus verfassungsrechtlichen Gründen den Gesetzentwurf ab. Deshalb wurden zur Unterstützung der Polizei bei der Bekämpfung der kriminellen Landfahrer in den einzelnen Ländern der BRD Merkblätter durch die Landeskriminalämter herausgegeben. Obwohl beide Begriffe – »Zigeuner« und »Landfahrer« – als identisch zu betrachten sind, muß berücksichtigt werden, daß nicht alle Personen, die mit Wohnwagen oder Fahrzeugen umherziehen als Landfahrer angesehen werden können. Es müssen von ihnen unterschieden werden z.B. Schausteller, reisende Händler und andere reisegewerbetreibende Personen, die einen festen Wohnsitz haben und lediglich auf Grund der Eigenart ihres Berufes reisen.

Die Frage lautete, wie man bei Beachtung der Bestimmungen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen gegen eine klar erkannte (begrifflich formulierte und bestimmte) Menschengruppe vorgehen kann, die sich nicht in unseren Ordnungsstaat einfügen will – ja, vielleicht es auch nicht kann. Erwähnenswert hierzu ist eine Anweisung des Bundesministers des Inneren vom 30. 6. 1952, bei der Ausstellung eines Ausweises ein Doppel mit Lichtbild an das BKA zu übersenden.

Mit großer Geschicklichkeit – die Jungen lernen es bereits von den Alten – geht der Zigeuner bei einem Diebstahl vor, und nur selten gelingt es, ihn auf frischer Tat zu treffen. Immer und immer wieder übt er sich in diesem Handwerk, und es ist kennzeichnend, daß man bei ihm selten ein ausgesprochenes Einbruchswerkzeug findet. Primitive Hilfsmittel, ein Nagel, ein Draht oder ein Messer bringen ihn genauso an sein Ziel. Er würde infolge seiner feigen Veranlagung aber nie die Ruhe aufbringen, längere Zeit am Tatort zu verweilen. Nur selten und nur dann, wenn es nicht zu umgehen ist, stellt er sich zum Kampf. Dann aber ist größte Vorsicht geboten, denn er trägt vielfach einen Dolch oder gar eine Schußwaffe bei sich, die er aus dem Hinterhalt zur Anwendung bringt. Dieser Tatsache sollte insbesondere der Polizeibeamte, sei es lediglich bei einer Überprüfung oder aber bei Festnahmen – wie in unserer heutigen Vollübung – Rechnung tragen.

Nach offizieller Darstellung wurden diese „Zigeuner“- oder „Landfahrer“-Karteien der LKAs in den 1970er Jahren aufgelöst. Tatsächlich wurden sie jedoch mittels elektronischer Speicherung durch das bei der deutschen Polizei neu eingeführte INPOL-System wieder zu einer einzigen, zentralen „Zigeunerdatei“ zusammengefasst. Die Kennzeichnung ZN („Zigeunername“) in den Polizeiakten wurde seit 1983 durch die Bezeichnung „Personen mit HWA0“ ersetzt, was so viel bedeutet wie „Personen mit häufig wechselndem Aufenthaltsort“. Heute wird häufig die Bezeichnung „MEM“ (mobile ethnische Minderheit) verwendet.

Antiziganismus heute

Nach dem es den Nazifaschisten fast gelungen war, Deutschland „zigeunerfrei“ zu machen, leben heute nach Schätzungen wieder mehr als 100.000 Sinti und Roma in Deutschland. Dies ist in erster Linie das Ergebnis der Zuwanderung aus Osteuropa. An den antiziganistischen Vorstellungen und Stereotypen in den Köpfen der deutschen Bevölkerung hat sich dagegen nur wenig geändert. Diese sind nach wie vor stark ausgeprägt. In allen zentralen Umfragen seit den frühen 1960er Jahren sind die Sinti und Roma die mit Abstand am meisten verachtete Minderheit in Deutschland. So antworteten z.B. auf die Frage des American Jewish Committee, ob man sich Sinti und Roma als Nachbarn vorstellen könne, im Jahr 2002 58 Prozent der Befragten mit „Nein“.

Rostock 1992

Einer der bisherigen Höhepunkte der Hetze gegen Sinti und Roma im Nachkriegsdeutschland war das Pogrom von Rostock 1992. In Rostock-Lichtenhagen waren Roma-Flüchtlinge gezwungen worden, im Freien vor einem überfüllten Wohnheim zu übernachten. Wochenlang hatten Politiker und Medien die öffentliche Meinung gegen rumänische Roma

angeheizt. Dies reichte von der offenen Nazihetze der National-Zeitung, mit Schlagzeilen wie „Zigeunerinvasion - Deutschland in Gefahr“ (National-Zeitung, 26.8.1992), bis hin zum Spiegel und zur Bild-Zeitung, mit Überschriften wie „Die 7 Geheimnisse der Sinti und Roma“ (Bild, 24.8.1992).

In diese Hetze gegen die Roma stimmte auch das Neue Deutschland ein. Mit der Interviewmethode, sprich, wir sagen es ja nicht selbst, sondern geben nur die „Volks“-Meinung wieder, darf der „kleine Mann“ von der Straße völlig unkommentiert und unkritisiert durch die ND-Redaktion auf Seite 1 zu Wort kommen und verkünden: „Eine heiße Nacht, spannender als SAT 1“. Die ebenfalls interviewte „kleine Frau“ darf dann gleich im Anschluss ihrem Antiziganismus freien Lauf lassen: „(...) uns stören ja nicht die Asylanten an sich, aber diese Zigeuner. (...) Unsere schöne Rasenfläche haben die zu einer Müllkippe gemacht, frech sind sie auch“ (Neues Deutschland, 26.9.1992).

Von dieser Hetze der Medien und der deutschen Politiker ermutigt, griffen drei Tage lang bis zu 2000 Nazis und nazistisch aufgehetzte Anwohner_innen unter dem Beifall hunderter Schaulustiger und Befürworter_innen die Flüchtlinge im Wohnheim an. Feuerwehr und Polizei sahen zu, wie der gesamte Hochhauskomplex mit Brandsätzen angezündet wurde. Der damalige Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer, erklärte zu dem Pogrom in Rostock es sei „unmöglich ..., dass deutsche Polizisten gegen Deutsche eingesetzt werden, um Ausländer zu schützen.“

Massenabschiebungen und Abschiebeterror gegen Roma

In den letzten Jahren sind viele Roma aufgrund staatlicher Verfolgung, Naziterror oder einfach aufgrund ihrer unhaltbaren Lebensbedingungen vor allem aus Osteuropa nach Deutschland geflüchtet. Wie der deutsche Staat mit diesen Flüchtlingen umgegangen ist und umgeht, kann mit voller Berechtigung als mörderisch bezeichnet werden. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre schloss der deutsche Staat ein Abschiebeabkommen mit der damaligen rumänischen Regierung zur Abschiebung der vor dem verstärkten Rassismus in Rumänien nach Deutschland geflohenen Roma. 1996 vereinbarte die Bundesregierung dann mit der damaligen Milosevic-Regierung in Jugoslawien die Massenabschiebung zehntausender Roma nach Jugoslawien. Während des Krieges der NATO unter Beteiligung Deutschlands gegen Jugoslawien 1999 setzte die Bundesregierung das Abschiebeabkommen aus, um es dann 2001 mit der neuen serbischen Regierung wieder in Kraft zu setzen. Von diesen Massenabschiebungen von Roma, die die Bundesregierung gerne verharmlosend und bürokratisch als „Reintegration“ oder „Rückführung“ bezeichnet, waren mehrere zehntausend Roma betroffen. Diese Abschiebungen fanden verstärkt seit 2001 statt und laufen bis heute hauptsächlich im Stillen weiter. Zahlen über bisher abgeschobene Roma sind kaum bekannt.

Hetze gegen Roma-Flüchtlinge im Mai/Juni 2009 in Berlin

Ein aktuelles Beispiel ist der Umgang der Berliner Behörden und Polizei gepaart mit einer antiziganistische Hetzkampagne in Tageszeitungen wie Bild und BZ gegen Roma-Flüchtlinge aus Rumänien im Mai/Juni 2009. Hier soll nur schlaglichtartig auf die antiziganistische Hetze in der Bild-Zeitung und der BZ eingegangen werden und auf die von uns erstellten Ausstellungstafeln zur Medien-Hetzkampagne gegen Roma-Flüchtlinge verwiesen werden. Die BZ verleumdete die Roma als „Nerv-Wischer“ und „Bettel-Roma“, die Bild-Zeitung fragte: „Wie lange noch tanzen sie Berlin auf der Nase herum?“ (Bild/Berlin, 29.5.09). Zum Stichwortgeber der Hetze in Bild und BZ machte sich SPD-Innensenator Körting, der die Losung ausgab: „Vom Grundsatz her bin ich der Meinung, sie

müssen wieder nach Hause.“ (Bild/Berlin, 9.6.2009). Nachdem der Berliner-Senat ein „Ausreisegeld“ von 250 Euro bezahlte, um die Roma loszuwerden, titelte der Berliner Kurier: „30.000 Euro für Roma (...). Zum Schluss half nur noch ein tiefer Griff in die Kasse, um die Bettel-Roma loszuwerden. (...) Bei diesen Summen wurden die Roma weich ...“ (Berliner Kurier, 12.06.09).

Aufgaben heute

Wir wollen nicht nur bei der Darstellung der einzelnen Seiten der verbrecherischen Tradition des Antiziganismus in Deutschland stehen bleiben, sondern Schlussfolgerungen ziehen und Aufgaben benennen. Der Antiziganismus ist bis heute ein fester Bestandteil des deutschen Rassismus und des deutschen Herrenmenschen-denks. Kampagnenartig wird er immer wieder gesteigert, wie im Mai/Juni 2009 in Berlin geschehen oder auch hin bis zu Pogromen wie 1992 in Rostock. Dabei greifen staatliche Verfolgung, Diskriminierung, Polizeiterror, Medienhetze und Naziterror sowie in der deutschen Bevölkerung tief verwurzelte antiziganistische Vorurteile und Stimmungen ineinander. Sinti und Roma werden nicht nur im Alltag benachteiligt und ausgegrenzt, sondern immer wieder terrorisiert und mit dem Tode bedroht. Dies betrifft insbesondere auch diejenigen Roma, die aus Osteuropa nach Deutschland geflohen sind und somit dem staatlichen Abschiebeterror und der staatlichen Schikane ausgesetzt sind.

Wir sehen nicht nur die Aufgabe, allen Formen des Antiziganismus entgegenzutreten, sondern dies Seite an Seite mit den Sinti und Roma zu tun. Hierfür müssen wir immer wieder neu enge Kontakte zu den Betroffenen, den Sinti und Roma, herstellen. Wir müssen die Entwicklung des staatlichen Abschiebeterrors gegen Roma aus Osteuropa genau im Blick haben und die Betroffenen konkret und tatkräftig nach unseren Möglichkeiten unterstützen. Auch wenn die Überlebenden des Nazi-Völkermordes generationsbedingt immer weniger werden, treten wir für die maximale Entschädigung der Opfer der Naziverbrechen und für die Erfüllung der gerechten Forderungen der Sinti und Roma ein.

Verwendete Literatur

- Wippermann, Wolfgang, Wie die „Zigeuner“. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Berlin 1997
- König, Ulrich, Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus - Verfolgung und Widerstand, Bochum 1989
- Autorenkollektiv, Der Nazi-Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Europa und der Antiziganismus in Deutschland heute. Zum Kampf gegen den Antiziganismus, Broschüre, Offenbach 2007
- Winckel, Änneke, Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland, Münster 2002
- Autorenkollektiv, Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus, Offenbach 1998
- Rose, Romani, Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland, Heidelberg 1987
- Rose, Romani (Hrsg.), Den Rauch hatten wir täglich vor Augen. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, Heidelberg 1999
- Sander, Peter, Frankfurt. Auschwitz. Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Frankfurt am Main, Frankfurt 1998
- Autorenkollektiv, 10 Jahre „Deutsche Einheit“, Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf, Offenbach 2000
- Strauß, Daniel, Zur Nachkriegsgeschichte der Sinti und Roma in Deutschland. In: Gesellschaft für Antiziganismusforschung (Hrsg.), Aufklärung und Antiziganismus. Beiträge zur Antiziganismusforschung, Marburg 2003

Im Folgenden drucken wir das Flugblatt „Verhindern wir die Abschiebung von Roma“ ab, das wir anlässlich der bundesweiten Aktionstage gegen die geplante Massenabschiebung von Roma in den Kosovo vom 02.-04.Oktober 2009 geschrieben haben. Bei den Aktionen gegen die Massenabschiebung von Roma in Berlin wurde am 2. Oktober am Potsdamer Platz auch die für die Veranstaltung erstellte Ausstellung zur antiziganistischen Hetze der Bild-Zeitung und der BZ gezeigt. Der Anlass und Inhalt des Flugblattes, die Verabschiedung eines so genannten „Rücküberführungsabkommens“ zwischen Deutschland und der Kosovoregierung zur Massenabschiebung von 10.000 Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo hat nichts an seiner Aktualität verloren. Die geplanten und beschlossenen Massenabschiebungen sind zum Teil schon durchgeführt. Die Abschiebung von mehreren Tausend Roma steht immer noch auf der Tagesordnung. Unsere Solidarität und unser Widerstand sind nach wie vor wichtig.

Verhindern wir die Abschiebung von Roma!

Aktuell sind ca. 24.000. Flüchtlinge aus dem Kosovo akut von der Abschiebung durch den deutschen Staat bedroht. Darunter befinden sich mindestens 10.000 Roma. Die ersten Abschiebungen von Roma haben in dieser Woche vom Flughafen Düsseldorf aus begonnen. Damit hat der deutsche Staat nun seine seit Jahren forcierten Pläne zur Abschiebung aller in Deutschland lebender Flüchtlinge aus dem Kosovo mit ungesichertem Aufenthaltsstatus durchgesetzt. Eine faktische „rechtliche Grundlage“ für die Massenabschiebungen hat der deutsche Staat im April 2009 geschaffen, indem er der neuen Kosovoregierung ein sogenanntes „Rückübernahmeabkommen“ diktierte. Viele von der Abschiebung bedrohten Roma leben seit 10 oder 15 Jahren in Deutschland. Die meisten sind in Folge des NATO-Krieges gegen Jugoslawien/Serbien 1999 unter Beteiligung Deutschlands aus dem Kosovo geflohen, der zur Besetzung des Kosovo durch NATO-Truppen, darunter auch 4000 bis 5000 Bundeswehrsoldaten, geführt hat. Im Verlauf und nach dem Krieg wurden die Roma unter den Augen der KFOR-Truppen aus dem Kosovo vertrieben. Auch in den letzten zehn Jahren ist es immer wieder zu pogromartigen Überfällen und Vertreibungen von Roma, wie z.B. 2004 in der Stadt Mitrovica, durch die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo gekommen.

Auch heute herrscht im Kosovo von Seiten der albanischen Regierung und der albanischen Bevölkerungsmehrheit eine extrem romafeindliche Atmosphäre, die immer wieder zu Pogromen und Überfällen auf Roma führt. Die wenigen noch im Kosovo verbliebenen Roma müssen meist in abgetrennten Ghettos und Barackenlagern unter elenden Lebensbedingungen leben. Die Arbeitslosigkeit unter den Roma beträgt nahezu 100 Prozent. Die jetzt vom deutschen Staat geplante Massenabschiebung der Roma bedeutet daher ihre Abschiebung in Hunger, Elend und den Tod.

Deutschland - die „romafeindlichste Regierung in Europa“

Rudko Kwazynski, der Vorsitzende des Europäischen Roma-Forums in Straßburg, bezeichnete die deutsche Regierung aufgrund dieser rücksichtslosen Abschiebepolitik des deutschen Staates als die „romafeindlichste Regierung in Europa“ (taz, 16.9.09).

Den Hintergrund dieser Einschätzung des deutschen Staates durch Rudko Kwazynski bildet vor allem auch das Auftreten des deutschen Staates auf europäischer Ebene zur Durchsetzung seiner Pläne zur Massenabschiebung der Roma in den Kosovo. So hatte die deutsche Delegation bei der Konferenz des Europarates in Sevilla im Mai 2009 „von vornherein klargemacht, dass sie sich auf gar keinen Fall das Abschieberecht

streitig machen lassen wird“ (taz, 16.9.09) und damit auch andere EU-Staaten wie Schweden und Österreich zur Abschiebung von Roma bewegt.

Lebensbedrohliche Abschiebeabkommen

Dabei steht das jetzt mit der neuen Kosovoregierung vereinbarte Abschiebeabkommen in einer Reihe mit anderen vom deutschen Staat seit Anfang der 1990er vereinbarten Abschiebeabkommen zur Massenabschiebung von Roma aus Deutschland.

Bereits Anfang der 1990er Jahre hat der deutsche Staat ein Abschiebeabkommen mit der damaligen rumänischen Regierung zur Abschiebung der vor dem verstärkten romafeindlichen Rassismus in Rumänien geflohenen Roma abgeschlossen.

1996 vereinbarte die Bundesregierung dann mit der damaligen Milosevic-Regierung in Jugoslawien die Massenabschiebung zehntausender Roma nach Jugoslawien, die aufgrund der Vertreibungen und Verfolgungen infolge der Kriege zur Aufspaltung Jugoslawiens geflohen waren. Während des Krieges der NATO unter Beteiligung Deutschlands gegen Jugoslawien/Serbien 1999 setzte die Bundesregierung dieses Abschiebeabkommen für kurze Zeit aus, um es dann 2001 nach der Besetzung des Kosovo mit der neuen serbischen Regierung wieder in Kraft zu setzen. Von diesem Abkommen zur Massenabschiebung von Roma, das vom deutschen Staat gerne verharmlosend und bürokratisch als „Reintegration“ oder „Rückführung“ bezeichnet wird, waren mehrere zehntausend Roma betroffen.



Aktionstage gegen die geplante Massenabschiebung von Roma in den Kosovo

Die ungebrochene Tradition des Antiziganismus in Deutschland

Die lange Geschichte der Abschiebung und Verfolgung der Sinti und Roma in Deutschland: Das ganze Ausmaß und die Skrupellosigkeit des Abschiebeterrors und der romafeindlichen Politik des deutschen Staates werden nur verständlich vor dem Hintergrund der langen Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma in Deutschland. Schon im Mittelalter als vogelfrei erklärt und damit ungestraft ermordet, wurden die Sinti und Roma mit der Gründung des deutschen Reiches 1871 in der großen Mehrzahl nicht als deutsche Staatsbürger anerkannt, verfolgt, gesondert erfasst, zu Staatenlosen erklärt und massenhaft aus Deutschland abgeschoben. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten wurde auch in der Weimarer Republik die polizeiliche Verfolgung unvermindert fortgesetzt. Die zentrale Sondererfassung in sogenannten „Zigeunerkarteien“ wurde seit 1899 systematisch aufgebaut und wird bis heute fortgesetzt.

Mit der Machtübergabe an die Nazis 1933 erhielt die Verfolgung und Aussonderung der Sinti und Roma eine neue Dimension. Im März 1934 forcierten die Nazis mit dem „Gesetz über die Reichsverweisung“ den Abschiebeterror gegen Sinti und Roma enorm. Der Terror der Nazis gegen die Sinti und Roma von Zwangsterilisation, pseudomedizinischen Versuchen, Sklavenarbeit und Deportation in die KZs und Vernichtungslager, unterstützt oder zumindest stillschweigend geduldet von der großen Mehrheit der deutschen Mehrheitsbevölkerung, gipfelte im Völkermord an schätzungsweise einer halben Million Sinti und Roma Europas.

Auch nach 1945 konnte die deutsche Polizei ihren Terror gegen die überlebenden Sinti und Roma nahtlos fortsetzen. Die Nazitäter konnten meist ungestraft ihre romafeindliche Politik weiterführen. Die polizeiliche Sondererfassung und Schikanierung der Sinti und Roma in sogenannten „Zigeunerkarteien“ existiert bis heute. Entschädigungen konnten die deutschen Sinti und Roma erst nach einem langen Kampf für einzelne Verfolgte durchsetzen und dann in einer solch beschämend geringen Höhe, die diesen Namen nicht verdienen. Die osteuropäischen Roma in den von den Nazi-deutschland überfallenen Ländern sind bis heute weitestgehend von jeglicher Entschädigung ausgeschlossen geblieben.

Heute wird in Deutschland kaum eine Minderheit von den bürgerlichen Medien und Politiker_innen so verhetzend dargestellt und diskriminiert wie die Sinti und Roma. Keine andere Minderheit wird von den staatlichen Behörden so unterdrückt oder verfolgt und auch von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung so verachtet. Der Antiziganismus ist bis heute ein fester Bestandteil des deutschen Rassismus und des deutschen Herrenmenschen-denks. Kampagnenartig wird er immer wieder gesteigert wie zuletzt im Mai und Juni 2009 in Berlin gegenüber 100 Roma-Flüchtlingen aus Rumänien. An diesem Fall hat sich erneut gezeigt wie staatliche Verfolgung, Diskriminierung, Polizeiterror und Medienhetze ineinandergreifen. In einer antiziganistischen Hetzkampagne hatten Tageszeitungen wie Bild und BZ gegen die Roma-Flüchtlinge gehetzt. Die Polizei hatte die Roma tagelang schikaniert. Der SPD/Linke-Senat in Berlin erhöhte den Druck und nötigte die Roma zur „freiwilligen Ausreise“.

Keine Abschiebung von Roma! Solidarität mit den Roma und gemeinsamer Kampf gegen die mörderische Abschiebepolitik des deutschen Staates! Kampf dem Antiziganismus!

Ausstellung „Bild- und BZ-Hetzkampagne gegen Roma-Flüchtlinge“



Die Ausstellung mit 7 Tafeln DIN A2 kann gerne bei uns ausgeliehen werden

Militant und jüdisch - der Widerstand der Herbert-Baum-Gruppe gegen den Nazifaschismus

Einleitung

Die Herbert-Baum-Gruppe war die größte jüdische Widerstandsgruppe, die während des Nazifaschismus in Deutschland den Kampf gegen die Nazis, gegen ihre jüdenfeindliche Politik und gegen ihren jüdenfeindlichen Terror organisierte. Die Gruppe um Herbert Baum verkörperte das Feindbild der Nazis wie keine andere, weil ihre Mitglieder jüdisch und viele von ihnen auch kommunistisch waren. Sie leisteten militanten Widerstand und bekundeten ihre Solidarität mit der damaligen sozialistischen Sowjetunion. Sie verhalfen Juden unter Einsatz ihres Lebens zur Flucht und haben aktiv gegen die Nazi-Propaganda gekämpft. Sie leisteten praktische Solidarität mit Zwangsarbeiter_innen aus anderen Ländern und nahmen Verbindungen auf zu anderen Widerstandsgruppen.

Obwohl die Gruppe um Herbert Baum in Berlin wirkte, gibt es nur wenige öffentliche Zeugnisse, die an ihren beispielhaften Kampf erinnern. Die Herbert-Baum-Straße führt zum jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee, wo sich ein Gedenkstein für Herbert Baum und die anderen ermordeten Mitglieder der Gruppe befindet. 1981 ließ die DDR im Berliner Lustgarten - am Ort der bekanntesten und wichtigsten Widerstandsaktion der Herbert-Baum-Gruppe - einen Gedenkstein errichten. Ein Teil der Inschrift des Gedenksteins ist seit dem Jahr 2000 mit bedruckten Glasplatten überdeckt. Überdeckt wird eine Textpassage, die die Verbundenheit und Solidarität der Herbert-Baum-Gruppe mit der damaligen Sowjetunion als der Hauptstütze im Kampf gegen den Nazifaschismus zum Ausdruck bringt. Ersetzt wurde dieser Teil der Inschrift in der BRD durch einige geschichtliche Informationen zur Gruppe.

In West-Berlin kämpften Studierende und der AStA der TU Berlin 1983/1984 mit sehr viel Einsatz dafür, dass das Hauptgebäude der TU den Namen Herbert Baums erhält und dort eine Gedenktafel angebracht wird, um daran zu erinnern, dass Herbert Baum als Jude 1935 von der Hochschule entfernt wurde und als aktiver Widerstandskämpfer von den Nazis 1942 ermordet wurde. Den Studierenden ist es damals nicht gelungen, trotz einiger Unterstützung, namentlich aus der jüdischen Gemeinde, sich mit ihrer antifaschistischen Initiative gegen die in Universität und Politik Herrschenden durchzusetzen. Dass die Herbert-Baum-Gruppe den Herrschenden eine Dorn im Auge war und ist, liegt vor allem an Folgendem:

- Herbert Baum und seine Genoss_innen waren jüdische Revolutionäre, die aktiven Widerstand geleistet haben.
- Herbert Baum und die Mitglieder seiner Gruppe kämpften auch unter schwierigsten Bedingungen militant gegen den Nazifaschismus.
- Herbert Baum und viele seiner Gruppe waren Kommunist_innen, die die damalige sozialistische Sowjetunion mit vollem Einsatz gegen die Hetze der Nazis verteidigten.

Wir halten diese Gesichtspunkte allerdings für vorbildlich und verstehen uns in der antifaschistischen Tradition und Verantwortung dieser, unserer Genoss_innen, die gegen die Nazis entschlossen Widerstand geleistet haben. Im Folgenden ist dargestellt, unter welchen Bedingungen diese jüdische Widerstandsgruppe im Nazifaschismus kämpfte, wer ihre Mitglieder waren und mit welchen Aktionen sie den Kampf gegen die Nazis praktisch aufnahmen. Abschließend soll anhand von Pressemeldungen schlaglichtartig

der Antisemitismus heute beleuchtet werden, der deutlich macht, dass der Kampf der jüdischen Mitglieder der Widerstandsgruppe Herbert Baum gegen Nazis und Antisemitismus keine Frage ist, die sich geschichtlich erledigt hat sondern auch für unseren heutigen Kampf gegen die Nazis und den Antisemitismus von Bedeutung ist.

Entwicklung des antisemitischen Terrors der Nazifaschisten - Antisemitische Maßnahmen in Deutschland 1933-1938

Um den Widerstand der jüdischen und kommunistischen Genoss_innen um Herbert Baum, ihre Diskussionen und die Schwierigkeiten, vor denen sie standen, vor allem aber ihren Mut und ihre Entschlossenheit, gegen die Nazis zu kämpfen, verstehen und einordnen zu können, ist es wichtig, sich die Situation der jüdischen Bevölkerung in Deutschland nach 1933 bewusst zu machen. Im Folgenden, hier notwendigerweise gedrängten Überblick über die wichtigsten Etappen der mörderischen, jüdenfeindlichen Ausgrenzungs- und Verfolgungspolitik der Nazis wird der Schwerpunkt auf die Situation für die Jüdinnen und Juden innerhalb Nazi-Deutschlands gelegt. Denn hier organisierten Herbert Baum und seine Genoss_innen ihren antifaschistischen Kampf.

Die Ausgrenzung und der Terror gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland wurde unmittelbar nach der Machtübergabe an die Nazis im Januar 1933 zum Alltag. Schon in den ersten Wochen kam es, angefacht durch die antisemitische Hetze der gesamten Presse, zu massenhaften Übergriffen auf Jüdinnen und Juden, sowie zu Friedhofsschändungen vor allem durch die Mitglieder der NSDAP und der SA. Am 1. April 1933 mobilisierten die Nazis dann in ganz Deutschland unter dem Aufruf „Die Juden sind unser Un-



Herbert Baum

glück! Kauft nicht bei Juden!“ mit Unterstützung großer Teile der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung den Boykott der jüdischen Unternehmen und Geschäfte. Nur wenige Tage danach erfolgten die ersten gesetzlich fixierten Schritte zur Ausschaltung und Entfernung der Jüdinnen und Juden aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in Deutschland. Am 7. April erließen die Nazis das „Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“. Mit diesem Gesetz wurden, bis auf wenige Ausnahmen (bis 1935), alle „nichtarischen“ Beamte_innen, gemeint waren vor allem Jüdinnen und Juden, sowie politische Gegner_innen, aus dem Staatsdienst entlassen und entfernt.

Der nächste wichtige Einschnitt bei der Verschärfung des antisemitischen Naziterrors und der Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden bildet die Verabschiedung der rassistisch-antisemitischen „Nürnberger Rassegesetze“ im September 1935, welche den Jüdinnen und Juden ihre Staatsbürgerrechte nahmen. Deutscher Staatsangehöriger kann nur sein, so die „Nürnberger Gesetze“, wer „deutschen“ oder „artverwandten Blutes“ ist. Die „Eheschließung zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes“ wurde verboten und unter Strafe gestellt, ebenso der sogenannte „außereheliche Verkehr“.

Eine weitere Verschärfung und ein Einschnitt des antisemitischen Naziterrors erfolgte dann im Jahr 1938. Schon zu Beginn des Jahres hatten die Nazis eine Reihe weiterer antisemitischer Gesetze erlassen, von denen zwischen 1933 und 1945 insgesamt über 2000 verabschiedet wurden. In diesen Gesetzen wurde die vollständige Ausschaltung der Jüdinnen und Juden aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens und später vor allem die sogenannte „Arisierung“, der staatlich organisierte Raub des Besitzes der Jüdinnen und Juden, gesetzlich festgeschrieben und geregelt. 1938 wurden auch sämtliche jüdischen Jugendorganisationen in Deutschland verboten, die bis dahin von den Nazis noch unter strenger Überwachung geduldet wurden.

Im Sommer 1938 organisierten die Nazis neue Boykottaktionen gegen die jüdischen Unternehmen. Deutschlandweit wurden jüdische Geschäfte geplündert. Massenverhaftungen wurden durch-

geführt. Allein in Berlin wurden im Juni 1938 1500 Jüdinnen und Juden verhaftet und in die Nazi-KZs verschleppt. Im Oktober 1938 führten die Nazis dann die erste Massendeportation von 17.000 Jüdinnen und Juden mit polnischen Pässen aus Deutschland nach Polen durch.

Der Höhepunkt des staatlich organisierten antisemitischen Terrors im Jahr 1938 bildet das Novemberpogrom. In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurden in ganz Deutschland unter den Augen der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung und zum Teil unter deren aktiver Teilnahme über 1000 Synagogen in Brand gesteckt. Die Wohnungen und Geschäfte von Juden wurden überfallen, zerstört und geplündert. Hunderte Jüdinnen und Juden wurden miss-handelt. Allein in dieser Nacht wurden über 100 von ihnen auf den Straßen der deutschen Städte und Dörfer - in aller Öffentlichkeit - ermordet. In den Tagen nach dem Novemberpogrom wurden in einer ersten Massenverhaftungswelle 30.000 deutsche Juden verhaftet, durch die Straßen der deutschen Städte getrieben und in die KZs Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt.

Wie wirkten sich diese ungeheure Anzahl antisemitischer Ausnahmegesetze und Verordnungen auf das alltägliche Leben der Jüdinnen und Juden in Deutschland aus? Sie hatten ihre Staatsbürgerrechte und meist auch ihren Arbeitsplatz verloren. Sie wurden von der Polizei überwacht, von den Nazis gejagt und verfolgt und von der großen Mehrheit der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung gemieden, verachtet und angefeindet. Sie durften keine öffentlichen Schulen, keine Universitäten, keine Kinos, Theater, Konzerte, Ausstellungen oder Schwimmbäder besuchen. Sie durften keine Zeitungen kaufen. Sie durften kein Auto, kein Telefon und auch keine Schreibmaschine besitzen. Viele wurden zur Zwangsarbeit in den Betrieben der deutschen Konzerne gezwungen, wo ihnen der Kontakt zu nicht-jüdischen Deutschen und zu den Zwangsarbeiter_innen aus anderen Ländern verboten war. Nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen und dem Beginn des II. Weltkrieges verhängten die Nazis ein Ausgangsverbot für Jüdinnen und Juden ab 20 Uhr. Sie durften außerdem bestimmte Stadtgebiete nicht mehr betreten. Um die jüdischen Familien besser überwachen zu



Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933

können, wurden sie in sogenannte „Judenhäuser“ eingepfercht. Im September 1941 wurde den Juden dann nicht nur das Tragen des Judensterns in der Öffentlichkeit vorgeschrieben, sondern auch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, mit wenigen Ausnahmen, verboten. Sie durften keine Fahrräder haben und waren vom Erwerb wichtiger Lebensmittel und Kleidung ausgeschlossen. So sah also die „alltägliche“ Situation für die Jüdinnen und Juden in Deutschland aus. All das bis jetzt Geschilderte geschah in Deutschland, vor den Augen der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung, mit deren aktiver Unterstützung oder zumindest mit deren Zustimmung oder stillschweigender Duldung.

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges und der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas

Der 1. September 1939, der Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen, bedeutete einen weitreichenden Einschnitt für die Steigerung des antisemitischen Terrors. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges begannen die Nazis ihre Drohung und ihr Programm der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in die Tat umzusetzen. Die Massenerschießungen zehntausender polnischer Juden vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1940 bildeten deren Auftakt. Jetzt führten die Nazis die ersten Massendeportationen aus ihrem Herrschaftsbereich nach Polen, dem sogenannten „Generalgouvernement“, durch. Die Deportation der Berliner Jüdinnen und Juden begann im Oktober 1941. Im gleichen Monat wurde ihnen die Auswanderung aus Deutschland verboten.

Mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 begann dann der Massenmord an den sowjetischen Jüdinnen und Juden. Der sogenannte Plan zur „Endlösung der Judenfrage“ wurde vor allem nach der „Wannseekonferenz“ am 20. Januar 1942 durchgeführt. Dieser Plan sah die Vernichtung aller Jüdinnen und Juden im Herrschaftsbereich der Nazis in eigens zu diesem Zweck errichteten industriell organisierten Mordfabriken, den Vernichtungslagern vor (Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Sobibor, Belzec, Majdanek-Lublin und Chelmo). Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges ermordeten die Nazifaschisten über 6 Millionen Jüdinnen und Juden aus Deutschland und den von ihnen überfallenen Ländern. An diesen Verbrechen der Nazifaschisten trägt die deutsche Bevölkerung im hohen Maß eine Mitschuld. Nicht wenige waren an diesen Verbrechen selbst aktiv beteiligt. Viele haben der Ausgrenzung und dem antisemitischen Terror gegen die jüdischen Bevölkerung zugestimmt oder ihn zumindest stillschweigend geduldet.

Die Herbert-Baum-Gruppe

Die Herbert-Baum-Gruppe war die größte jüdisch-kommunistische Widerstandsgruppe innerhalb Nazi-Deutschlands. Zur Zeit des Anschlags auf die antikommunistische Nazihetzausstellung „Das Sowjetparadies“ im Mai 1942, zählten zu ihrem engeren Kreis etwa 30 in der großen Mehrzahl jüdische Antifaschist_innen. In ihrem Umfeld waren noch ca. weitere 60-70 jüdische Antifaschist_innen organisiert. In diesem Beitrag soll zunächst die Entstehung und Herausbildung der Widerstandsgruppe um Herbert Baum und in einem zweiten Teil ihre Aktionen gegen die Nazis dargestellt werden.

Die Ursprünge der Herbert-Baum-Gruppe im Kommunistischen Jugendverband (KJVD)

Die Ursprünge der antifaschistischen Widerstandsgruppe um Herbert Baum liegen im Kommunistischen Jugendverband der KPD, dem KJVD, im Berliner Bezirk Kreuzberg-Mitte. Herbert Baum und viele seiner engsten Kampfgefährten, die später zum leitenden Kern der Gruppe um Herbert Baum gehörten, wie seine spätere



Nazipropaganda bis 1940/41. Im Oktober 1941 wurden die Auswanderungen von Juden aus Nazi-Deutschland verboten.

Frau Marianne, sein Schulfreund Martin Kochmann und dessen Frau Sala, waren dort seit Anfang der 30er Jahre organisiert. Dort hatten sie sich theoretisch geschult und praktisch-politische Erfahrungen gesammelt.

In den Jahren 1934-36 gehörte Herbert Baum der Leitung des KJVD-Bezirks Kreuzberg-Mitte an. Zu den vielfältigen Aktionen der KJVD-Gruppe gehörten die Erstellung und Verteilung einer illegalen Zeitschrift. Sie versuchte in verschiedenen Fabriken und Kaufhäusern in Mitte und Kreuzberg Betriebszellen aufzubauen. Zur Verbesserung ihrer illegalen Arbeit und zur Gewinnung von größerer Klarheit, wie und in welche Richtung der Kampf gegen die Nazis geführt werden sollte, wurden verschiedene Klassik-



Mitglieder der Gruppe um Baum - Oben: Marianne Baum und Heinz Birnbaum / Unten: Edith Fraenkel, Felix Heymann

ertexte von Marx und Lenin, die Publikationen der KPD und anderer Gruppen diskutiert. Die Klarheit, die die Gruppe dadurch über den Nazifaschismus gewann, drückte sich z.B. in der folgenden wichtigen Aktion der Gruppe von 1935 aus. Den Mitglieder der Gruppe war klar, dass Nazifaschismus Terror nach Innen und Krieg nach Außen bedeutet. Gegen alle lügnerischen Verdrehungen Hitlers und Goebbels von den angeblich friedlichen Absichten und Zielen der Nazis, klebte die Gruppe 1935 bei den ersten Probealarmen zur Kriegsvorbereitung Klebezettel rund um den Alexanderplatz mit der Aufschrift: „Heute noch Probe, morgen Wirklichkeit!“.

Die Herbert Baum-Gruppe - eine jüdisch-antifaschistische Widerstandsgruppe

Die Herausbildung der Herbert-Baum-Gruppe als eine vor allem aus deutschen Jüdinnen und Juden bestehenden antifaschistischen Widerstandsgruppe beginnt 1936. Zu dieser Zeit begannen Herbert Baum und andere jüdische Kommunistinnen und Kommunisten aus der KJVD-Gruppe Kreuzberg-Mitte und anderen Stadtteilen wie z.B. Neukölln wieder in verschiedenen jüdischen Jugendorganisationen wie der „Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft“ mitzuarbeiten. Dort waren sie selbst einige Jahre Mitglieder gewesen. Jetzt trafen sie dort viele ihrer Freunde wieder, die sich ihnen anschlossen.

Weiter organisierten sie dort als Gruppenleiter auch eigene Jugendgruppen, deren Mitglieder oft noch recht jung waren. Viele waren zu diesem Zeitpunkt erst 13 oder 14 Jahre alt. Veranstaltet wurden Lese- und Musikabende, Wanderungen und Ausflüge wurden unternommen aber auch politische Schulungen durchgeführt. Auf diese Weise kamen viele jüdische Antifaschistinnen und Antifaschisten wie Hella und Alice Hirsch oder Hilde Loewy zwischen 1935 und 1939 zur Gruppe um Herbert Baum.

Bei ihrer Mitarbeit in den jüdischen Jugendorganisationen ging es für sie darum, neue Mitglieder für den Kampf gegen die Nazis zu gewinnen und andererseits eine legale Deckung für ihre Treffen und Widerstandsarbeit zu finden. Diese Taktik wurde später oft als die Taktik des „Trojanischen Pferdes“ bezeichnet. Für die jüdischen Kommunisten wie Herbert Baum war klar, dass für diese Arbeit nur die von den Nazis zwar streng überwachten aber bis 1938 noch legalen jüdischen Jugendorganisationen in Frage kamen. Alle anderen Jugendorganisationen, Sportvereine oder andere Organisationen waren zu diesem Zeitpunkt schon rein „arische“ Organisationen. Juden war der Zutritt und die Mitgliedschaft verboten.

Als im November 1938 die letzten jüdischen Jugendorganisationen in Deutschland von den Nazis verboten wurden, gelang es der um Herbert Baum bestehenden Gruppe die politische Betätigung und



Mitglieder der Baum-Gruppe bei einem Ausflug

die Freizeitveranstaltungen fortzusetzen. Jetzt allerdings unter erheblich erschwerten Bedingungen. Als Treffpunkte kamen nun nur noch die Wohnungen einzelner Gruppenmitglieder in Frage. Zum Teil wurde die Zusammensetzung und die Organisation der einzelnen Jugendgruppen aus konspirativen Gründen umgestellt. Die von den kommunistischen Genossinnen und Genossen um Herbert Baum angeleiteten Gruppen wurden zum Teil in kleinere Gruppen von 4-5 Mitgliedern aufgeteilt, um keine größere Aufmerksamkeit bei den Treffen in den Privatwohnungen zu erregen.

Viele weitere Mitglieder stießen dann in den Jahren 1940/41 zur Gruppe. Wie viele andere Jüdinnen und Juden wurde Herbert Baum zur Zwangsarbeit in den Betrieben deutscher Konzerne gezwungen, Herbert Baum bei den Elmo-Werken der Firma Siemens in Berlin-Spandau. In den Abteilungen der Zwangsarbeiter_innen trafen die Angehörigen der Baum-Gruppe viele weitere ehemalige Mitglieder der inzwischen verbotenen jüdischen Jugendorganisationen wieder, die sich ihnen anschlossen. Unter anderem nahmen Mitglieder der Herbert-Baum-Gruppe Kontakt zu einem Kreis jüdischer Jugendlerner um Heinz Joachim auf.

Zusammenfassend lässt sich über die Herbert-Baum-Gruppe sagen, dass sie aus oft noch sehr jungen, jüdischen Antifaschistinnen und Antifaschisten bestand. Angeleitet wurden sie von einem Kern jüdischer Kommunistinnen und Kommunisten um Herbert Baum, die ein wenig älter waren und politisch und praktisch im Kommunistischen Jugendverband ausgebildet waren. Die Frage der Auswanderung war eine der zentralen, sicher mit am häufigsten diskutierten Fragen, nicht nur in der Herbert-Baum-Gruppe sondern in allen jüdischen Organisationen. Diese Frage war bei denjenigen, die sich zum aktiven Widerstand gegen die Nazis zusammengeschlossen hatten, wie der Herbert-Baum-



Weitere Mitglieder (v.l.): Alice Hirsch, Hella Hirsch, Hildegard Jadamowitz, Heinz Joachim, Martin Kochmann

Gruppe, eng mit der Frage verbunden: Wie und Wo gegen die Nazis kämpfen? In Nazi-Deutschland oder auswandern, später war nur noch die Flucht möglich, und sich in einem anderen Land dem Kampf gegen die Nazis anzuschließen. In der Herbert-Baum-Gruppe wurde die Frage so entschieden: Die älteren Mitglieder der Gruppe, meist die jüdischen Kommunist_innen aus dem KJVD, hatten sich in der Mehrzahl dafür entschieden, den Kampf gegen die Nazis in Deutschland zu führen. Den jüngeren jüdischen Antifaschist_innen, die sie in den Jugendorganisationen kennen lernten, stellten sie diese Entscheidung frei. Oft rieten sie ihnen, auszuwandern bzw. zu fliehen und unterstützten sie dabei.

Widerstandsaktionen der Herbert-Baum-Gruppe gegen die Nazis

In diesem Abschnitt sollen einige antifaschistische Widerstandsaktionen der Herbert-Baum-Gruppe kurz vorgestellt werden. Im Mittelpunkt steht dabei die wichtigste Aktion der Gruppe - der Anschlag auf die Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ im Mai 1942.

- Eine wichtige Widerstandsaktion der Gruppe in ihrer Entstehungsphase fand im Oktober 1940 statt. Am 3. Mai 1940 hatten die Nazis den jüdischen KPD-Genossen Rudi Arndt im KZ Buchenwald ermordet. Als die Mitglieder der Herbert-Baum-Gruppe davon erfuhren, dass Rudi Arndt auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee beigesetzt werden sollte, organisierten sie eine Beisetzungsfier für ihn. Die Gruppe erreichte es, dass sich zum Beisetzungstermin ca. 50-60 Antifaschistinnen und Antifaschisten auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee versammelten. Ein jüdischer Geistlicher hielt eine Predigt und ein kommunistisches Gruppenmitglied hielt eine Rede am Grab von Rudi Arndt. Wenn man sich vorstellt, welche Perfektion und Brutalität der Überwachungsapparat der Nazis insbesondere gegenüber den Juden in Deutschland zu diesem Zeitpunkt erreicht hatte, kann man sich leicht vorstellen, dass das eine mutige und vor allem auch ziemlich erfolgreiche Widerstandsaktion gegen die Nazis war, die vor allem auch dazu gedient hat, die eigene Widerstandskraft und Moral gegen die Nazis und ihren Terror zu steigern.

- Die Gruppe beteiligte sich an verschiedenen Aktionen, bei denen antifaschistische Flugblätter oder Schriften, in Briefkästen eingeworfen, in Telefonzellen ausgelegt oder einfach per Post verschickt wurden. Häufig wurden auch antinazistische Parolen an Häuserwände gemalt. Mitglieder der Gruppe hörten die von den Nazis so bezeichneten „ausländischen Feindsender“ insbesondere BBC und Radio Moskau ab und verbreitete die so erhaltenen Nachrichten in ihren Reihen und in ihren Flugblättern und Schriften.

- Die Gruppe erstellte eigene Aufrufe, wie z.B. den „Aufruf an die Ärzteschaft“ von 1941, in dem die deutschen Ärztinnen und Ärzte aufgefordert wurden, sich auf den eigentlichen Sinn ihres Berufes zu besinnen, statt Verwundete zusammenzuflicken, um sie dann anschließend wieder in den Krieg zu schicken. Ein weiterer Aufruf der Gruppe trägt den Titel: „Entmenslichte Nazibestien mißhandeln und ermorden die sowjetrussischen Kriegsgefangenen“. Hier wird der Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen und die Mitschuld der deutschen Bevölkerung an diesen Verbrechen angeklagt.

- Selbst als jüdische Zwangsarbeiter in den Elmo-Werken bei Siemens setzten sich einzelne Mitglieder der Gruppe mutig für eine höhere Bezahlung der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter ein. Besondere Aufmerksamkeit legte die Gruppe darauf, zu versuchen nach ihren Möglichkeiten kleinere Sabotageaktionen in der Rüstungsproduktion der Elmo-Werke durchzuführen. Weiter nahmen Mitglieder der Herbert-Baum-Gruppe, Kontakte zu Zwangsarbeiter_innen aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden auf.

- Als im Oktober 1941 die Deportation der Berliner Jüdinnen und Juden begann, war es eine wichtige Aufgabe, neben dem Selbstschutz, andere Jüdinnen und Juden vor der Deportation zu retten. Mitglieder der Baum-Gruppe halfen dabei mit, neue Unterkünfte, Verstecke zu finden und falsche Ausweispapiere zu besorgen.

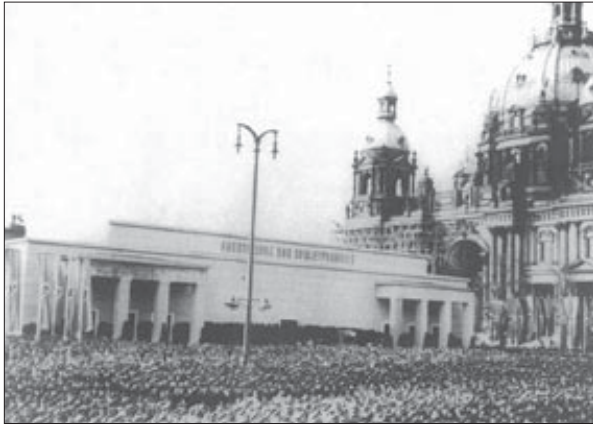
Für diese Arbeit und zu ihrem Selbstschutz brauchten die Mitglieder der Baum-Gruppe falsche Ausweispapiere. Diese zu beschaffen war jedoch ziemlich teuer. Ein Teil des Geldes wurde von Mitgliedern befreundeter kommunistischer Gruppen beigesteuert. Die Herbert-Baum-Gruppe ließ sich aber auch eine besondere Methode der Geldbeschaffung einfallen. Sie führte zum Teil vorher abgesprochene, fingierte Einbrüche in jüdischen Geschäften und Wohnungen durch, deren Inhaber_innen kurz vor der Deportation standen. Ihr Vermögen und ihre Wohnungseinrichtung war von den entsprechenden staatlichen Stellen bereits registriert worden und wäre bei ihrer Deportation von den Nazis „arisiert“, d.h. geraubt worden. Mit ihrer Zustimmung zu den fingierten Einbrüchen, unterstützten sie die Arbeit der Herbert-Baum-Gruppe, die die „gestohlenen“ Einrichtungsgegenstände und Wertsachen verkaufte und mit dem so eingenommen Geld teilweise ihre Widerstandsarbeit finanzierte.

Der Anschlag auf die Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“

Der Juni 1941 und die Zeit danach markierten einen Einschnitt in den Diskussionen und der Entschlossenheit der Herbert-Baum-Gruppe. Am 22. Juni 1941 hatte Nazi-Deutschland die Sowjetunion überfallen. Die Wehrmacht führte gegen die Sowjetunion, gegen den Kommunismus und die von den Nazis so bezeichneten



Weitere Mitglieder (v.l.): Sala Kochmann, Hildegard Loewy, Hans Mannaberg, Gerhard Meyer, Hanni Meyer



Antisowjetische Propagandaausstellung "Das Sowjetparadies"

„slawischen Untermenschen“ einen brutalen Vernichtungskrieg. Schon in den ersten Kriegsmonaten 1941 wurden Hunderttausende Kriegsgefangene der Roten Armee von den Nazis ermordet. Zehntausende Zwangsarbeiter_innen wurden nach Deutschland verschleppt und zur Sklavenarbeit gezwungen. Nicht nur Herbert Baum und die anderen kommunistischen Mitglieder sahen in der Sowjetunion die Hauptstütze im Kampf gegen den Nazifaschismus, auch für die mehr zionistisch orientierten Mitglieder der Gruppe war das ein entscheidender Grund, ihren Widerstand gegen die Nazis zu verstärken.

Die Nazi-Propaganda hatte von der Sowjetunion und ihren Menschen das Bild eines unzivilisierten Landes mit „biologisch-minderwertigen Untermenschen“ gezeichnet, um sich so die breite Unterstützung weiterer Teile der deutschen Bevölkerung bei ihrem Überfall auf die Sowjetunion und dem unmenschlichen Vorgehen gegen die sowjetische Bevölkerung zu sichern. Diesem Bild der Nazi-Propaganda entsprach die große Zahl der nach Nazi-Deutschland verschleppten, in der Regel gut ausgebildeten Kriegsgefangenen, nicht. Und als Ende 1941 zum ersten Mal seit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf andere Länder Berichte über Niederlagen der Wehrmacht an der Front durchsickerten, setzten die Nazis alles daran, mit verstärkter Propaganda über die angebliche Überlegenheit der „deutschen Herrenrasse“ und die angeblich zurückgeblieben „sowjetischen Untermenschen“ entgegenzusteuern und diese Hetze neu zu entfachen.

Der Nazi-Propagandaapparat, angestoßen und initiiert durch den Reichspropagandaminister Goebbels, organisierte mit einem gigantischen Aufwand Anfang Mai 1942 die antisowjetische Hetzausstellung „Das Sowjetparadies“. Im Berliner Lustgarten hatten die Nazis auf einem riesigen Areal von 9000 m², in drei großen Zelthallen eine unheimliche Fantasiewelt entstehen lassen, das von ihnen sogenannte „Sowjetparadies“. In der Nazi-Presse

wurde groß angekündigt, dass den Besucher_innen „ein Stück bolschewistischen Alltags [...] lebensecht“ gezeigt werden würde. Mit modernster Ausstellungstechnik unterstützt von politischen und künstlerischen Fachberater_innen wurden die Vitрины, Schaukästen, Zeichnungen und Fotomontagen so aufgestellt, ausgeleuchtet und mit Kommentaren beschriftet, dass der „jüdisch-bolschewistische Weltfeind“ der Nazis fast leibhaftige Züge annahm. Im Rundfunk wurde die Ausstellung pausenlos beworben, ein gleichnamiger Nazi-Propagandafilm wurde erstellt. Die Nazis betrieben einen riesigen Aufwand, um bei der auch zum Teil weit gereisten Bevölkerung, erneut den Hass, und die Verachtung auf die sowjetischen „Untermenschen“ zu schüren und anzustacheln. Nach Angaben der Nazis hatten 1,3 Millionen Besucher die Ausstellung besucht.

In vielen antinazistischen Widerstandsgruppen in Berlin wurde darüber diskutiert, wie auf diese beispiellose Nazihetze reagiert werden sollte. Die Widerstandsgruppe „Die Rote Kapelle“ etwa klebte von ihr entworfene antifaschistische Parolen gegen die Ausstellung an Mauern und Wände in Berlin mit der Aufschrift „Ständige Ausstellung: Das Nazi-Paradies. Krieg, Hunger, Lüge, Gestapo. Wie lange noch?“.

Auch innerhalb der Herbert-Baum-Gruppe wurde lange diskutiert, wie diesem Propagandamachwerk der Nazis entgegengetreten werden könnte. Nach einigen Diskussionen wurde beschlossen, gemeinsam mit einer Gruppe von Antifaschist_innen um Werner Steinbrink, einen Anschlag auf die Ausstellung auszuführen. Herbert Baum kannte Werner Steinbrink noch aus der KJVD-Gruppe in Kreuzberg und Mitte. Mit dem Anschlag wollten sie eine weithin sichtbare Widerstandsaktion gegen den Nazifaschismus und diese Provokation durchführen. Die Ausstellung sollte in Brand gesetzt werden. Das für den Anschlag notwendige Material fertigten verschiedene Gruppenmitglieder an ihren Arbeitsplätzen selbst



Weitere Mitglieder (v.l.): Heinz Rotholz, Lothar Salinger, Lotte Rotholz, Werner Steinbrink, Suzanne Wesse

an. Werner Steinbrink, ein nicht-jüdischer Kommunist, beschaffte die Brandsätze an seinem Arbeitsplatz am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie.

Am 18. Mai 1942 nachmittags begaben sich dann sieben Antifaschisten der Baum Gruppe und weitere vier Mitglieder aus der Gruppe von Werner Steinbrink in die Ausstellung im Berliner Lustgarten. Sie setzten sie an mehreren Stellen in Brand und konnten das Gelände unbehelligt verlassen. Durch den Anschlag wurde ein Teil der Ausstellung beschädigt, elf Besucher_innen wurden verletzt.

Mit dieser Aktion hatten die Mitglieder der jüdischen Widerstandsgruppe um Herbert Baum mit Unterstützung der Gruppe um Werner Steinbrink ein deutliches Zeichen des Protests gegen den Nazifaschismus und seinen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion gesetzt.

Die Nazipresse versuchte den Anschlag totzuschweigen. Mindestens 2000 Besucher_innen waren jedoch zum Zeitpunkt des Anschlags anwesend gewesen, so dass sich die Nachricht darüber in Berlin schnell verbreitet habe dürfte. Auch die „New York Times“ berichtete einige Tage danach in zwei Artikeln über den Anschlag.

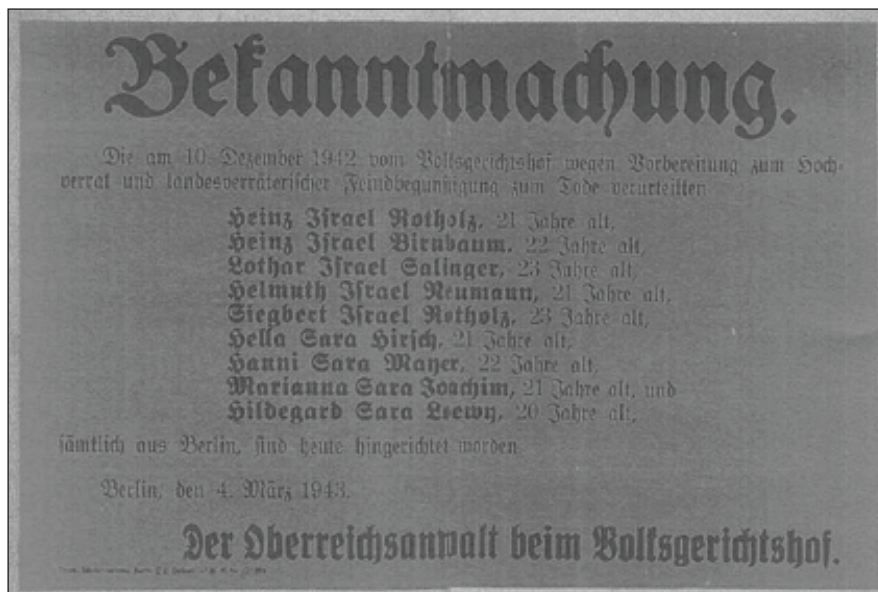
Verfolgung und Zerschlagung der Herbert-Baum-Gruppe

Die Nazis setzten alles daran, die an dem Anschlag beteiligten Mitglieder zu verhaften und die Herbert-Baum-Gruppe zu zerschlagen. Die Gestapo reagierte auf den Anschlag mit antisemitischem Terror mitten in Berlin. Für jedes in den ersten Tagen verhaftete Mitglied der Baum-Gruppe wurden 100 Jüdinnen und Juden, insgesamt 500, auf den Straßen Berlins zusammengetrieben. 250 von ihnen wurden noch am gleichen Tag auf dem Hof der SS-Kaserne Berlin-Lichterfelde erschossen. Die Übrigen wurden bald darauf im KZ Sachsenhausen umgebracht.

Der Gestapo gelang es in relativ kurzer Zeit wichtige Mitglieder der am Anschlag beteiligten Gruppen aufzuspüren und zu verhaften. Der Grund dafür war der, dass kurz vor dem Brandanschlag ein Mitglied der beiden Gruppen, Joachim Franke, von der Gestapo verhaftet wurde. In manchen Forschungsbeiträgen und Publikationen zur Herbert-Baum-Gruppe wird auch die Vermutung ausgesprochen, dass es sich um einen Spitzel innerhalb der Baum-Gruppe gehandelt haben soll. Fest steht wohl: Die Nazis hatten die Frau Joachim Frankes vor seinen Augen aufs Entsetzlichste gefoltert, bis dieser zur Aussage bereit war. Diesem unglücklichen Umstand war es geschuldet, dass schon kurz nach dem Anschlag die ersten Verhaftungen einsetzten. Innerhalb von wenigen Tagen wurden alle am Anschlag beteiligten Antifaschist_innen, mit Ausnahme von Heinz Joachim, von der Gestapo verhaftet. Viele weitere Mitglieder der Gruppe wurden in den folgenden Wochen und Monaten gefangen genommen. Alle wurden grausam gefoltert.

Herbert Baum (30) starb am 11. Juni an den Misshandlungen der Nazis im Untersuchungsgefängnis Moabit. Die Nazis ließen verkünden, er habe Selbstmord begangen. Ebenfalls in der Untersuchungshaft in Moabit wurde Herbert Meyer (32) ermordet.

Gegen die Mitglieder der Herbert-Baum-Gruppe, die von der Gestapo verhaftet werden konnten, fanden drei Prozesse statt, in denen die meisten zum Tode verurteilt wurden. Die ersten neun



In Berlin an 229 Litfaßsäulen angebrachtes Plakat über die Hinrichtung von neun Mitgliedern der Herbert-Baum-Gruppe. Original in leuchtendem Rot.

Mitglieder der Herbert-Baum-Gruppe wurden am 18. August 1942 im Gefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet. Diese waren: Marianne Baum (29), Hildegard Jadamowitz (26), Heinz Joachim (23), Werner Steinbrink (25), Sala Kochmann (30), Hans-Georg Manaberg (29), Gerhard Meyer (23), Suzanne Wesse (28) und Irene Walther (22).

Am 4. März 1943 wurden dann neun weitere Mitglieder der Gruppe ebenfalls in Plötzensee hingerichtet: Heinz Birnbaum (22), Hella Hirsch (22), Marianne Joachim (Prager) (22), Hilde Loewy (20), Hanny Meyer (22), Helmut Neumann (21), Heinz Rotholz (21), Siegfert Rotholz (23) und Lothar Salinger (23). Den Hinrichtungstermin hatten die Nazis in ganz Berlin an 229 Litfaßsäulen in großen, deutlich sichtbaren roten Plakaten der Berliner Bevölkerung angekündigt.

Am 7. September 1943 wurden dann die letzten drei Mitglieder der Baum Gruppe, Herbert Budzislowski (22), Martin Kochmann (30) und Felix Heymann (25), in Plötzensee hingerichtet. Zwei Mitglieder der Gruppe, Alice Hirsch (19) und Lotte Rotholz (20), wurden in den Prozessen zu 3 bzw. 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie wurden beide 1943 aus der Haft nach Auschwitz deportiert und ermordet. Mit ihnen wurde auch Edith Fraenkel (21) deportiert und ermordet.

Aus dem engeren Kreis der Herbert-Baum-Gruppe überlebten nur zwei Mitglieder. Dem ungarischen Juden Richard Holzer gelang es, sich nach den ersten Verhaftungen eine Zeit lang in Berlin zu verstecken und später nach Ungarn zu flüchten. Dort konnte er als Zwangsarbeiter im März 1944 zur vorrückenden Roten Armee überlaufen. Charlotte Peach, die nach dem II. Weltkrieg Richard Holzer heiratete, wurde am 7. Oktober 1942 verhaftet. An der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof konnte sie nicht teilnehmen, da sie wegen Scharlach im Untersuchungsgefängnis Leipzig verblieb. Im Prozess wurde sie zum Tode verurteilt. Im Sommer 1944 konnte sie jedoch bei einem Bombenangriff der Anti-Nazi-Koalition auf Berlin aus dem Gefängnis an der Iranischen Straße fliehen und so ihrer Hinrichtung entkommen. Nach ihrer Flucht wurde sie zunächst von einem Geistlichen versteckt. Später arbeitete sie unter falschen Namen als französische Zwangsarbeiterin und wurde durch die Rote Armee befreit.

Lehren für heute und der Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland

Abschließend wollen wir noch darstellen, woher unsere Motivation kam, eine solche Veranstaltung zu machen. Wir wollen aus der Beschäftigung mit einem wichtigen Teil des antifaschistischen Kampfes in Deutschland, auf den wir uns heute noch positiv beziehen, praktische Lehren ziehen für unseren heutigen Kampf gegen Nazis und Antisemitismus. Da die Herrschenden in Deutschland kein großes Interesse daran haben, jüdisch-kommunistischen Widerstand einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, sehen wir es als unsere Aufgabe an.

Warum wir uns auch so intensiv mit der Geschichte der Herbert-Baum-Gruppe beschäftigen, liegt an dem nach wie vor massiv vorhandenen Antisemitismus in Deutschland. Deswegen finden wir es wichtig, die Geschichte der Ausgrenzung, Verfolgung und schließlich der Vernichtung von sechs Millionen jüdischen Menschen zu kennen, um auch heute klar gegen Antisemitismus Stellung zu beziehen.

Die Geschichte des Antisemitismus in Deutschland ist lang. Sie ist auch mit dem Sieg über den Nazifaschismus 1945 nicht zu Ende. In Deutschland gibt es heute, neben dem so genannten klassischen Antisemitismus, der sich beispielsweise an Aussagen wie „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ und „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung selbst schuld“ bemerkbar macht, noch eine andere Form des Antisemitismus. Diese zeichnet sich durch die „Relativierung, Verharmlosung und teilweise Leugnung“ der Verbrechen des Nazifaschismus sowie der Forderung nach einem Schlussstrich aus. Die Juden werden also indirekt oder direkt diffamiert und angegriffen, weil sie der lebende Beweis für die Verbrechen des deutschen Staates im Nazifaschismus sind. Dadurch stören sie das Bild, dass die BRD, der direkte Nachfolgestaat der Nazidiktatur, in der Öffentlichkeit gerne vermittelt: Das Land der Dichter und Denker, das Frieden in der Welt stiftet (wie beispielsweise in Afghanistan) und alle Verbrechen aufgearbeitet hat. Die Realität ist leider eine andere.

Eine Auswahl antisemitischer Überfälle und Angriffe der letzten drei Jahre

Zu den antisemitischen Überfällen und Angriffen zählen beispielsweise Schmierereien, Friedhofsbeschädigungen, Angriffe auf andere jüdische Einrichtungen, Gedenkstätten und Mahnmale, antisemitische Beleidigungen und Überfälle auf jüdische Menschen sowie antisemitische Äußerungen und Handlungen von deutschen Politiker_innen, Staatsdiener_innen oder kirchlichen Amtsträger_innen. Selbst deutsche Behörden geben zu, dass seit der Vereinigung mit der DDR die Straftaten mit antisemitischem Hintergrund stark angestiegen sind.

(Siehe Heitmeyer: „Deutsche Zustände. Folge 7“, S.132).

Im Folgenden ist eine kleine Auswahl antisemitischer Überfälle und Angriffe aus den Jahren 2007-2009 dokumentiert, die den alltäglichen Antisemitismus in Deutschland aufzeigen soll. Die Beispiele stehen nur exemplarisch, doch die Liste ist um ein Vielfaches länger.

Antisemitische Überfälle und Übergriffe in Deutschland 2009

- In der Nacht zum 9. November wird in Gera eine von der Antifaschistischen Aktion aufgestellte Glasscheibe zum Gedenken an die Reichspogromnacht geschändet. Die Stadt spricht von „Wind und Wettereinflüssen“. (Jungle World, 19.11.09)

- Antisemitische Schmierereien an der Synagoge in Dresden (mdr.de, 8.11.09)

- Auf einer Nazidemo am 10. Oktober in Berlin wird mehrmals die Parole „Juden raus“ skandiert. Die Polizei greift nicht ein. (taz.de, 11.10.09)

- Ein jüdischer Mann und sein Begleiter werden an einer Badeschleife der Krummen Lanke von neun Männern mit antisemitischen Sprüchen beleidigt und mit einer Bierflasche beworfen. (dernewsticker.de, 24.8.09)

- Israelische Austauschschüler_innen werden im Landkreis Ludwigsburg zunächst in einem Vergnügungspark (Tripsdrill) von Passant_innen und bei einem späteren Diskobesuch vom Türsteher antisemitisch beleidigt. (stattweb.de, 29.7.09)

- Am 24. April wird zum wiederholten Male die Mauer des jüdischen Friedhofs in Berlin-Weißensee beschmiert. (Jungle World, 7.5.09)

- In Dessau wird das Gebäude der Jüdischen Gemeinde mit einem großen Hakenkreuz besprüht. (Mitteldeutsche Zeitung, 29.4.09)

- Am Abend des 11. April beleidigen fünf bis sechs Jugendliche zwei Mitglieder der Jüdischen Gemeinde in Berlin mit antisemitischen Sprüchen. (Jungle World, 23.4.09)

- Am 20. Februar sprühen Unbekannte den Schriftzug „Je größer die Lüge, desto mehr Menschen glauben sie!“ an die Wand in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn (Sachsen-Anhalt). Tags zuvor wurde dort eine Anne Frank Ausstellung eröffnet. (Jungle World, 5.3.09)

- In Schwerin werden mehr als 15 Stolpersteine für ermordete Jüdinnen und Juden zubetoniert. (Nordkurier, 26.1.09)

- In der Nacht auf den 8. Januar attackieren Unbekannte das Haus der Jüdischen Gemeinde in Rostock und werfen mehrere Scheiben ein. (taz, 9.1.09)

- Anfang Januar wird das Holocaust Mahnmal in Berlin erneut mit Hakenkreuzen beschmiert. (Berliner Zeitung, 5.1.09)

- Ebenfalls Anfang Januar wird das Jüdische Mahnmal in Berlin-Tiergarten zum wiederholten Mal beschmiert. (taz, 6.1.09)

Antisemitische Überfälle und Übergriffe in Deutschland 2008

- In Berlin-Mahlsdorf wird ein jüdischer Mann in einem Bus zuerst antisemitisch beleidigt und dann brutal zusammengeschlagen. Er erleidet Knochenbrüche im Gesicht und ein Schädel-Hirn Trauma. (taz, 15.12.08)

- In den ersten drei Quartalen 2008 verzeichnen die deutschen Behörden bisher rund 800 antisemitische Straftaten, darunter 21 Gewalttaten mit 28 Verletzten. (Jungle World, 13.11.08)

- In Berlin wird ein 36-jähriger Rabbiner mit acht Schülern in einem Kleinbus antisemitisch beschimpft und angegriffen. (taz, 3.11.08)

- Am 9./10. November kommt es verschiedenen deutschen Städten zu mehreren großflächigen Schmierereien, Gräberbeschädigungen auf jüdischen Friedhöfen, Störung einer Gedenkfeier anlässlich der Reichspogromnacht und der Verwüstung einer Ausstellung zum Holocaust. (Jungle World, taz, FR)

- Ein 17-jähriger jüdischer Junge wird von Nazis auf einer Party in Gummersbach mit den Worten „dreckige Judensau“ beschimpft und zusammengeschlagen. Die Polizei musste dreimal alarmiert werden, bevor sie einen Streifenwagen schickte. (taz, 31.7.08)

- Am 9. Juli beschmiert ein Mann aus Sachsen das Holocaust-Denkmal in Berlin-Mitte. (Jungle World, 17.7.08) Einige Wochen später wird das Mahnmal erneut mit Hakenkreuzen beschmiert, (jw, 25.8.08)

- Die Deutsche Bahn behindert den „Zug der Erinnerung“, der an die Deportation einer Million Kinder und Jugendlicher in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis erinnern will.

Einerseits fordert die Bahn 110.000 Euro für die Nutzung von Trassen und Bahnhöfen und andererseits verbietet sie beispielsweise den Halt im Hauptbahnhof Berlin. (Jungle World, junge welt, taz April 2008)

- Der jüdische Friedhof in Weißensee, auf dem die Gedenktafel für die Herbert-Baum-Gruppe steht, wird zum wiederholten Mal beschädigt. (jw, 30.4.08)
- Für das Jahr 2008 meldete das deutsche Innenministerium 1496 antisemitische Vorfälle (Stephen Roth Institute). Die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich noch höher. Außerdem wurden in 53 Fällen, also wöchentlich, jüdische Friedhöfe geschändet. Seit dem Jahr 2002 wurden insgesamt 370 Beschädigungen an jüdischen Friedhöfen gezählt. (Jungle World, 7.5.08)

Antisemitische Überfälle und Übergriffe in Deutschland 2007

- Streit um Berliner Straßennamen. So wurden u.a. in den Stadtteilen Mahlsdorf und Kaulsdorf sieben Straßen umbenannt, die die Namen jüdischer Künstler_innen trugen. (jw, 9.11.07)
- Im Oktober 2007 verüben Jugendliche einen Brandanschlag auf das Wohnhaus einer Familie im vogtländischen Mylau. Seit Jahren hetzen Nachbar_innen und Nazis gegen die Familie, weil die Frau angeblich Jüdin sei. (Jungle World, 4.12.08)
- Anfang September wird ein 42-jähriger Rabbiner in Frankfurt auf offener Straße niedergestochen. (taz, 10.09.07)
- Ein thüringisches Ordnungsamt verbietet den Auftritt einer Klezmergruppe gegenüber einer Nazikundgebung, da dies ein angebliches Sicherheitsrisiko darstelle. (jw, 12.6.07)
- Berliner Polizeischüler_innen lehnen es ab, von einem jüdischen Zeitzeugen über den Holocaust unterrichtet zu werden. Sie wollten „nichts mehr vom Holocaust hören“ und äußerten das antisemitische Klischee, dass „alle Juden reich sind“. (jw, 7.5.07)
- Zum zweiten mal innerhalb weniger Monate wird ein Gedenkstein für einen früheren jüdischen Friedhof in Cottbus geschändet. (taz, 6.3.07)

Lehren für heute

Aus dem oben Aufgezeigten ziehen wir den Schluß, dass Antisemitismus deutlich beim Namen genannt und mit aller Entschlossenheit bekämpft werden muss. Darüber hinaus muss in Zukunft der Kampf mit Jüdinnen und Juden und allen anderen von Naziterror und staatlicher Verfolgung Betroffenen geführt werden.

Antisemitismus hat in Deutschland eine lange Tradition, die lange vor dem Nazifaschismus beginnt. Die Nazis fanden beispielsweise in der deutschen Geistesgeschichte einen ideologischen Nährboden für ihren eliminatorischen Antisemitismus. Auch nach 1945 kam es zu keinem wirklichen Bruch mit dem Antisemitismus. Dieser ist bis heute weit verbreitet in Deutschland. Dabei gibt es verschiedene Ebenen, die ineinander greifen: Es gibt staatlichen Antisemitismus, es gibt den Antisemitismus der Nazis und es gibt eine konstant vorhandene antisemitische Grundstimmung in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung, die jederzeit mobilisiert werden kann. Ergänzt und genährt wird das alles durch Antisemitismus in den deutschen Medien.

Darüber hinaus können wir von den Mitgliedern der Herbert-Baum-Gruppe einiges lernen in Bezug auf Konspiration, Militanz und

Mut. Schließlich haben sie unter den aller schwierigsten Bedingungen über mehrere Jahre Widerstand organisiert und geleistet, ohne entdeckt zu werden. Klar ist es leicht zu sagen, dass die Bedingungen zur Zeit des Nazifaschismus nicht mit denen von heute vergleichbar sind. Das stimmt auch. So gesehen können wir heute noch unter relativ „bequemen“ Bedingungen politisch aktiv sein. Aber es sollte doch jede_r Antifaschist_in klar sein, dass der deutsche Staat jederzeit dazu in der Lage ist, die Situation für uns zu verschärfen und eine härtere Gangart zu fahren, wie das oft genug schon der Fall ist (z.B. Repression gegen Antifagruppen, Demoverbote, Festnahmen, mehrjährige Haftstrafen nach militanten Aktionen, usw.). Insofern ist es auch für uns von nicht unerheblicher Bedeutung, sich an konspirative Grundsätze zu halten und vorbereitet zu sein, auf verschärfte Verfolgung und Repression durch den deutschen Staat.

Verwendete Literatur

- Pikarski, Margot, Jugend im Berliner Widerstand. Herbert Baum und Kampfgefährten. 2. berichtigte Auflage, Berlin 1984 (1. Auflage 1978)
- Wolfgang, Wippermann, Die Berliner Gruppe Baum und der jüdische Widerstand, Berlin 1981
- Kwiet, Konrad / Eschwege, Helmut, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde, 1933-1945, Hamburg 1984, S.114-139
- ASTA der TU Berlin (Hrsg.), Die Berliner Widerstandsgruppe um Herbert Baum. Informationen zur Diskussion um die Benennung des Hauptgebäudes der TU Berlin, Berlin 1984
- Löhken, Wilfried / Vathke, Werner (Hrsg.), Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion, Berlin 1933-1945, Berlin 1993
- Scheer, Regina, Im Schatten der Sterne. Eine jüdische Widerstandsgruppe, Berlin 2004
- Paucker, Arnold, Deutsche Juden im Widerstand im Kampf um Recht und Freiheit. Studien zur Abwehr, Selbstbehauptung und Widerstand der deutschen Juden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, Teetz 2004 (mit einer Einführung von Reinhard Rürup), S.183-289
- Autorenkollektiv, Zum Kampf gegen den Antisemitismus (Teil 1), Vor aller Augen: Das Novemberpogrom 1938, Offenbach 2007
- Graml, Hermann, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988
- Goldhagen, Daniel, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996

Anzeige

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

Netzwerk stärkt Gruppen, die mit Ideen und Visionen gegen den Strom schwimmen. Netzwerk praktiziert und fördert Solidarität in Zeiten der Konkurrenz und Vereinzelung. Netzwerk fördert kleine Projekte, die viel bewegen.

Spendet an:

Förderverein Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto 302 33 00

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
[//www.netzwerk-selbsthilfe.de/](http://www.netzwerk-selbsthilfe.de/)

NETZWERK

der politische Förderfonds

„Ohrfeige für Kiesinger“ – Kontinuität nach 1945

Einleitung

Am 7. November 1968 verpasste Beate Klarsfeld auf dem CDU-Bundesparteitag in der Berliner Kongresshalle dem damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger mit dem Ruf „Nazi, Nazi, Nazi!“ eine Ohrfeige. Damit war in aller Öffentlichkeit klargestellt, dass an der Spitze der Regierung der deutschen Bundesrepublik ein Nazi stand. Kiesinger war Mitglied der NSDAP von 1933 bis 1945 und hatte als stellvertretender Abteilungsleiter eine führende Funktion von 1940 bis 1945 in der Kriegspropaganda des Auswärtigen Amtes im Zweiten Weltkrieg inne.

Dies in aller Öffentlichkeit deutlich gemacht und mit Dokumenten unzweifelhaft belegt zu haben, ist und bleibt das Verdienst Beate Klarsfelds. Sie ist mit Serge Klarsfeld verheiratet, dessen Vater in Auschwitz ermordet und dessen Familie in Frankreich von den Nazis verfolgt wurde. Beate Klarsfeld erinnerte in ihrer Presseerklärung nach der Ohrfeige für Kiesinger an die Verbrechen des Nazifaschismus, an „Rassenhass, Konzentrationslager, Gaskammern, Krematorien“ und sagte unmissverständlich:

„... wir gestehen Deutschen, die im III. Reich eine führende Rolle gespielt haben, nicht das Recht zu, am deutschen politischen Leben teilzunehmen“.

Beate Klarsfeld machte mit ihrer symbolischen Aktion also nicht nur sehr öffentlichkeitswirksam auf die personelle Kontinuität vom Nazifaschismus zur deutschen Bundesrepublik aufmerksam, sondern bezog sich inhaltlich auch auf eine für uns sehr wesentliche Forderung des Potsdamer Abkommens der alliierten Siegermächte von 1945, nämlich alle aktiven Mitglieder der NSDAP „aus dem öffentlichen oder halböffentlichen Dienst und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu

entfernen“. Und Beate Klarsfeld stellte im Jahr 1968 klar, dass diese Aufgabe mit Sicherheit nicht erfüllt war, wenn der Bundeskanzler ein Altnazi ist.

Es stellt sich nun die Frage: Was hat das alles mit heute zu tun? Schnell kommt dann auch in Antifa-Kreisen die Antwort: Heute sind doch so gut wie alle Altnazis tot, die im Staatsapparat eine Funktion hatten. Das ist zwar richtig, aber daraus folgt nicht, dass unser Thema heute lediglich historischen Wert hat. Warum das so ist und warum man auch heute nicht davon sprechen kann, dass Nazis und dieser Staat etwas vollständig voneinander getrenntes sind, wird klarer, wenn man die Geschichte der von der Anti-Nazi-Koalition nach 1945 geplanten Entnazifizierung und der insbesondere in der BRD ab 1949 stattgefundenen Renazifizierung des gesamten Staatsapparates genauer unter die Lupe nimmt.

Die Besetzung Nazi-Deutschlands durch die Alliierten und das Potsdamer Abkommen

Am 8. Mai 1945 war der Nazifaschismus zwar militärisch besiegt, aber keinesfalls vernichtet. Die Befreiung vom Nazifaschismus kam von Außen, der Widerstand gegen die Nazis in Deutschland war zu gering. Die Nazis, das war eine nazistische „Volks“-Bewegung riesigen Ausmaßes. Die Nazis hatten Massenorganisationen mit über 12 Millionen Mitgliedern, in denen große Teile der erwachsenen deutschen Bevölkerung organisiert waren. Die Nazis hatten fanatischen und begeisterten Massenanhang in allen Teilen der deutschen Bevölkerung. Daraus folgt, dass die deutsche Bevölkerung eine Mitverantwortung und Mitschuld an den Nazi-Verbrechen hatte!

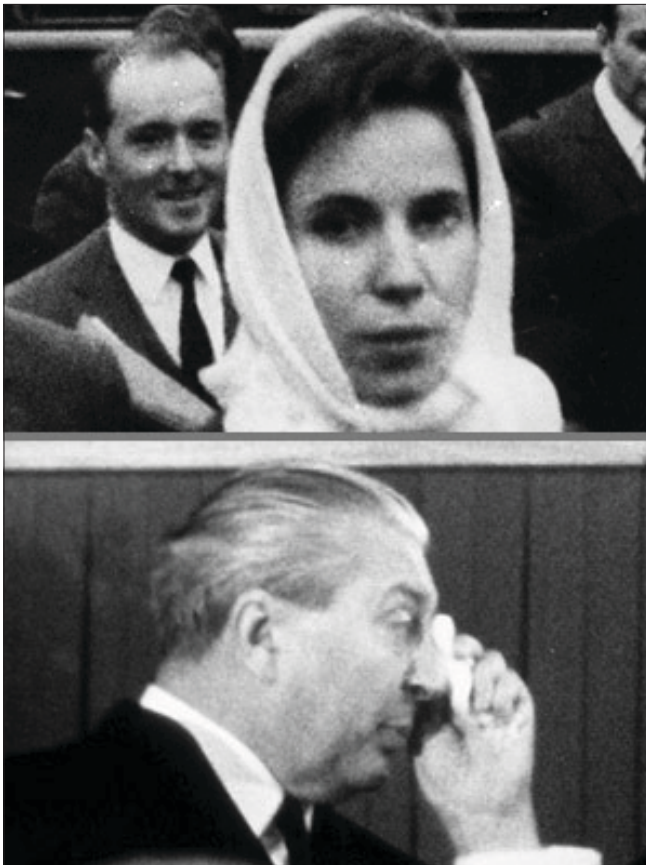
Nach dem 8. Mai 1945 ergab sich damit in Deutschland die Situation, dass es keine antifaschistische Kraft gab, die eigenständig ohne die Alliierten den Kampf für die Entnazifizierung hätte aufnehmen können. Ohne die Besetzung Deutschlands durch die Armeen der Anti-Nazi-Koalition war an eine Entnazifizierung Deutschlands nicht zu denken.

Entnazifizierung, das war zunächst vor allem ein Kampf, um die Nazis zu entwaffnen, ihre Organisationen zu zerschlagen und dann ihre Ideologie in den Köpfen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu vernichten. Das war der Kampf für die Durchsetzung größtmöglicher Entschädigungen für die begangenen NS-Verbrechen.

Im Potsdamer Abkommen vom August 1945 fixierten die Alliierten dieses Programm der Entnazifizierung Deutschlands. Als großes, übergreifendes Ziel wird dort die Vernichtung des deutschen Nazismus und Militarismus formuliert wozu auch die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sowie die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens gehört.

Dieses dort festgeschriebene Programm der Entnazifizierung wurde von allen antinazistischen Kräften in Deutschland unterstützt. Drei zentrale Hauptaufgaben der Entnazifizierung sind dort formuliert:

- Auflösung aller noch bestehenden Nazi-Organisationen, die Ungültigkeit aller Nazi-Gesetze, das Verbot der Neubildung jeglicher Naziorganisationen sowie jeder nazistischen Betätigung oder Propaganda.
- Verhaftung, Internierung und Aburteilung aller NS-Kriegsverbrecher und ihrer Unterstützer sowie aller NS-Funktionäre.



Oben: Beate Klarsfeld wird verhaftet / Unten: Bundeskanzler Kiesinger nach der Ohrfeige

Entfernung aller aktiven Nazis aus dem aufzubauenden demokratischen Staat und der Wirtschaft.

- Verpflichtung zu größtmöglichen Entschädigungen für die begangenen NS-Verbrechen.

Die Umsetzung der Entnazifizierung durch die Alliierten und der Nürnberger Prozess

Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde Ende 45/Anfang 46 durchgeführt. Neben der obersten Naziführung waren im Nürnberger Prozess weiter angeklagt, die wichtigsten Nazi-Organisationen und staatlichen Institutionen wie die SS, SA, das Korps der politischen Leiter der Nazi-Partei, die Naziregierung, die Gestapo, der SD und der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht. Ziel der Anklage in diesem Punkt war es, die genannten Organisationen insgesamt als „verbrecherische“ Organisationen festzustellen. In zukünftigen Prozessen hätte dann allein der Nachweis der „Mitgliedschaft“ in einer solchen „verbrecherischen Organisation“ ausgereicht, um einen Angeklagten zu verurteilen (auch mit dem Tode). Insgesamt geht es hier um eine Personenanzahl von weit über eine Million, die so zur Strafverfolgung ausgesetzt und durch ihre Mitgliedschaft in einer der genannten Organisationen zu verurteilen und zu bestrafen gewesen wäre. Allein die Waffen-SS hatte bei Kriegsende 580.000 Mitglieder. Das Korps der politischen Leiter der Nazi-Partei umfasste 600.000 Personen inklusive der Zellen- und Blockleiter. Gestapo und SD bestanden aus weit über 30.000 Angehörigen. Dazu die Beamten der Abteilungen III, IV, VI und VII des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA). Die Urteile im Nürnberger Prozess blieben jedoch zum Teil hinter den Anträgen der Ankläger zurück, insbesondere wurde die SA sowie der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht nicht als verbrecherisch eingestuft.

Trotz dieser Fehler und Einschränkungen, die der sowjetische Ankläger Rudenko sehr richtig kritisierte, war das Urteil von Nürnberg eine Grundlage für die weitere Entnazifizierung in Deutschland, weil zum ersten Mal nach 1945 auf der Basis der damaligen vorhandenen Beweise die größten Nazi-Verbrechen, die von hunderttausenden Nazi-Verbrechern und ihren Unterstützer_innen durchgeführt wurden, öffentlich bekannt gemacht wurden.

Die Sabotage der Entnazifizierung durch reaktionäre deutsche Kräfte

Vor der Gründung der BRD war ein zentrales Element der Entnazifizierung die Spruchkammerverfahren, die schon im März 1946 in die Verantwortung der neugebildeten deutschen Verwaltungsstrukturen übertragen wurden. Mit ihnen sollte die Beteiligung an Naziverbrechen individuell für die gesamte erwachsene deutsche Bevölkerung festgestellt werden. Die Kammern waren mit deutschen Laienrichtern besetzt, wodurch in der Praxis oft Belastete über Belastete urteilten.

Insgesamt endeten von etwa 6 Millionen Entnazifizierungsfällen vor den Spruchkammern in den drei Westzonen nur 0,5% mit der Einstufung der Betroffenen als „Hauptschuldige“ (d.h. mit der völkerrechtlichen Einstufung als Kriegsverbrecher) oder „Schuldige“. In Bayern erreichte die Rate der als „Mitläufer“ und „Entlastete“ Eingestuft, bei denjenigen, die überhaupt vor eine Spruchkammer vorgeladen wurden, mit 94% den höchsten Stand. Ergebnis der deutschen Spruchkammerpraxis war also, dass schon vor der Gründung der BRD die meisten Nazis ungestraft davongekommen waren.



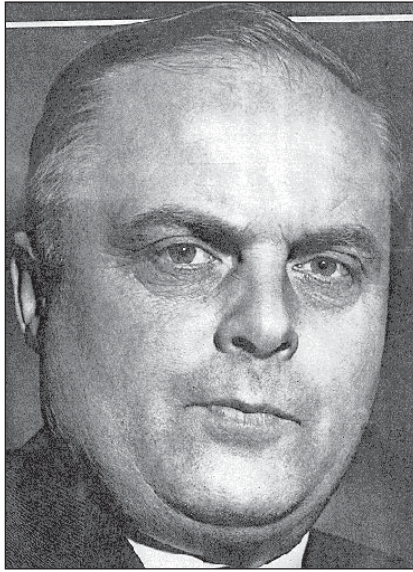
Potsdamer Konferenz 1945

Mit der Gründung der BRD 1949 wurde die Renazifizierung in Westdeutschland massiv vorangetrieben. Systematisch wurden die großen und kleinen Nazis amnestiert. Dazu wurden mehrere Gesetze erlassen, u.a. das „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit“ im Dezember 1949, woraufhin in 15 Monaten fast 800.000 Personen amnestiert wurden. 1954 wurde eine zweite große Amnestiewelle mit breiter Zustimmung des Bundestages von CDU, FDP bis zur SPD gestartet. Insbesondere wurden dadurch alle Verbrechen der Nazis für null und nichtig erklärt, die zwischen dem 01.10.1944 und dem 31.07.1945 begangen wurden.

Diese weitreichende Amnestierung von Naziverbrechern in Deutschland wird ergänzt durch den im Grundgesetz (GG) verankerter Schutz von Nazis vor Auslieferung und Verfolgung im Ausland. Der entsprechende Artikel 16 des GG lautet: „*Kein Deutscher darf ans Ausland ausgeliefert werden*“. Welche Bedeutung diesem Artikel 1949, zur Zeit der Verabschiedung des GG, und in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zukam und zukommt, wird vor dem Hintergrund der zahlreichen Auslieferungsgesuche der von Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg überfallenen Länder nach 1945 besonders deutlich. Namentlich von den Gerichten dieser Länder zur Auslieferung angeforderte Naziverbrecher erhielten damit in Deutschland grundgesetzlich geschützten Unterschlupf und leben zum Teil bis heute in Deutschland. Bis heute kommt Deutschland Auslieferungsgesuchen kaum nach, obwohl noch viele Gesuche offen sind und Artikel 16 seit 1993 an gegenseitige EU-Auslieferungsbestimmungen angepasst werden musste.



Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46



V.l.: Hans Globke, Theodor Oberländer, Nazirichter Hans Filbinger verkündet Rücktritt

Neben dem Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung garantierte der deutsche Staat mit Artikel 131 GG und den diesen Artikel erläuternden 131-Regelungen auch einen Anspruch auf Wiederverwendung oder Versorgung für alle Angehörigen des nazistischen „öffentlichen Diensts“. Ergebnis des Gesetzes war die fast vollständige Wiederherstellung der personellen Kontinuität zunächst vor allem in der Justiz und der öffentlichen Verwaltung, ab Mitte der 1950er dann in der Bundeswehr. Die Wiedereingliederung hoher Nazi-Beamter in die Spitzen der Politik, der Justiz und der Verwaltung war besonders prägnant in den Bundesministerien. Bis 1953 waren 60%, der aufgrund der Regelung in Artikel 131 wieder eingestellten Abteilungsleiter in den Bundesministerien, ehemalige Mitglieder der NSDAP.

Bis Mitte der 1950er Jahre war damit fast die gesamte Funktionseelite des Nazifaschismus wieder in gleichwertigen oder gar höherwertigen Stellungen als im Nazifaschismus beschäftigt. Das war jener Berufsstand, der bei der Umsetzung der von der Naziführung geplanten Verbrechen die entscheidende Rolle gespielt hat.

Nazis in der Politik

Neben dem bereits erwähnten Fall Kiesinger ist sicher auch derjenige von Hans Globke bemerkenswert: Vor 1933 zunächst im preußischen, dann im Reichsinnenministerium zuständig für Staatsbürgerschaftsfragen und so genannte „Rassefragen“ war er 1936 Kommentator der Nürnberger Rassegesetze.

„Artfremdes Blut ist alles Blut, das nicht deutsches Blut noch dem deutschen Blut verwandt ist. Artfremden Blutes sind in Europa regelmäßig nur Juden und Zigeuner“, so einer der wohl bekannteren Auszüge aus dem 300seitigen Kommentar Globkes zu den „Nürnberger Rassegesetzen“ von 1935.

In der ersten Bundesregierung war er dann Staatssekretär bei Bundeskanzler Konrad Adenauer. Als sein Personalchef war er für die Besetzung wichtiger Positionen z.B. im Auswärtigen Amt zuständig. Er besetzte dort zwei Drittel dieser Stellen mit ehemaligen Nazi-Diplomaten.

Ein weiterer prominenter Fall in der ersten Bundesregierung der BRD, der Regierung Adenauer, ist der 1953 als Mitglied des „Bundes der Heimatvertriebenen“ zum so genannten „Vertriebenenminister“ ernannte Theodor Oberländer. Oberländer, schon 1923 beim Marsch auf die Feldherrenhalle in München dabei, nach eigener Aussage „eher zufällig“, hatte verschie-

dene hohe Positionen im Nazifaschismus inne. Als „Ostexperte“ war er für die Gründung des Freiwilligenbataillons „Nachtigall“ aus ukrainischen und deutschen Angeworbenen zuständig, das nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juli 1941 in Lwiw einmarschierte und mit an den Pogromen und Massenerschießungen der dortigen jüdischen Bevölkerung beteiligt war. Oberländer wurde deshalb auch der „Mörder von Lemberg“ genannt. Weiter war er als Kommandant des „Bataillons Bergmann“ aus angeworbenen sowjetischen Kriegsgefangenen in der Partisanenbekämpfung tätig und an den schwersten Nazi-Verbrechen beteiligt.

Diese Beispiele sind keine Ausnahme: Im ersten Deutschen Bundestag 1949 bestand die Mehrheit der Abgeordneten aus ehemaligen Mitgliedern der NSDAP.

Die personelle Kontinuität in der bundesdeutschen Politik setzte sich auch in den folgenden Jahren fort. Ein weiteres prominentes Beispiel ist der langjährige Innenminister (1960-66) und spätere Ministerpräsident Baden-Württembergs (1966-1978) Filbinger, ein Nazi-Richter, der noch kurz vor dem Ende des II. Weltkrieges Todesurteile gegen desertierte Matrosen fällte, und wie wir von Günther Oettinger wissen, ebenfalls ein „Widerstandskämpfer“ gewesen sein soll.

Noch bis in die 80er und 90er Jahre hatten viele hochrangige Politiker der BRD ihre Ausbildung als Mitglieder in der NSDAP oder in der Wehrmacht erhalten und dort ihre „Arbeit“ begonnen. Beispielsweise sind der ehemalige SPD-Vorsitzende H. J. Vogel, der sich 1943 als Freiwilliger zur Nazi-Wehrmacht gemeldet hatte und in Norditalien antifaschistische Partisanen jagte oder der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Hauptmann des berühmten Infanterieregiments 9 aus Potsdam, das unter anderem am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion beteiligt war, zu nennen.

Nazis in der Justiz

Nach 1945 wurden fast keine Nazi-Richter oder Nazi-Staatsanwälte verurteilt. Die große Mehrheit kehrte sehr schnell wieder auf ihre alten Posten zurück wobei eine Besonderheit im Justizwesen war, dass diese Renazifizierung zum Teil selbst von Nazi-Juristen durchgeführt wurde. Zunächst sollen hier kurz die Verbrechen dieser Nazi-Juristen dargestellt werden, die schon im so genannten Nürnberger Juristenprozess 1947 zu großen Teilen aufgedeckt wurden.

Die so genannte „zivile“ Nazi-Justiz hatte zwischen 1933 und 1945 ca. 17.000 Todesurteile gefällt. Von den Wehrmichtsgerichten wurden etwa 50.000 Todesurteile gefällt, von denen etwa 35.000 vollstreckt wurden. Das nazifaschistische Justizwesen war mit seinen zahlreichen Sondergerichten auch an der Ausschaltung, Inhaftierung und Ermordung von vielen Tausend Antifaschist_innen beteiligt. Die nazistische Justiz legalisierte die Euthanasie und schuf die „Rechtsgrundlagen“ für die Vernichtung von Kranken und Behinderten. Das schrecklichste Verbrechen der deutschen Justiz im Nazifaschismus ist jedoch sicher die Ausarbeitung und Umsetzung der antisemitischen und rassistischen Gesetzgebung und Verordnungen, die Schritt für Schritt zur Ausgrenzung vor allem der jüdischen Bevölkerung führte und den Völkermord an den europäischen Juden und den Sinti und Roma mit vorbereitet hat.

Der Nürnberger Juristenprozess 1947 klagte das Nazi-Justizwesen als Ganzes an und legte dar, wie Richter, Justizbeamte und Staatsanwälte als Schreibtischtäter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit begangen hatten. In diesem Prozess waren 14 hochrangige Nazi-Juristen angeklagt, darunter Beamte des Nazi-Justizministeriums, Mitglieder des Volksgerichtshofes, Mitglieder von Sondergerichten und hochrangige Nazi-Staatsanwälte. Vier Angeklagte wurden zu lebenslanger Haft, sechs zu Haftstrafen zwischen 5 und 10 Jahren verurteilt. Vier wurden freigesprochen. Allerdings waren schon vier Jahre später, 1951, sieben der zehn Verurteilten wieder frei. Bis 1956 waren auch die restlichen drei amnestiert worden. Alle Verurteilten erhielten Pensionen.

Für ihre massenhafte Beteiligung an den nazifaschistischen Mordverbrechen und am NS-Terrorssystem wurde die große Mehrheit der deutschen Juristen nach 1945 nicht belangt. Schon nach kurzer Zeit waren die meisten wieder an alter Wirkungsstätte tätig. Zwar hatten die amerikanischen Besatzungsbehörden in einer Direktive vom 7. Juli 1945 ein Berufsverbot für alle Amtspersonen verfügt, die entweder vor Erlass des Reichsbeamtengesetzes vom 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP gewesen sind oder Schlüsselstellungen in der Verwaltung inne hatten. Auch in der britischen Zone gab es zunächst eine 50%-Quote für ehemalige NSDAP-Mitglieder im Justizdienst, die jedoch schon im Frühjahr 1946 wieder aufgehoben wurde. In den Spruchkammerverfahren wurde die übergroße Mehrheit der Nazi-Juristen als „Mitläufer“ oder „Nicht-Belastete“ eingestuft, so dass sie rasch zu ihrer alten Tätigkeit zurückkehren konnten. Bis Ende 1948 hatte die Quote ehemaliger Mitglieder der NSDAP an den Gerichten 80-90% erreicht. In der britischen Zone waren schon bald 30% der Gerichtspräsidenten und 80% der Landgerichtspräsidenten ehemalige Mitglieder der NSDAP. Von den insgesamt 952 tätigen Richtern und Staatsanwälten in Bayern waren 1949 752 Angestellte ehemalige Nazifunktionäre, das heißt 81%.

Dies war die Grundlage, auf der Nazi-Juristen nun systematisch ihre „Kollegen“ in der BRD ab 1949 freisprechen konnten. Hier ein besonders extremes Beispiel: 1952 lagen beim BGH insgesamt fünf Fälle von Justiz-Mord durch Nazi-Richter in letzter Instanz zur Entscheidung vor. In all diesen Fällen urteilte der BGH mit Freispruch. Besonders wichtig für die Selbstamnestierungspraxis der Nazi-Richter in der BRD ist das BGH-Urteil vom Mai 1952 gegen zwei Richter von Standgerichten, die noch am 4. Mai 1945 drei Todesurteile gegen Matrosen wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe gefällt hatten. In diesem Urteil formulierte der BGH: *„Der Richter, der ein Todesurteil fällt, kann sich dadurch nur strafbar machen, wenn er das Recht beugt.“* Kurz zusammengefasst: Solange sich Nazi-Richter an geltendes Nazi-Recht gehalten ha-

ben, bleiben sie auch in der BRD straffrei, bzw. sind mit bundesdeutschem Recht nicht zu belangen. Zudem beriefen sich viele Nazi-Richter, die sich selbst an das damals geltende Nazi-Recht nicht gehalten hatten, in der BRD dann auf so genannte „höhere Rechtsgrundsätze“.

Insgesamt haben die Prozesse vor bundesdeutschen Gerichten nach 1945 gegen Nazi-Richter und Staatsanwälte auf diese Weise, nach offiziellen Angaben, zu einer Gesamtstrafe für alle Verurteilten von insgesamt 15 Jahren und zwei Monaten Haft geführt.

Nazis in der Bundeswehr, der Polizei und den Geheimdiensten

1945 wurde im Potsdamer Abkommen die „völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands“ gefordert. Als Konsequenz daraus wurden sofort sämtliche militärische und bewaffnete Organisationen des Nazifaschismus durch die Alliierten aufgelöst und entwaffnet. Ebenso alle Organisationen, die der Erhaltung des deutschen Militarismus dienten. Somit war die Wehrmacht als Armee praktisch und organisatorisch zerschlagen. Was aber geschah mit den führenden Nazi-Offizieren und der räuberischen und chauvinistischen Ideologie des deutschen Militarismus?

Zunächst ist zu sagen, dass sich entgegen aller Festlegungen im Potsdamer Abkommen die ehemaligen Generäle der Wehrmacht fast sofort daran machten, Pläne auszuarbeiten und reale Schritte für den Aufbau einer künftigen westdeutschen Armee zu unternehmen. Damit einher ging, dass die herrschende Klasse in Deutschland ihrerseits Vorstöße zu einer baldigen Remilitarisierung unternahm.

Für die Menschen in anderen Ländern, besonders in den überfallenen Ländern, mussten diese Remilitarisierungsbemühungen unvorstellbar erscheinen, da alle die Verbrechen der Nazis noch vor Augen hatten. Aber im Zuge des sich verschärfenden Konflikts zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten zogen vor allem die USA eine Wiederbewaffnung der BRD zunehmend in Betracht. Die Fäden zogen dabei Offiziere der SS und der Wehrmacht, die ihren Eid auf Hitler nie gebrochen hatten und dem



Wehrmachtsgeneräle Hans Seidel und Adolf Heusinger wieder voll im Geschäft als erste Befehlshaber der 1956 gegründeten Bundeswehr



von Gehlen: Leiter des Nazispionageapparates Ost, nach 1945 BND-Chef

Nazifaschismus bis zuletzt treu gedient hatten. Beispiele hierfür sind Hans Speidel, ehemaliger General der Wehrmacht und dann erster Befehlshaber der Bundeswehr in den 50er und 60er Jahren; Adolf Heusinger, ebenfalls ehemaliger General der Wehrmacht und neben Speidel erster Befehlshaber der Bundeswehr; sowie Friedrich Fortsch, Oberstleutnant der Nazi-Wehrmacht und später Generalleutnant der Bundeswehr.

Bereits am 2. Januar 1956 wurde die offizielle Gründung der Bundeswehr vollzogen. Die ideologische und praktisch-militärische

Ausrichtung der Bundeswehr war bewusst und unverhohlen an der deutschen Wehrmacht und ihren Erfahrungen im Raub- und Vernichtungskrieg angelehnt. So war im Wehrpflichtgesetz (von 1956) ausdrücklich festgelegt worden, dass auf „militärisch-fachliches Wissen aus der Vergangenheit zurückzugreifen“ ist (§ 54) und dass die Soldaten der früheren Wehrmacht entsprechend ihrem letzten Dienstgrad eingezogen werden (§ 36). So wurden selbst ehemalige Mitglieder der eindeutig als verbrecherisch eingestuft- en SS, einschließlich der Verbände der Waffen-SS ohne Aufsehen zu erregen in die Bundeswehr übernommen.

Nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Juli 1956 betrug die Gesamtstärke der Bundeswehr bereits um die 70.000 Soldaten. 1958 stammten fast 13.000 Offiziere aus der Wehrmacht und 300 aus der SS. Bereits 1964 hatten die alten Nazi-Offiziere und die Herrschenden in Deutschland ein wichtiges Ziel erreicht. Mit über 450.000 Soldaten war die Bundeswehr eine der stärksten Armeen Europas. Gegen diese Remilitarisierung Westdeutschlands gab es erheblichen Widerstand nicht weniger Arbeiter_innen. Dazu gehörten antimilitaristische Kundgebungen und Streiks mit mehreren Tausend Teilnehmer_innen.

Die Militarisierung ging jedoch stetig voran und auch die Traditionspflege in der Bundeswehr lief und läuft ungemindert weiter, wie man anhand von Kasernennamen sehen kann. Bundesweit wurden ca. 30 Kasernen nach „Nazi-Helden“ des Zweiten Weltkriegs benannt: wie u.a. nach Wolfram von Richthofen, dem Stabschef der berühmt berüchtigten Legion Condor, die die baskische Stadt Guernika zerbombte. Auch der revanchistische deutsche Anspruch auf polnische Gebiete kommt in der Namensgebung zum Ausdruck. Beispiele hierfür sind die „Pommern-Kaserne“ (in Wolfingen) und „Ostpreußen-Kaserne“ (in Homburg). Umbenennungen

Offizielle Bekanntmachungen zur Wiederverwendung der SS-Offiziere

„Allgemeine Ausnahmegenehmigung für das Überspringen von Dienstgraden durch Soldaten.“

Der Bundespersonalausschuss hat in seiner Sitzung am 2. August 1956 beschlossen (Beschluss Nr. 385/56):

„Auf Grund des § 27 Absatz 4 Satz 3 des Soldatengesetzes (SG) vom 19. März 1956 (BGBl. I S. 114) wird für die Festsetzung des Dienstgrades bei der Ernennung zum Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit (§ 60 Absatz 2 SG) eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 27 Absatz 4 Satz 2 SG mit der Maßgabe zugelassen, daß

a) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr dem innegehabten Dienstgrad oder Amt

1. im Beamtenverhältnis der früheren Wehrmacht,
2. im Polizeivollzugsdienst,
3. im Zollgrenzdienst,
4. im Reichsarbeitsdienst,
5. in der Waffen-SS

entspricht oder nicht um mehr als einen Dienstgrad darüber liegt,

b) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr der vergleichbaren Ausbildung und Tätigkeit als deutscher Angehöriger einer „Dienstgruppe“ der alliierten Streitkräfte entspricht.

Als Vergleichsmaßstab gilt

1. für die Beamten der früheren Wehrmacht (außer Ingenieurkorps der Luftwaffe), des Polizeivollzugsdienstes und des Zollgrenzdienstes die Einreihung in die Besoldungsgruppen der Reichsbesoldungsordnung A und B, wobei Zwischengruppen, die für Soldaten nicht vorgesehen sind, der nächsthöheren vergleichbaren Besoldungsgruppe zugerechnet werden;

2. für die früheren Beamten des Ingenieurkorps der Luftwaffe (Besoldungsordnung IL) die Tabelle der Anlage D zu § 65 G 131;

3. für die Angehörigen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes die Tabelle der Anlage C zu § 55 Absatz 2 G 131.

4. für die Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS nachstehende Tabelle.

Vergleichbare Dienstgrade der Waffen-SS

SS-Mann	Grenadier
Staffelmann	Gefreiter
Staffelanwärter	Obergefreiter
SS-Sturmmann	Unteroffizier
SS-Rottenführer	Stabsunteroffizier
SS-Unterscharführer	Feldwebel
SS-Scharführer	Oberfeldwebel
SS-Oberscharführer	Stabsfeldwebel
SS-Hauptscharführer	Fähnrich
SS-Sturmscharführer	Leutnant
SS-Standartenjunker	Oberleutnant
SS-Untersturmführer	Hauptmann
SS-Obersturmführer	Major
SS-Hauptsturmführer	Oberstleutnant
SS-Sturmabführer	
SS-Obersturmbannführer	

Bei der Bewilligung der Ausnahme zu Buchstabe a Nr. 5 hat sich der Bundespersonalausschuss die Grundsätze in Abschnitt B III Nr. 2 und 5 der Richtlinien des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte vom 13. Oktober 1955 für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant an abwärts zu eigen gemacht.

+ Ministerialblatt des Bundesministers für Verteidigung, Bonn 1.9.56, Nr. 1

dieser und anderer Kasernen gab es bis heute so gut wie nicht.

Bis heute wird von Seiten Deutschlands immer wieder versucht, die Wehrmacht als „saubere Armee“ hinzustellen, die nicht an den Verbrechen des Nazifaschismus beteiligt war. In diesem Zusammenhang ist auch die Rehabilitierung der Mörder der Wehrmacht und der Waffen-SS durch ihre Einberufung in die Bundeswehr zu sehen. Im gleichen Kontext steht auch Helmut Kohls Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg 1985. Dieser symbolische Akt, 40 Jahre nach Kriegsende, stellte eine erneute Offensive dar, die Mörder zu rehabilitieren. Getreu dem Motto der Nazis: „Unsere Väter und Großväter waren keine Verbrecher“.

Ähnlich wie im Militärapparat gestaltete sich die ungebrochene Kontinuität auch bei der Polizei und den Geheimdiensten. So betraf die in den 50er Jahren vorangetriebene 90prozentige Wiedereingliederung der alten Nazi-Beamten maßgeblich auch den Bereich der Polizei. Die personelle Kontinuität zeigte sich besonders im Zusammenhang mit dem Verbot der KPD 1956, als die Verhaftungen und Verhöre von zehntausenden KPD-Mitgliedern großteils von den gleichen Beamten durchgeführt wurden, die sie bereits 1933 und während des Nazifaschismus abgeholt oder verhaftet hatten. Die gleiche Erfahrung mussten auch Sinti und Roma durch die fortgesetzte polizeiliche „Sondererfassung“ und Verfolgung nach 1945 machen.

Der Aufbau der drei Geheimdienste Deutschlands Militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz wurde von Beginn an von alten Nazis durchgeführt. Der BND wurde z.B. von Von Gehlen, einem der Leiter des Nazi-Spionageapparats, aufgebaut. In den BND wurden zum Teil ganze Leitstellen des Nazi-Sicherheitsdienstes (SD) übernommen. Noch 1970 waren zwischen 25-30% der Beschäftigten des BND ehemalige Angehörige der SS, der Gestapo oder des SD. Ähnlich sah es auch beim VS aus, der ebenfalls in der Tradition und von „Mitarbeitern“ des Nazifaschismus aufgebaut wurde.

Nazis in der Wirtschaft

Im Bereich der Wirtschaft fällt auf, dass dieselben Großkonzerne und Banken, die zunächst die Nazis finanzierten und als ihre politische Vertretung aufbauten, heute immer noch durch Ausbeutung und Unterdrückung Milliarden Gewinne verbuchen und Kapital anhäufen. Die Deutsche Bank, Krupp und VW, um nur einige Beispiele zu nennen, verkörpern heute wie damals das deutsche Finanzkapital. Neben dem ökonomischen Aspekt ging es eben diesem deutschen Monopolkapital darum, in Allianz mit den Nazis und ihrem Massenanhang in der Bevölkerung, ein Exempel bei der versuchten Durchsetzung ihrer weltweiten Herrschaftspläne zu statuieren. Der Völkermord sollte der ganzen Welt beweisen, dass es ihnen ernst mit ihren Plänen ist und sie dabei vor Nichts und Niemandem zurückschrecken.

Zwischen 1933 und 1945 profitierten deutsche Kapitalist_innen vom Arbeitsdienst, den die Nazis einführten und von der Arierisierung jüdischen Vermögens. Die massivste Steigerung ihrer Profite gelang jedoch mit dem gigantischen Ausbau der Kriegs- und Rüstungsproduktion. Erst diese massenhafte Produktion von Waffen und anderem Kriegsgerät ermöglichte den Überfall Nazi-Deutschlands auf andere Länder. Dadurch konnten sich die



Zwangsarbeiter bei Schaeffler in der Rüstungsproduktion

Banken und Großkonzerne so richtig bereichern, indem sie sich die Rohstoffe, Fabriken und Banken der besetzten Länder einverleibten.

Die Besetzung anderer Länder machte auch die massenhafte Versklavung der Bevölkerung dieser Länder in den Fabriken und der Landwirtschaft vor Ort und die Verschleppung zur Zwangsarbeit nach Deutschland möglich, von dem die deutschen Monopolkapitalisten in hohem Maße profitierten. Zum Höhepunkt dieses „größten Sklavenunternehmens der Geschichte“ (Nürnberger Prozess) im Herbst 1944 waren ca. ein Drittel aller „Beschäftigten“ in Deutschland Zwangsarbeiter_innen, etwa 8-9 Millionen. Insgesamt wurden während des II. Weltkrieges zwischen 10 und 15 Millionen Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, außerdem noch etwa geschätzte zwei Millionen Kriegsgefangene und fast zwei Millionen KZ-Häftlinge. Diese Sklavenarbeit endete für viele tödlich. Auf das Konto von Vertretern des deutschen Monopolkapitals wie Hermann Josef Abs, Friedrich Flick und Gustav Krupp gehen die Ermordung hunderttausender Zwangsarbeiter_innen und die millionenfache Ermordung sowjetischer Zivilist_innen und Soldat_innen.



Hermann Josef Abs (Middle) mit Bundeskanzler Adenauer

Nach 1945 gelang es VW, Siemens und Krupp, Nazis, unter anderem auch mehrere SS-Offiziere, in betriebseigene Produktionsorte außerhalb Deutschlands zu schleusen, um sie so vor einer möglichen Bestrafung zu schützen wie z.B. den Kommandanten des Vernichtungslagers Treblinka, Franz Paul Stangel, der bei VW-Brasilien in Sao Paulo untergebracht wurde. Bis heute ist es den verantwortlichen deutschen Konzernen und Banken gelungen, sich um ernsthafte Entschädigungen an die ehemaligen Zwangsarbeiter_innen zu drücken. Sogar das geraubte, arisierte und durch Versklavung erlangte Eigentum ist nach wie vor im Besitz eben dieser Banken und Konzerne.

Ganz aktuell sind diese deutschen Großkonzerne weltweit an der massiven und brutalen Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung in anderen Länder beteiligt. Dabei zeichnen sie sich durch Arbeitshetze, niedrigste Löhne, schlechteste Arbeitsbedingungen und die Unterdrückung fortschrittlich gewerkschaftlicher Organisation aus.

Nazis in der Medizin

Die deutsche Ärzteschaft hatte 1933-1945 aktiv am Aufbau des NS-Herrschafts- und Vernichtungsapparates mitgewirkt. Von etwa 90.000 in Deutschland praktizierenden Ärzten traten etwa 45% der NSDAP, 26% der SA und 9% der SS bei. Die deutsche Ärzteschaft war selbst aktiv an zahlreichen Verbrechen des Nazifaschismus beteiligt: So betrieb die deutsche Ärzteschaft in ihrer großen Mehrheit schon vor der gesetzlichen Fixierung der Ausschließung der jüdischen Ärzte, aktiv die Ausgrenzung, Diffamierung und Verfolgung ihrer jüdischen Kollegen. Mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1933 war sie an der Erfassung von Behinderten und vor allem auch von Sinti und Roma beteiligt. Auf der Grundlage der so entstandenen „Reichssippenkartei“ wurden ab 1934 über 300.000 Menschen zwangssterilisiert. 1935 waren deutsche Ärzte aktiv an der Ausarbeitung der antisemitischen „Nürnberger Rassegesetze“ beteiligt.

Ab 1939 waren deutsche Ärzte mit der „Aktion T4“ an der Ermordung von über 100.000 Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung beteiligt. In den KZs- und Vernichtungslagern führten sie Selektionen durch, schickten vor allem Jüdinnen und Juden und Sinti und Roma massenhaft in den Tod und verübten grausame Verbrechen an Häftlingen durch pseudomedizinische Versuche und Forschung.

Im Nürnberger Ärzteprozess von 1946 wurden insgesamt 23 Ärzte und hohe Beamte angeklagt. Schwerpunkt der Anklage waren der Massenmord in Vernichtungslagern und Menschenversuche. Lediglich zwei der Angeklagten, Viktor Brack und Karl Brandt mussten sich vor Gericht wegen der Morde im Rahmen der „Aktion T4“ verantworten. Der Nürnberger Ärzteprozess endete 1947 mit insgesamt sieben Todesurteilen, neun Urteilen zu größtenteils lebenslangen Haftstrafen und sieben Freisprüchen. Alle der zum Tode verurteilten Ärzte waren SS-Angehörige und wurden hingerichtet. Alle zu Haftstrafen verurteilten Nazi-Ärzte, auch die zu lebenslanger Haft Verurteilten, wurden bis 1955 vorzeitig aus der Haft entlassen.

Nach 1945 konnte die große Mehrzahl der deutschen Ärzte ihre Tätigkeit als Arzt meist unbestraft weiterführen. „Ehemalige“ Nazi-Ärzte, denen nach Kriegsende ein Berufsverbot ausgesprochen worden war, erhielten von den Ärztekammern vorläufige Lizenzen und spätestens seitdem die meisten der angeklagten Ärzte als „entnazifiziert“ aus den Spruchkammerverfahren herausgegangen waren, bestand für sie kaum einen Anlass zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen, jün-

sten Vergangenheit. Dies spiegelte sich auch in der Personalpolitik der Ärztekammern wider.

Ernst Fromm, Ärztekammerpräsident ab 1955, war Mitglied der SA. Sein Nachfolger ab 1973, Hans-Joachim Sewering, war Mitglied der SS. Carl Haedenkamp, der erste Hauptgeschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft westdeutscher Ärztekammern“, war schon vor dem Nazifaschismus ein erklärter Antisemit und Anhänger der „rassenhygienischen Wissenschaft“ gewesen. Nach 1933 beteiligte er sich aktiv an der Verfolgung und dem Ausschluss seiner jüdischen Ärztekolleg_innen.

Einen Kernpunkt neben der personellen Kontinuität in der Medizin bildet die nach 1945 weitergeführte „Rasse- und rassehygienische Forschung“ deutscher Ärzt_innen, jetzt unter dem Namen „Humangenetik“. Viele dieser Ärzt_innen und Forscher_innen konnten schon nach kurzer Zeit wieder an ihre hochdotierten Stellen in Universitäten und Forschung zurückkehren. Die tausenden Präparate, die von den Körpern, zum Teil eigens hierfür getöteter KZ-Insassen, gewonnen wurden, wurden ohne kritische Auseinandersetzung weiterverwendet, zum Teil bis heute.

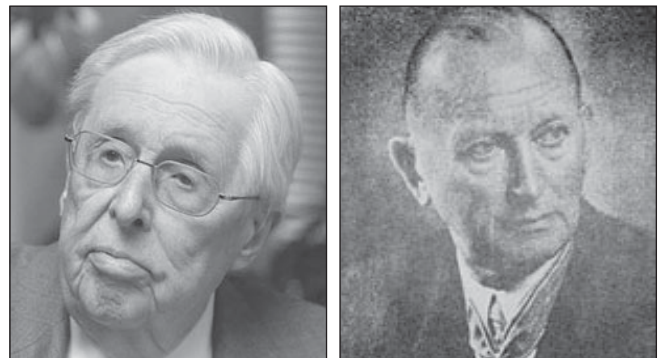
Ein Beispiel, das den Werdegang vieler Nazi-Forscher nach 1945 veranschaulicht stellt Dr. Herman Arnold dar. Er schrieb seine Doktorarbeit zu Gunsten der Giftgasforschung und beteiligte sich später an der so genannten „rassendiagnostischen Erfassung der Zigeuner“, die anschließend in Vernichtungslagern ermordet wurden. Nach 1945 avancierte er zum so genannten „Zigeunerfachmann“ für die deutsche Bundesregierung, Polizei und Wohlfahrtsverbände. Als so genannter „Zigeunerfachmann“ wurde Arnold sogar für Gutachten in Entschädigungsfällen von Sinti und Roma wegen Zwangssterilisationen im Nazifaschismus herangezogen.

Ideologische Kontinuität heute

Die Frage, die für uns als Antifas heute im Mittelpunkt steht, ist welche Bedeutung und welche Auswirkungen die verhinderte Entnazifizierung Deutschlands, die jahrzehntelange Kontinuität der Altnazis und ihre aktive und weitgehende Beteiligung am Aufbau des deutschen Staates nach 1945 für uns heute hat.

Der deutsche Staat wurde nach 1945 in allen Bereichen von den Altnazis mit aufgebaut. Diese personelle Kontinuität der Altnazis hat sich noch bis in die 70er/80er und zum Teil bis in die 90er Jahre hinein fortgesetzt.

Heute ist dies weitgehend in Vergessenheit geraten. Als Antifas sollten wir uns jedoch immer wieder bewusst machen, dass der Führungs- und Generationswechsel in den 70er und 80er Jahren in allen zentralen Bereichen des deutschen Staatsapparats, der Polizei, Justiz, Bundeswehr und der Geheimdienste, von diesen Altnazis organisiert und durchgeführt wurde. Sie haben ihre



Links: Hans-Joachim Sewering / Rechts: Carl Haedenkamp

Nachfolger_innen ausgebildet, ausgesucht und auf die entsprechenden Posten befördert.

Im Mittelpunkt heute steht vor allem die ideologische Kontinuität, die sich in vielfacher Weise zeigt. Dies geht von der Aktualität antisemitischer und antiziganistischer Einstellungen bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung, feindlichen und aggressiven Einstellungen gegenüber Schwulen und Lesben, scheinbar harmlos daherkommenden Diskussion über „unwertes“ Leben, über die Schürung nationalistischer Taumel und Wellen, wie wahrscheinlich schon in Kürze mal wieder bei der Fussball-WM, und der Betonung des Standorts Deutschland gegen das Ausland, über das heute von Seiten des deutschen Staates im Mittelpunkt stehende lebensbedrohliche Abschiebesystems gegen Flüchtlinge mit Lagerunterbringung, Residenzpflicht, Abschiebeknästen, bis hin zu weitverbreitetem und geschürten Antikommunismus.

KPD gegen Münchener Universitätsprofessoren

NZ MÜNCHEN, 26. Mai

In einer Kundgebung der Kommunistischen Partei Münchens mit dem Thema „München muß wieder Kulturzentrum werden“, wies Parteisekretär Bruno Goldhammer darauf hin, daß der Nationalsozialismus an der Universität München noch nicht ausgeschaltet sei. Er führte folgende Fälle an: Der Dekan der juristischen Fakultät, Professor Müller-Erbach, hat unter Zustimmung des Lehrkörpers erklärt, daß Mitglieder der „Freiheitsaktion Bayern“ wegen „Zusammengehens mit dem Feind“ nicht in den Lehrkörper der Universität aufgenommen werden könnten. — Der Vorstand des geographischen Instituts, Professor Mahacek, der aus Wien stammt, wurde 1934 wegen nationalsozialistischer Umtriebe aus der Wiener Universität ausgestoßen und am 2. Februar 1939 in Würdigung seiner Verdienste um den Nationalsozialismus zum Ehrensator der Wiener Universität ernannt. — Professor Dietrich, Leiter der forstwissenschaftlichen Fakultät, war von 1933 bis 1945 Berater der Göring- und Hitlerregierung. Als ständiger Gutachter der Reichsregierung hat er für die Ausräuberung der Forstbestände in Prag, Straßburg, Warthegau, Slowakei, Mähren und Polen gewirkt. Schließlich nannte Goldhammer den Dekan der staatswissenschaftlichen Fakultät an der Universität München, Geheimrat Adolf Weber. Er bewies dessen Sympathie für den Nationalsozialismus mit Zitaten aus Webers Schriften „Deutsches Wirtschaftsleben“ und „Kurzgefaßte Wirtschaftspolitik“. Professor Weber schreibt im § 7 seines 1941 erschienenen Buches „Deutsches Wirtschaftsleben“: „Das einzige greifbare Ergebnis seiner (Roosevelts) Tätigkeit ist im Grunde genommen nur eine gewaltige Steigerung der Schuldenlast der Vereinigten Staaten. Er begriff im Gegensatz zu Adolf Hitler und Benito Mussolini nicht, daß wir an einer Zeitwende angekommen sind.“ Im Vorwort zur 3. Auflage in seiner im Jahre 1942 erschienenen Schrift „Kurzgefaßte Wirtschaftspolitik“ publiziert Adolf Weber folgendes Bekenntnis: „... die seit 1933 in Deutschland um Durchbruch gekommenen volkswirtschaftlichen Grundideen verspüre ich aus einer tiefsten Überzeugung. Sie müssen bejaht werden, wenn Europa nicht untergehen soll. Im Rahmen meiner Wissenschaft diene ich diesen Ideen am besten dadurch, daß ich Umschau halte nach Gefahren, die ihnen drohen, und nach bester Kraft helfe, diesen Gefahren zu begegnen.“ Wenige Tage nach der Kundgebung hat Geheimrat Adolf Weber mit Rücksicht darauf, daß er im siebzigsten Lebensjahr steht, sein Emeritierungsgesuch eingereicht. Professor Dietrich hat aus Altersgründen gleichfalls seinen Rücktritt erklärt.

Auch an den Universitäten bedurfte es einer umfangreichen Entnazifizierung

Die ideologische Kontinuität drückt sich auch aus in einem massiven Geschichtsrevisionismus, der die Naziverbrechen verharmlost oder zumindest einen Schlussstrich ziehen will, gleichzeitig jedoch inflationär „deutsche Opfer“ konstruiert, „deutsche Opfer der Vertreibung“, „deutsche Opfer des Alliierten Bombenterrors“.

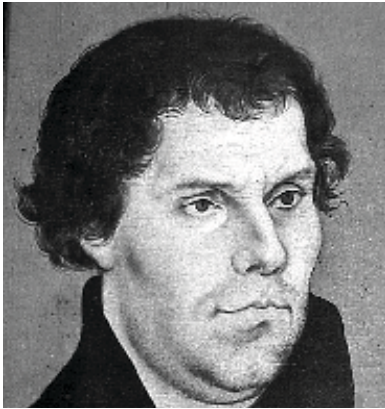
Neben der Revision und Verharmlosung des Terrorsystems der Nazis gibt es auch die Rehabilitierung und Ehrung von Nazigrößen und -Verbrechern nach 1945 bis heute, sowie das Anknüpfen an nazistische und militaristische Traditionen.

Vor diesem Hintergrund ist der Antinazikampf heute vermutlich viel enger mit dem Kampf gegen den deutschen Staat verbunden als das für uns sichtbar ist. Das Ausmaß der Verankerung der Nazi-Bewegung in Teilen des deutschen Staatsapparates heute zeigt sich nur punktuell. So z.B. im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren 2001, als das Ausmaß der Verankerung von Nazis in den deutschen Geheimdiensten für einen kurzen Moment offenkundig wurde. Mindestens zehn VS-Informanten in der NPD sind dabei aufgefliegen oder haben dies selbst offen zugegeben. Insgesamt waren zum damaligen Zeitpunkt mindestens 100 Informanten des VS in der NPD tätig, davon ca. 30 in der Führung auf Bundes- und Landesebene.

Verwendete Literatur

- Autorenkollektiv, Die Verbrechen der Nazis und der Nürnberger Prozess (1946), Offenbach 2007
- Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Berlin (DDR) 1968
- Friedrich, Jörg, Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, erweiterte und überarbeitete Neuausgabe, München 1994
- Friedrich, Jörg, Freispruch für die Nazi-Justiz. Die Urteile gegen NS-Richter seit 1948 – eine Dokumentation, Hamburg 1983 (Jörg Friedrich versorgt spätestens seit seinem Buch „Der Brand“ 2002 Nazis mit Argumentationshilfen zum „Bombenholocaust“)
- Giordano, Ralph, Die zweite Schuld Oder von der Last Deutscher zu sein, überarbeitete Auflage, Köln 2000 (1. Auflage 1987)
- Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter – Politik und Praxis des 'Ausländer-Einsatzes' in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985
- Klarsfeld, Beate, Die Geschichte des PG 2 633 930. Kiesinger. Dokumentation mit einem Vorwort von Heinrich Böll, Darmstadt 1969
- Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland, Bielefeld 2007
- Müller, Ingo, Furchtbare Juristen, München 1989
- Miquell, Marc von, Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren, Göttingen 2004
- Potsdamer Abkommen, August 1945
- Schenk, Dieter, Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA, Köln 2001
- Vollnhals, Clemens (Hg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991
- Weiß, Hermann (Hg.), Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 2022

Der Judenhass und die „großen Deutschen“



Martin Luther (1483 - 1546)

„Erstlich, dass man ihre Synagoga oder Schule mit Feuer anstecke und, was nicht brennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, dass kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich.“

Von den Juden und ihren Lügen (1543)



Immanuel Kant (1724 - 1804)

“Die unter uns lebenden Palästinenser sind durch ihren Wuchergeist seit ihrem Exil, auch was die größte Menge betrifft, in den nicht unbegründeten Ruf des Betrugers gekommen.“

Anthropologie in pragmatischer Hinsicht (1798)



Johann Gottlieb Fichte (1762 - 1814)

“Aber ihnen Bürgerrechte zu geben, dazu sehe ich wenigstens kein Mittel, als das, in der Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden, und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee sei.“

Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publicums über die französische Revolution (1793)



Ernst Moritz Arndt (1769 - 1860)

„Juden und Judengenossen, getaufte und ungetaufte, arbeiten unermüdlich und auf allen äußersten radikalen Linken mitsitzend, an der Zersetzung und Auflösung dessen, worin uns Deutschen bisher unser Menschliches und Heiliges eingefasst schien, an der Auflösung der Vaterlandsiebe und Gottesfurcht.“

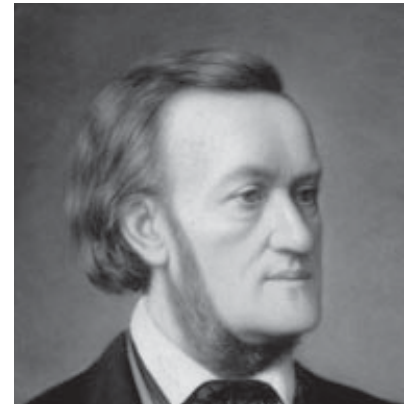
Reden und Glossen (1848)



G. W. F. Hegel (1770 - 1831)

“Das jüdische Volk, das schlechterdings alle es umgebenden Völker verabscheute und verachtete, wollte für sich, hocharhaben, allein in seiner Art, seinen Sitten, seinem Dünkel beharren; jede Gleichstellung, Vereinigung durch Sitten mit anderen war ihm eine greuelhafte Abscheulichkeit.“

Die Positivität der christlichen Religion (1800)



Richard Wagner (1813 - 1883)

“Wir haben uns das unwillkürlich Abstoßende, welches die Persönlichkeit und das Wesen der Juden für uns hat, zu erklären, um diese instinktmäßige Abneigung zu rechtfertigen, von welcher wir doch deutlich erkennen, daß sie stärker und überwiegender ist, als unser bewußter Eifer, dieser Abneigung uns zu entledigen.“

Das Judentum in der Musik (1850)

Einleitung

An Universitäten, im Feuilleton und darüber hinaus beziehen sich heute noch viele auf „große Deutsche“ wie Luther, Kant, Fichte, Wagner u. a. Die antisemitischen Passagen oder Denkfikturen in deren Werken werden dabei oft verschwiegen, relativiert oder geleugnet. Dabei war gerade auch der Antisemitismus der deutschen Intellektuellen vor dem 20. Jahrhundert Bestandteil des geistigen Nährbodens der Nazi-Ideologie. Mit dieser Veranstaltung wollten wir der oft einseitigen Traditionspflege der deutschen Geistesgeschichte auf den Zahn fühlen. Es wird von den immensen Leistungen der großen Deutschen wie Luther und Kant gesprochen. Wir reden über ihren Antisemitismus. Dieser ist zwar nicht das einzige was sie ausmacht, aber diese Männer hatten große Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden und wurden oftmals von einem regelrechten Judenhass getrieben.

Auch heutzutage ist der Antisemitismus leider nicht verschwunden. Wir haben diese Veranstaltung weniger aus akademischen Interesse gemacht, sondern um in der Lage zu sein, aktuelle Argumentationen, die in die selbe Richtung gehen, besser durch-

schauen, widerlegen und bekämpfen zu können. Dabei ging es uns auch darum ein Bewusstsein zu gewinnen, inwiefern diese „großen Deutschen“ wichtig für die Nazis waren und welcher Bezug auf sie genommen wurde. Dies erscheint uns vor allem deshalb wichtig, um die Bedeutung des antisemitischen Erbes der „großen Deutschen“ auch für heute besser einordnen zu können.

Zum Umgang mit dem antisemitischen Erbe der „großen Deutschen“ an der Humboldt-Universität in Berlin

In der Ahnengalerie der Humboldt Universität finden sich die Portraits der Rektoren der Universität. Unter anderem hängen dort Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher und Eduard Spranger, der erste Rektor der Uni nach 1945 war, und der erste gewählte Rektor der Uni, Johann Gottlieb Fichte. Im Rahmen von „HU200“, wie das Programm zum Jubiläum modern betitelt wurde, wurde vor kurzem auch das „Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum“, ein Informations- und Kommunikationszentrum für den Campus Mitte eröffnet, in dem auch die Zentralbibliothek der HU untergebracht ist. Antisemitismus findet sich auch im Werk der Gebrüder Grimm, z.B. in der Erzählung „Der Jude im Dorn“. Außerdem heißt es in

ihrem Wörterbuch unter dem Stichwort „Jude“:

„...von ihren schlimmen Eigenschaften werden namentlich ihre Unreinlichkeit, sowie ihre Gewinnsucht und ihr Wuchersinn in mannigfachen Wendungen betont, schmierig wie ein alter Jude; er stinkt wie ein Jude; daran angelehnt, schmecken wie ein Jude, widerlich und verstärkt schmecken; ...“

Aber nicht nur durch solche Denkmäler huldigt die HU ihren und anderen „großen Deutschen“, sondern auch im Vorlesungsverzeichnis nehmen sie einigen Platz ein. Allein im Sommersemester 2010 fanden sich acht Veranstaltungen des Instituts für Philosophie, d.h. Seminare und Vorlesungen zur „Klassischen Deutschen Philosophie“, bzw. zum „Deutschen Idealismus“, also im wesentlichen Kant, Fichte, Schelling, Hegel. In den entsprechenden Veranstaltungskommentaren findet sich zu Antisemitismus nirgends ein Wort.

In dem Veranstaltungsplan des Seminars „Moralische Aspekte in Menschenbildern der klassischen deutschen Philosophie“ 2010 war das Thema Antisemitismus nicht vorgesehen. In der ersten Sitzung des Seminars sprach der Dozent kumpelhaft vom „alten Fichte, unserem ersten Rektor“, in dessen Werk auch heute noch zum 200jährigen Unijubiläum eine absolut zeitgemäße Rede zu finden sei.

Auf die Nachfrage eines Studierenden, ob nicht der Antisemitismus der deutschen Idealisten ganz gut zum Thema passen würde, wurde diesem zugestimmt, dass ein solcher Beitrag von studentischer Seite durchaus denkbar wäre.

Es geht hier aber nicht darum, zu behaupten, die HU wäre durch und durch von Antisemiten bevölkert, oder auch nur, dass die Denkmäler, Namensgebungen und Seminare von einer antisemitischen Denkungsart inspiriert wären. Natürlich gibt es auch hier gelegentlich erhellende Seminare, auch solche in denen Antisemitismus analysiert und kritisiert wird. Natürlich hängt im ersten Stock unter den Nobelpreisträgern auch Einstein und etwas verloren an der Ostseite des Hauptgebäudes steht auch eine Heinestatuette. Nicht zu vergessen Marx' Feuerbachthese im Foyer.

Gegenüber dem Gang mit den Rektorenportraits befindet sich die Frauengalerie, mit Bildern berühmter Frauen, die an der HU gewirkt haben. Wie in den Kurzviten unter den Fotografien nachzulesen ist, wurden sie in der Mehrzahl 1933 wegen jüdischer Herkunft oder antifaschistischer Haltung relegiert.

Der Althistoriker Theodor Mommsen war nicht völlig frei von antijüdischen Stereotypen, doch er avancierte zum großen Gegenspieler Treitschkes, als dieser glühende Antisemit nach seiner Berufung an die Berliner Universität (also die heutige HU) den „Berliner Antisemitismusstreit“ (damals auch Treitschkiade) auslöste. Nach Treitschke ist in Berlin-Steglitz übrigens auch immer noch eine Straße benannt. Von Mommsen, der auch mal Rektor an der Berliner Universität war, gibt es auch ein Portrait in der Galerie und eine Statue vorne im Hof. Nicht zuletzt einer der Namensgeber der Uni, Wilhelm von Humboldt sprach sich für die Emanzipation der Juden aus.

Doch gerade dieses Vermengen von bisweilen deutschnationalen Antisemiten und linken jüdischen Intellektuellen, dieses stille Mitschleppen des antisemitischen Erbes, dieses Weißwaschen der eben mitunter antisemitischen Säulenheiligen der HU, und der ganzen deutschen Geistesgeschichte, durch Verschweigen, das stößt schon auf. Allein das kommentarlose Nebeneinander von Fichteportrait und Heinestatuette ist bedenklich. In der Ahnengalerie hängt Fichte, der sagte, man solle allen Juden die Köpfe

abschneiden. Natürlich metaphorisch, wie seine Apologeten sagen würden. Aber so eine brutale Sprache wurde nicht umsonst gewählt. Vom Hinterausgang der Cafeteria steht Heine, der gesagt hat: *„Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“*.

Wenn er etwas über seine Schulter sehen könnte, würde er Richtung Bebelplatz blicken, wo im Mai 1933 unter anderem Studierende der HU auch seine Schriften verbrannt haben. Tatsächlich wäre es vielleicht sinnvoller, die Statue würde Richtung Bebelplatz und somit auch Richtung Südwesten schauen, Richtung Paris, das Heine zu seinem mal mehr, mal weniger „freiwilligen Exil“ gemacht hat.

In der Denkmalgestaltung und damit dem Geschichtsbezug der HU herrscht ein wildes Durcheinander. Letztlich ist alles willkommen, was prestigeträchtig verwendet werden kann. Es geht um Eigenwerbung und das Erzeugen eines Wir-Gefühls. Man soll erhaben durch die Flure und ums Gebäude schreiten, im Schatten der Statuen sozusagen, sich mehr oder minder bewusst einreihen unter die „großen Deutschen“ anstatt kritisch zu hinterfragen, wie es sich für eine Uni gehören würde.

Martin Luther (1483-1546)

Martin Luther gilt heute allgemein als der deutsche Reformator und genießt nicht nur in evangelischen Kreisen hohe Popularität. Er gehört also definitiv zu den so genannten „großen Deutschen“, die wir kritisch betrachten wollen.

Auch bei Martin Luther ist es wichtig, zunächst auf seine positiven Verdienste zu verweisen, denn nur so wird andersherum deutlich, warum sein tiefer Judenhass eine so große bis heute andauernde negative Wirkung entwickeln konnte.

Ganz objektiv betrachtet, ist er der Gründer der protestantischen Kirche und hat Anfang des 16. Jahrhunderts gegen die Vormachtstellung der katholischen Kirche und deren Ablasshandel gekämpft. Zu diesem Zeitpunkt stand er noch auf der Seite der unterdrückten Bauern. Zudem hat er als Erster die Bibel aus dem Lateinischen ins Deutsche übersetzt und sie dadurch für eine größere Anzahl von Menschen überhaupt erst zugänglich gemacht. Dieses Privileg war bis dato fast ausschließlich dem Klerus vorbehalten. Man muss Luther also durchaus als eine wichtige Persönlichkeit der Geistesgeschichte sehen.

Seine Einstellung zur jüdischen Bevölkerung und zum jüdischen Glauben ist jedoch geprägt von Überheblichkeit und Hass. Vor der Reformation wendete er sich auch in diesem Punkt gegen die katholische Kirche, indem er deren Zwangstaufen als untaugliches Mittel kritisierte, versuchte selbst aber auch die Juden zum evangelischen Glauben zu bekehren, indem er sie anhand des Alten Testaments von der Falschheit ihrer Ideen zu überzeugen suchte.

Bereits 1526 als es trotz Reformation nicht gelang die Juden zum christlichen Glauben zu bekehren, steigerten sich seine bis dato überheblichen und vereinnahmenden Bekehrungsversuche zu antijüdischer Hetze und er wurde zum größten Fürsprecher politischer und kirchlicher Unterdrückung jüdisch-gläubiger Menschen seiner Zeit. Im äußerst antijüdischen Pamphlet Luthers „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543) gibt er für die von ihm gestellte Frage *„Was sollen wir Christen nun mit diesem verworfenen, verdammten Volk der Juden tun?“* aufschlussreiche Empfehlungen:

„Erstlich, dass man ihre Synagoga oder Schule mit Feuer anstecke und, was nicht brennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, dass kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich [...]. Zum andern, dass man auch ihre Häuser dergleichen zer-



Holzschnitt einer „Judenverbrennung“ im Mittelalter

breche und zerstöre. Denn sie treiben eben dasselbige drinnen, das sie in ihren Schulen treiben. Dafür mag man sie etwa unter ein Dach oder Stall tun, wie die Zigeuner, auf das sie wissen, sie seinen nicht Herren in unserem Lande, wie sie rühmen, sondern im Elend und gefangen, wie sie ohn' Unterlass vor Gott über uns Zeter schreien und klagen [...].“

(Luther, Von den Juden und ihren Lügen, 1543)

Weiter empfahl Luther: ihnen ihre Bücher wegzunehmen, ihren Rabbinern das Lehren, ihren Händlern das Reisen und ihren Geldverleihern das „Wucher“-Geschäft zu verbieten, sie von der Straße zu verbannen, ihr Geld und ihren Schmuck einzuziehen als Staatsrücklage, sie zu harter körperlicher Arbeit zu zwingen und sie aus allen evangelischen Ländern auszuweisen. Darüber hinaus greift er auch das Klischee des „jüdischen Ausbeuters“ auf:

„Ein solch verzweifletes, durchböstes, durchgiftetes, durchteufeltes Ding ist's um diese Juden, so diese 1400 Jahre unsere Plage, Pestilenz und alles Unglück gewesen sind und noch sind. Summa, wir haben rechte Teufel an ihnen. Wenn ich könnte, so würde ich ihn [den Juden] niederstrecken und in meinem Zorn mit dem Schwert durchbohren. Jawohl, sie halten uns [Christen] in unserem eigenen Land gefangen, sie lassen uns arbeiten in Nasenschweiß, Geld und Gut gewinnen, sitzen sie dieweil hinter dem Ofen, faulenzen, pompen und braten Birnen, fressen, sauffen, leben sanft und wohl von unserm erarbeiteten Gut, haben uns und unsere Güter gefangen durch ihren verfluchten Wucher, spotten dazu und speien uns an, das wir arbeiten und sie faule Juncker lassen sein [...] sind also unsere Herren, wir ihre Knechte.“

(Luther, Von den Juden und ihren Lügen, 1543)

Bis zu seinem Tod hat Luther an seiner äußerst jüdenfeindlichen Haltung festgehalten und mit seinen Schriften zu ihrer Vertreibung, wenn nicht sogar Vernichtung aufgerufen.

Für Antisemiten der Weimarer Republik wie Adolf Stöcker und vor allem für die Nazifaschisten und deren Ideologen diente Luthers Judenhass als ideologisches Vorbild und als Rechtfertigung ihres eigenen mörderischen Antisemitismus. So verteidigte 1946 vor dem internationalen Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg der ehemalige Gauleiter und Herausgeber der Hetzschrift „Der Stürmer“, Julius Streicher, Luthers Judenhass folgendermaßen:

„Dr. Martin Luther säße heute an meiner Stelle auf der Anklagebank, wenn sein Buch 'Die Juden und ihre Lügen' in Betracht gezogen würde. Ihre Synagogen sollte man niederbrennen, man sollte sie vernichten [...]. Genau das haben wir getan!“

Von Seiten der so genannten Deutschen Christen widerfährt Luther 1938 durch den evangelisch-lutherischen Landesbischof Thüringens folgende Ehrung:

„Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen. Vom deutschen Volk wird [...] die Macht der Juden auf wirtschaftlichem Gebiet im neuen Deutschland endgültig gebrochen und damit der gottgesegnete Kampf des Führers zur völligen Befreiung unseres Volkes gekrönt. In dieser Stunde muss die Stimme des Mannes gehört werden, der als der Deutschen Prophet im 16. Jahrhundert einst als Freund der Juden begann, der getrieben von seinem Gewissen, getrieben von den Erfahrungen und von der Wirklichkeit, der größte Antisemit seiner Zeit geworden ist, der Warner seines Volkes wider die Juden.“

(Martin Sasse im Vorwort zu seiner Schrift: „Martin Luther und die Juden - Weg mit ihnen!“, Freiburg 1938)

2003 kam eine neue von der evangelischen Kirche mitfinanzierte „Luther“-Verfilmung in die Kinos, um dem „Helden“ ein filmisches Denkmal zu setzen. Der Film verschweigt ganz bewusst und konsequent Luthers Judenhass und seinen generellen Hass auf das „Andere“, den man anhand seiner Schriften dokumentieren kann.

In einigen neueren Biografien wird zwar erwähnt, dass Luther die Juden nach der Reformation zu Feinden erklärte, gleichzeitig aber wird versucht, seinen Judenhass zu relativieren, indem man auf „ungelenke Ausdrucksformen“, „Altersregressionen“ und andere „Alterserscheinungen“ Luthers verweist. Das ist einerseits wenig überzeugend und andererseits anhand seiner Schriften als grundfalsch zurückzuweisen. Andere Entschuldigungsversuche rechtfertigen seine antijüdische Hetze damit, dass Luther die Missionstätigkeit der Juden fürchtete und auch fürchten musste. Aber weder haben Juden im Mittelalter missioniert noch ließe sich damit ihre Vertreibung rechtfertigen. Was diese Rechtfertigungen aber allzu deutlich machen, ist das selbst in neueren Veröffentlichungen Verständnis für Luthers Judenfeindschaft aufgebracht wird und diese somit auch heute von großer Bedeutung ist.

Immanuel Kant (1724-1804)

Immanuel Kant gilt als deutsche Variante der Französischen Aufklärung. Zwar verfolgt er bisweilen eher eine Argumentation des Kompromisses. Während viele der französischen Aufklärer Atheisten waren, sagt Kant, Gott könne man nicht beweisen und solle es auch nicht versuchen. Natürlich schließt er an, dass er freilich an Gott glaube, es sei eben eine Glaubensfrage.

Doch im Kontext der reaktionär-feudalen Ideologie im damaligen Reich, wirkten Gedanken, wie „Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ oder der, dass Pflichten auf Überzeugungen und nicht auf Zwang beruhen sollen, wie ein aus Frankreich kommender Lichtstrahl.

Kant stand in Deutschland an der Spitze der Aufklärung. Wie es aber in Deutschland oft mit den fortschrittlichen Bewegungen ist, brechen gerade deren Wortführer bisweilen die eigene Spitze ab, indem sie fragwürdiges Gedankengut verbreiten.

In seiner „Kritik der Urteilskraft“ (1790), der dritten der drei großen Kritiken, schwadroniert Kant vom Erhabenen und mutiert dabei zum Militaristen:

„Selbst der Krieg, wenn er mit Ordnung und Heiligachtung der bürgerlichen Rechte geführt wird, hat etwas Erhabenes an sich und macht zugleich die Denkungsart des Volks, welches ihn auf diese Art führt, nur um desto erhabener, je mehreren Gefahren es ausgesetzt war und sich mutig darunter hat behaupten

können; dahingegen ein langer Friede den bloßen Handelsgeist, mit ihm aber den niedrigen Eigennutz, Feigheit und Weichlichkeit herrschend zu machen und die Denkungsart des Volks zu erniedrigen pflegt.“

(Kant, Kritik der Urteilskraft, 1790)

Kant verbreitet hier die alte Militaristenweisheit, vom Krieg als Vater aller Dinge, in dem sich erst die positivsten Eigenschaften der Menschen entfalten könnten. Hier mit dem Vorbehalt, dass der Krieg ordentlich, gemäß bürgerlichem Recht, geführt werden müsse. Mit seiner Theorie des Erhabenen, vor der der kleine Mensch nur staunend und ängstlich stehen kann, zeigt Kant seine autoritäre Denkstruktur. Wobei beachtlich ist, dass er gerade die Ästhetik, das Schöne, Erhabene und gigantisch Große anspricht, um einzuschüchtern.

Die zweite Passage des Zitats, mit dem eigennützigen Handelsgeist, der ein Volk erniedrigt, gibt schon eine böse Vorahnung. In „Anthropologie in pragmatischer Hinsicht“ (1798), seinem letzten veröffentlichten Werk heißt es:

„Die unter uns lebenden Palästinenser sind durch ihren Wuchergeist seit ihrem Exil, auch was die größte Menge betrifft, in den nicht unbegründeten Ruf des Betrugers gekommen.“

(Kant, Anthropologie in pragmatischer Hinsicht, 1798)

Juden werden hier im weiteren als Fremdkörper in ihren Gastländern beschrieben, die einem „anerkannten Aberglauben“ anhängen und „keine bürgerliche Ehre suchen“. Zu einer Zeit, wo in Frankreich wiederum die Emanzipation der Juden schon stattgefunden hatte und sie in Preußen diskutiert wurde, ist das eine bemerkenswert reaktionäre Einstellung von Kant.

Kurz erwähnt sei an dieser Stelle, dass Adolf Eichmann bei seinem Prozess in Jerusalem beteuert hat, sein Leben lang den Kantschen Moralvorstellungen gefolgt zu sein, vor allem nach dessen Pflichtbegriff gehandelt zu haben. Kant hätte sich sicherlich im Grabe umgedreht und dennoch: auch die Nazis haben sich auf Kant bezogen.

Wir wissen auch, dass dies nicht der ganze Kant ist, das Antisemitismus keine Grundausrichtung bei ihm ist. Aber es finden sich doch Passagen und Denkfiguren, die ihn hier in der Halle der „großen Deutschen“ nicht unberechtigt erscheinen lassen.

Johann Gottlieb Fichte (1762-1814)

Johann Gottlieb Fichte war ab 1794 Professor für Philosophie an der Universität Jena. Er wurde in Folge des sogenannten Atheismus-Streits der Gottlosigkeit bezichtigt und 1799 zum Rücktritt von seiner Professur gezwungen. 1810 wurde er Dekan an der philosophischen Fakultät der Berliner Universität und war für kurze Zeit deren Rektor.

Fichte war ein Vertreter des subjektiven Idealismus, der noch zu Lebzeiten Kants Philosophie nicht vom Standpunkt des Materialismus kritisierte, sondern vom Standpunkt des Idealismus. Hatte Kant wenigstens noch ein – wenn auch der menschlichen Erkenntnis nicht zugängliches – „Ding an sich“ angenommen, erklärte Fichte die objektive Realität zu bloßem Gedankenwerk und sah Notwendigkeit und Kausalität nicht in der materiellen Welt, sondern nur im Denken. Das „Ich“ ist der zentrale Begriff, auf dem seine Philosophie aufbaut.

Im Unterschied zu den meisten deutschen Geistesgrößen wie Schiller oder Herder, die sich spätestens mit dem Beginn der Jacobiner-Herrschaft von der französischen Revolution distanzieren, ergriff Fichte in seiner 1793 erschienen Schrift „Beitrag

zur Berichtigung der Urtheile des Publicums über die französische Revolution“ für diese Partei. Hierbei trat allerdings auch Fichtes fanatischer Antisemitismus zu Tage.

Er bezeichnete das Judentum in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern als vermeintlichen „Staat im Staate“, der auf dem „Hass des ganzen menschlichen Geschlechts“ (Werke Band 6, Berlin 1971, S.149f) aufgebaut sei. Es gibt kaum ein antisemitisches Stereotyp, das sich in diesem Pamphlet nicht finden würde, natürlich auch, dass die Jüdinnen und Juden den Rest der Gesellschaft ausplündern würden. Kaum verwunderlich, dass Fichte ihnen keine Bürgerrechte zubilligen wollte und sie für unbelehrbar ansah:

„Aber ihnen Bürgerrechte zu geben, dazu sehe ich wenigstens kein Mittel, als das, in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee sey. Um uns vor ihnen zu schützen, dazu sehe ich wieder kein anderes Mittel, als ihnen ihr gelobtes Land zu erobern, und sie alle dahin zu schicken.“

(Johann Gottlieb Fichte, Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publicums über die französische Revolution, Werke Band 6, Berlin 1971, S.149f)

Die jüdische Bevölkerung aus Deutschland zu vertreiben oder sie gar umzubringen, das sind letztlich die Konsequenzen von Fichtes Antisemitismus, der mit seinem Bild vom „Abschneiden der Köpfe“ zwar nicht direkt zum Mord aufruft, aber diesen Gedanken durchaus zulässt.

Der Antisemitismus war auch für spätere Schriften Fichtes kennzeichnend. So hatte er die verquere Vorstellung, dass die jüdische Bevölkerung noch in der Epoche „anhebenden Sünde“ lebte, während sich die restlichen preußischen Staatsbürger bereits auf dem Weg ins „Zeitalter der Vernunftwissenschaft“ befänden

(Fichte, Die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters, Werke Band 7, Berlin 1971, S.11f).

Der seinerzeit der Gottlosigkeit verdächtigte Fichte war tatsächlich ein Verfechter der Exklusivität der christlichen Religion. Nur durch sie könne das menschliche Selbstbewusstsein zu höheren geistigen Weihen gelangen. Die Anhänger der jüdischen Religion waren seiner Auffassung nach von solchen Möglichkeiten ausgeschlossen.

Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass Fichte kein Studierstuben-Philosoph ohne größeren Wirkungskreis war. Er war ein Agitator und hatte Einfluss.

Fichte war nicht nur Antisemit, sondern vertrat auch einen ausgeprägten deutschen Nationalismus. Für ihn waren die Deutschen das „Urvolk, das Volks schlechtweg“.

(Fichte, Reden an die deutsche Nation, Werke Band 7, S.114)

Die Schaffung eines deutschen Nationalstaates – den es zu dieser Zeit ja noch nicht gab – stellte sich Fichte als „geschlossenen Handelsstaat“ mit Abkoppelung vom Welthandel und staatlich gelenkter Außenwirtschaft vor, dessen Bürger „äußerst wenig mit Fremden leben“ sollten – also nationale Exklusivität der (christlichen) Deutschen.

(Fichte, Der geschlossene Handelsstaat, Werke Band 3, Berlin 1971, S.509)

Ernst Moritz Arndt (1769-1860), Turnvater Jahn (1778-1852) und Hoffmann von Fallersleben (1798-1864)

Einleitend zum Antisemitismus und deutschen Nationalismus der drei Personen die geschichtliche Situation zur Zeit ihres Wirkens: Die Französische Revolution von 1789 mit ihrer Verkündung von

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, auch wenn sie in Frankreich bald gestoppt wurde, hatte auch ihre Wirkung auf Deutschland. Unter Napoleon, der sich zum Kaiser machte, marschierten französische Truppen auch in Deutschland ein. Das in mehr als drei Dutzend Kleinstaaten zersplitterte Deutschland entdeckte nun seinerseits im Kampf gegen Napoleon die Nation als Parole.

Dieser Kampf hatte von Beginn an einen Doppelcharakter. In Deutschland entstand eine deutsche-nationale auf die Einheit Deutschlands abzielende, zumindest teilweise demokratische Bewegung, die sich gegen die mittelalterlichen Zustände, die Fürstentümer und den staatlichen Despotismus richtete. Nun war eine Besonderheit dieser Bewegung gegen Napoleon, dass von vornherein in Deutschland der Kampf gegen die Fremdherrschaft von großen Teilen mit häufig reaktionären Ideen geführt wurde.

Unter Bezug auf die Kreuzzüge des Mittelalters wurde mit „christlich-germanischen“ Parolen pauschal gegen „die Franzosen“ ins Feld gezogen. Richtiges und Falsches, Fortschrittliches und Reaktionäres wurde oft heillos verknüpft. Die Bewegung gegen Napoleon hatte ein doppeltes Gesicht, sie zeigte den „Januskopf“. In dieser Zeitspanne sammelte sich die gesamte Bewegung unter dem schwarz-rot-goldenen Banner, es bildeten sich jedoch immer deutlicher zwei Strömungen heraus.

Zum einen, die von Heinrich Heine und Ludwig Börne repräsentierte fortschrittlich-demokratische Bewegung, die sich weigerte, gegen die Ideale der Aufklärung und der Französischen Revolution zu Felde zu ziehen und zum anderen eine offen reaktionäre Strömung, die sich vor allem in den Burschenschaften, und bei den Turnern und Turnvater Jahn, sowie Arndt und Hoffmann von Fallersleben manifestierte.

Die Bücherverbrennung auf dem Wartburg-Fest 1817

Über das Ausmaß an deutschem Nationalismus und Antisemitismus beim reaktionären Teil dieser Bewegung gibt die Wartburg-Feier einen klaren Einblick. Bei Franz Mehring heißt es dazu:

„Der von Heine so unermüdlich verspottete Maßmann [...] machte den Vorschlag einige Schriften zu verbrennen, die der patriotischen Jugend widerwärtig waren, wie einst Luther die Banbulle des Papstes verbrannt hatte. Es war eine Nachäfferei, wie sie nur Jahn ersinnen konnte, von dem auch das Verzeichnis der Schriften herührte, die verbrannt werden sollten: kunterbunt durcheinander der Code Napoleon [...], einige Presseerzeugnisse, die sich gegen das Turnen oder für das Judentum aussprachen.“

(Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Bd.6, Berlin 1980, S.379)

Der von der Bücherverbrennung betroffene Autor Saul Ascher kommentierte die Verbrennung seiner Schrift „Germanomanie“ auf der Wartburg-Feier wie folgt:

„Um das Feuer der Begeisterung zu erhalten, muss Brennstoff gesammelt werden, und in dem Häuflein Juden wollten unsere Germanomanen das erste Bündel Reiser zur Verbreitung der Flamme des Fanatismus hineinlegen [...]. So verbrannten sie z.B. die Schrift: Die Germanomanie; etwa weil ich darin behaupte, dass jeder Mensch ebenso organisiert wie der Deutsche ist; das Christentum keine Deutsche Religion ist; dass Deutschland nicht vorzugsweise den Urdeutschen zum Wohnsitz [...]“

(Saul Ascher, Die Wartburgfeier, Leipzig 1818, S.13)

Die 450 in der Wartburg anwesenden Studenten verbrannten sein Buch mit den folgenden Worten.



Darstellung der Bücherverbrennung auf dem Wartburgfest

„Wehe über die Juden, so da festhalten an ihrem Judentum und wollen über unser Volkstum und Deutschtum schmähen uns spotten.“

(Saul Ascher, zitiert nach Ludger Heid, „Wenn Deutschland erwacht ...“, in: Tribüne, Nr.114, S.112)

1820 äußerte sich auch Heinrich Heine zu den Vorgängen auf dem Wartburgfest. Er schrieb dort die bekannten Worte:

„Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende Menschen. [...] Auf der Wartburg hingegen herrschte jener unbeschränkte Teutomanismus, der viel von Liebe und Glaube greinte, dessen Liebe aber nichts anderes war als Hass des Fremden und dessen Glaube nur in der Unvernunft bestand, und der in seiner Unwissenheit nichts Besseres zu erfinden wusste, als Bücher zu verbrennen.“

(Heinrich Heine, Werke Band 4, Frankfurt/Main 1968, S.415)

Zum Antisemitismus der drei deutschnationalen Figuren Ernst Moritz Arndt, Turnvater Jahn und Hoffmann von Fallersleben

Ernst Moritz Arndt schrieb 1814: *„Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und diese Staaten hinein, und darum will ich nicht, dass sie auf eine ungebührliche Weise in Deutschland vermehrt werden. Ich will es aber auch deswegen nicht, weil sie ein durchaus fremdes Volk sind und weil ich den germanischen Stamm so sehr als möglich von fremdartigen Bestandteilen rein zu erhalten wünsche.“*

(E.M. Arndt, Ein Blick aus der Zeit auf die Zeit, 1814, abgedruckt in: Ludger von Westphalen, Geschichte des Antisemitismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, S.15f)

Gleichzeitig setzte Arndt seinen Akzent vor allem gegen die sogenannten Ostjuden und führte weiter aus, dass die Juden aus ganz

Europa nach Deutschland *„einströmen und es mit ihrem Schmutz und ihrer Pest zu überschwemmen drohen, da diese verderbliche Überschwemmung vorzüglich vom Osten her, nämlich aus Polen droht [...]“*

(ebenda, S.15f)

Einige Jahre später, zum Zeitpunkt der bürgerlichen Revolution in Deutschland 1848, äußerte sich Arndt wie folgt über Juden und von ihm so beschimpfte „Judengenossen“, d.h. all diejenigen, die sich mit Jüdinnen und Juden einließen, freundschaftliche Beziehungen unterhielten und für Gleichberechtigung eintraten:

„Juden und Judengenossen, getaufte und ungetaufte, arbeiten unermüdlich und auf allen äußersten, radikalen Linken mitsitzend an der Zersetzung und Auflösung dessen, worin uns Deutschen bisher unser Menschliches und Heiliges eingefasst schien, an der Auflösung der Vaterlandsliebe und Gottesfurcht.“

(zitiert nach: K. Dede, Die missbrauchte Hymne, S.61)

Die bössartige Deutschtümmelei von Turnvater Jahn benutzte dabei schon den biologistischen, rassistischen Ansatz bei der Definition seines „Deutschen Volkstums“. 1806 schrieb Jahn in seiner so betitelten Schrift:

„Mischlinge von Tieren haben keine echte Fortpflanzungskraft und ebenso wenig Blendlingsvölker ein eigenes volkstümliches Fortleben [...] das Immer-wieder-überpropfen taugt nicht in der Baumschule und in der Völkerzucht noch weit weniger.“

(F.L. Jahn, Deutsches Volkstum, zitiert nach: Meyers Volksbücher 1896, S.32f)

Und der Autor des Textes des „Deutschlandliedes“ Hoffmann von Fallersleben offenbart seine antisemitischen Vorurteile unter anderem in seinem Gedicht „Emancipation“ (1840):



Szene der Hepp-Hepp-Krawalle gegen Juden in Minden 1819

*„Du raubtest unter unseren Füßen
Uns unser deutsches Vaterland:
Ist das dein Leiden? Das dein Büßen?
Das deines offenen Grabes Rand?*

*O Israel, von Gott gekehret,
hast du dich selbst zum Gott gemacht,
Und bist durch diesen Gott belehret,
Auf Wucher, Lug und Trug bedacht.*

*Willst du von diesem Gott nicht lassen,
Nie öffne Deutschland dir sein Ohr!
Willst du nicht dein Knechtschaft hassen,
Nie ziehst du durch der Freiheit Tor!“*

(Werke Band IV, S.207/208)

Den mörderischen Charakter des hier offenbarten deutschen Nationalismus und Antisemitismus beschreibt am Besten der Zeitgenosse und Repräsentant des fortschrittlichen, linken Teils der Bewegung dieser Zeit, Heinrich Heine:

„Im Bierkeller zu Göttingen musst ich einst bewundern, mit welcher Gründlichkeit meine altdeutschen Freunde die Proskriptionslisten anfertigten, für den Tag, wo sie zur Herrschaft gelangen würden. Wer nur im 7. Glied von einem Franzosen, Juden oder Slawen abstammte ward zum Exil verurteilt. Wer nur im mindesten etwas gegen Jahn oder überhaupt gegen altdeutsche Lächerlichkeit geschrieben hatte, konnte sich auf den Tod gefasst machen [...].“

(H. Heine, Werke Band 4, Frankfurt/Main 1968, S.415/416)

Richard Wagner (1813-1883)

Richard Wagner war aktiver Teilnehmer der 1848er-Revolution in Dresden, wurde aufgrund dessen steckbrieflich gesucht und musste einige Jahre in die Schweiz fliehen. Doch wie auch bei anderen „großen Deutschen“ schützte ihn seine fortschrittliche Einstellung in dieser Frage nicht vor Antisemitismus. Im Gegenteil, er versuchte beides miteinander zu verbinden.

Das zentrale Dokument von Wagners Antisemitismus ist seine Schrift „Das Judentum in der Musik“, erstmals 1850 veröffentlicht, erweitert und verschärft nochmal 1869. Bei der zweiten Veröffentlichung löste sie ein großes Echo von zustimmenden Reaktionen und Protesten aus. Paul Lawrence Rose nennt die Schrift den „wohl folgenreichsten Text des modernen deutschen Antisemitismus“.

„Das Judentum in der Musik“ setzt sich die Aufgabe, die innerliche Abneigung des deutschen Volkes gegen das jüdische Wesen vor allem in Bezug oder unter dem Deckmantel der Kunst und Musik zu erklären. Wagner nimmt bei seinem antisemitischen Ekel kein Blatt vor den Mund:

„Wir haben uns das unwillkürlich Abstoßende, welches die Persönlichkeit und das Wesen der Juden für uns hat, zu erklären, um diese instinktmäßige Abneigung zu rechtfertigen, von welcher wir doch deutlich erkennen, daß sie stärker und überwiegender ist, als unser bewußter Eifer, dieser Abneigung uns zu entledigen.“

(Wagner, Das Judentum in der Musik, 1869)

Die Argumentation verläuft im Folgenden so: Um eine Emanzipation der Juden müsse man sich keine Sorgen machen, da die Juden ohnehin herrschen würden, solange das Geld herrscht. Die Juden hätten sich auch den öffentlichen Kunstgeschmack angeeignet, d.h. würden auch diesen beherrschen. Das Notwendigste sei somit nicht die Emanzipation

der Juden, sondern die Emanzipation der Deutschen vom Druck des Judentums.

Weiter meint er, der wahre Deutsche fühle sich abgestoßen von den „*Eigentümlichkeiten der semitischen Aussprechweise*“, die wie ein „*zischender, schrillender, summsender und murksender Lautausdruck*“ anmute. „[...] die kalte Gleichmütigkeit des eigentümlichen ‘Gelabbers’“ steigere sich nur dann zu echtem Gefühl, wenn es vom „*egoistischen Interesse seiner Eitelkeit oder seines Vorteils*“ erregt werde.

(Wagner, Das Judentum in der Musik, 1869)

Diese Zitate sind keinesfalls Einzelfälle, der Text strotzt von solchen Passagen. Im Weiteren wird dargelegt, wie sich die Juden trotz ihrer mangelnden Befähigung die Kunst einverleibten. Sie hätten keine eigene Kunst, würden sich deswegen auf fremde Kunst draufsetzen, alles durcheinanderwerfen usw. Es gehe ihnen nicht um den Gehalt, nicht um das „WAS“, nur um das „WIE“. Juden könnten sich die Fähigkeiten aneignen, nicht

jedoch die wahre deutsche Tiefe. Dass die Juden sich nicht für die Kunst, besonders nicht zu Musikern eignen ist die Kernaussage des Textes an der Oberfläche. Dass sich die Deutschen generell von ihnen befreien müssten, die andere, die dahinter steht. In Wagners Opern treten keine als solche direkt bezeichneten jüdischen Figuren auf, jedoch viele, denen Wagner vermeintlich typisch jüdische Eigenschaften eingeschrieben hat. Dass seine Opern von germanischem Heroismus strotzen, braucht man kaum zu erwähnen. Woody Allen hat einmal gesagt: *„Ich kann nicht so viel Musik von Wagner hören, ich hätte sonst den Drang Polen zu erobern.“*

Hitler, der Wagner zu seinem Leib- und Magenkomponisten erklärte, sagte über ihn:

„Ich habe ihn zuerst in Wien gehört. In der Oper. Und ich weiß noch, wie wenn es heute gewesen wäre, wie ich mich beim Nachhauseweg wahnsinnig erregte über einige mauschelnde Kaftanjuden, an denen ich vorbeigehen musste. Einen unvereinbareren Gegensatz kann man sich überhaupt nicht vorstellen. Dieses herrliche Mysterium des sterbenden Heros und dieser Judendreck!“

(Zitiert nach: H. Frank: Im Angesicht des Galgens, 1953)

Wagners Antisemitismus wurde uunter anderem angefeuert durch seinen Verfolgungswahn gegenüber seinem ehemaligen Freund und Gönner, dem jüdischen Komponisten und Dirigenten Giacomo Meyerbeer, den er für etliche seiner Misserfolge verantwortlich machte. Auch gegen Heine, bei dem er sich vor allem für sein Frühwerk immer wieder bedient hat, entwickelte er Hass und fuhr Attacken gegen ihn. Beide werden auch im „Judentum in der Musik“ angegriffen.

Und heute ... das Beispiel Walser

Was uns in der Vorbereitung auf diese Veranstaltung auffallen ist, ist eine gewisse Ähnlichkeit zwischen den Biografien, beziehungsweise den antisemitischen Biografien Wagners und Martin Walsers. Natürlich kann gefragt werden, inwieweit Walser überhaupt in diese Veranstaltung passt. Neben Werk und Wirkung der anderen hier besprochenen muss er natürlich sehr klein aussehen. Aber die Tatsache, dass er Zeitgenosse ist, in regelmäßigen Abständen für antisemitische Skandale sorgt, erinnert sei vor allem an seine antisemitische Rede anlässlich der Verleihung des „Deutschen Buchpreises 1999 in der Frankfurter Paulskirche, und Analogien zu einigen der „großen Deutschen“ aufweist, mag das entschuldigen.

Um die 68er-Zeit, galt Walser, wie Wagner zur 1848er-Zeit als Linker. Er wurde zum Teil wegen seiner Nähe zur DKP angefeindet. Im März 2010 erschien Walsers dritter Tagebuchband, der die Zeit von 1974-78 umfasst. 1976 erschien Walsers Roman „Jenseits der Liebe“, der seinerzeit von Marcel Reich-Ranicki verrissen wurde. In dieser Zeit war Walser mehrfach im Fernsehen, unter anderem bei Dennis Scheck und Peter Voß, und hat über seine Tagebücher gesprochen. Es war wirklich unglaublich, von was für einem Verfolgungswahn er noch immer getrieben ist. Auf Reich-Ranickis Kritik von 1976 angesprochen (die übrigens seinerzeit von Kritikern und Buchhandel mit einer Solidarisierungswelle mit

Pressemitteilung zur letzten Veranstaltung

Diskussionsveranstaltung an der HU Berlin: Der Juden- hass und die "großen Deutschen"

Am Mittwoch, den 9. Juni findet in der Humboldt-Universität zu Berlin eine Diskussionsveranstaltung unter dem Titel "Der Judenhass und die 'großen Deutschen'" statt. Diese Veranstaltung des Antifa/Antira-Referats des AStA der Alice Salomon Hochschule Berlin und der Jugendantifa Berlin beschäftigt sich mit der Tradition des Antisemitismus in der deutschen Geistesgeschichte. Es ist die Abschlussveranstaltung der Reihe "Nazifaschismus – Verfolgte – Widerstand" der Jugendantifa Berlin.

Als Referent wird u. a. Benjamin Ortmeyer von der Goethe-Universität Frankfurt/Main auftreten, der momentan mit seiner Habilitationsschrift "Mythos und Pathos statt Logos und Ethos", zu führenden Erziehungswissenschaftlern in der NS-Zeit, für einiges Aufsehen und Diskussionen um die Umbenennung von Schulen, Plätzen und Straßen gesorgt hat.

An Universitäten, im Feuilleton und darüber hinaus beziehen sich heute noch viele auf “große Deutsche” wie Luther, Kant, Fichte, Hegel, Wagner u. a. Die antisemitischen Passagen oder Denkfiguren in deren Werken werden dabei oft verschwiegen, relativiert oder geleugnet.

Auch an der heutigen Humboldt-Universität, die gerade ihr 200jähriges Jubiläum feiert und deren erster gewählter Rektor Johann Gottlieb Fichte war, findet keine systematische Aufarbeitung dieses konstituierenden Kapitels der Universitätsgeschichte statt. Dabei war gerade auch der Antisemitismus der deutschen Intellektuellen vor dem 20. Jahrhundert Bestandteil des geistigen Nährbodens der Nazi-Ideologie, die sich im Mai 1933 bei der Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz so symbolträchtig äußerte.

Nico Nussinger, Pressesprecher der Jugendantifa Berlin: "Wir wollen mit unserer Veranstaltung der oft einseitigen Traditionspflege der deutschen Geistesgeschichte auf den Zahn fühlen. Alle reden von den großen Leistungen der "großen Deutschen", wie Luther oder Kant. Wir reden über ihren Antisemitismus. Dass ihr Antisemitismus nicht das Einzige ist, was sie ausmacht, wissen wir auch. Aber niemand wird aus unserer Veranstaltung gehen, ohne zu wissen, dass diese Männer große Vorurteile gegen Juden hatten, oftmals von einem regelrechten Judenhass getrieben wurden."

Aber auch heute ist der Antisemitismus natürlich nicht verschwunden. Wir machen unsere Veranstaltung also nicht aus akademischem Spaß, sondern um in der Lage zu sein, aktuelle nationalistische und antisemitische Argumentationen durchschauen und bekämpfen zu können.“

Walser beantwortet wurde) geriet er ziemlich aus dem Häuschen. Nach über 30 Jahren sprach der irrationale Hass geradezu durch ihn hindurch. Reich-Ranicki bezeichnete er, unter sichtlichem Ekel, als „diesen Herrn R.-R“. Als Peter Voß Ranickis Aussprache imitierte, hielt sich Walser die Ohren zu. Die Kritik galt dem längst reichen und mit Preisen überhäuften Autor noch immer als perfides „Attentat“ auf seine Existenz. Es sei die „böseste Kritik, die nach 1945 erschienen ist“. Und das, wo er sich, wiederum schon vor acht Jahren, mit seinem Roman „Tod eines Kritikers“, in dem er Reich-Ranicki quasi literarisch ermordet, längst gerächt hat. 1998 hatte Walser bereits in einem Artikel zu Reich-Ranicki, in Reaktion auf die Kritik seines Romans „Ein springender Brunnen“ geschrieben: „in unserem Verhältnis bin ich der Jude.“

Das ist in Bezug auf diese Veranstaltung vielleicht doch erhellend, dass sich solche Muster auch heute mitunter geradezu augenfällig fortsetzen. Mit dem kleinen „großen Deutschen“ Walser sind wir damit in der Gegenwart angekommen. Auch heute gibt es in Deutschland Nationalismus und Antisemitismus. Er hat hier seine besondere Geschichte, seine Varianten und Facetten.



Plakat der Veranstaltungsreihe

Medienartikel

PROTEST GEGEN PROPAGANDASHOW

Vor 67 Jahren verübten jüdische Kommunisten einen Anschlag auf eine Ausstellung der Nazis in Berlin. Eine Veranstaltungsreihe erinnert daran.

Es war eine der üblichen Schlagzeilen im *Völkischen Beobachter*, dem Parteiblatt der faschistischen NSDAP: »Die Hölle des Sowjetparadieses – Originaldokumente zerreißen den Schleier«, titelte die Zeitung am 9. April 1942. Der dazugehörige Artikel warb für eine Ausstellung, die vom 9. Mai bis 21. Juni 1942 im Berliner Lustgarten gezeigt werden sollte. Auf etwa 10 000 Quadratmetern wurden Pavillons errichtet, in denen unter anderem Fotos zu sehen waren, auf denen Sowjetsoldaten mit Äxten, Messern und Sicheln wie Tiere präsentiert wurden. Tatsächlich handelte es sich dabei um Aufnahmen von ausgemergelten sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Vernichtungslager KZ Sachsenhausen interniert waren und wenig später ermordet wurden.

Das faschistische Deutschland befand sich im Krieg mit der Sowjetunion und der eigenen Bevölkerung

sollte ein möglichst dämonischer Gegner präsentiert werden. Etwa 1,3 Millionen Menschen besuchten nach offiziellen Angaben die Ausstellung. Die Widerstandsgruppe um den jüdischen Kommunisten Herbert Baum wollte etwas gegen die Propagandashow unternehmen. Baum, der 1912 geboren wurde, mußte seit 1939 Zwangsarbeit in einer eigens für Juden geschaffenen Abteilung des Elektromotorenwerks von Siemens in Berlin-Spandau leisten. Gemeinsam mit einigen seiner Kollegen verübte er Sabotageakte in der Rüstungsproduktion, fertigte Flugblätter und verbreitete diese als Postwurfsendungen. Zudem beschaffte die Gruppe Geld, um Juden, die von der Deportation bedroht waren, Unterkunft oder gefälschte Papiere zu beschaffen.

Im Mai 1942 überlegten Baum und seine jüdischen Freunde, wie sie gegen die Ausstellung der Nazis protestieren könnten. Schließlich einigte man sich darauf, die Pavillons anzuzünden. Am Abend des 18. Mai 1942 legte ein Teil der Gruppe die Brandsätze. Mehrere Exponate konnten so

beschädigt werden. Die Mitglieder der Widerstandsgruppe entkamen zu nächst ungehindert.

Die Nazis waren bemüht, den Anschlag geheimzuhalten. Sämtlichen Zeitungen wurde die Berichterstattung streng untersagt; anwesende Besucher erhielten von der Gestapo Redeverbot. Für die Fahndung nach den Tätern wurde eine »Sonderkommission der Staatspolizeistelle Berlin« gebildet. Vier Tage später begannen die Verhaftungen. Herbert Baum war einer der ersten. Er starb am 12. Juni 1942 nach schweren Folterungen, ohne die Namen seiner Genossen verraten zu haben. 18 Gruppenmitglieder verurteilte die faschistische Justiz zum Tode. Am 28. und 29. Mai 1942 wurden in einer Art »Vergeltungsaktion« 500 jüdische Männer aus Berlin verhaftet. Die Hälfte von ihnen wurde sofort erschossen, andere in die Vernichtungslager verschleppt.

Mit der Veranstaltungsreihe »Täter, Opfer, Widerstand«, die am morgigen Donnerstag beginnt, wird die Jugendantifa Berlin (JAB) im kommenden Monat an die Herbert-Baum-Gruppe

erinnern. Zum Auftakt wird der Spielfilm »Der Aufstand von Sobibor. Das KZ- und Vernichtungslagersystem der Nazis« gezeigt. Beginn ist um 18.30 Uhr im Kino in der Regenbogenfabrik, Lausitzer Str. 22 in Berlin-Kreuzberg.

Nico Nussinger

»Argumentationen durchschauen«

Heute wird in Berlin der Judenhaß von »großen Deutschen« diskutiert. Ein Gespräch mit Nico Nussinger

Die Humboldt-Universität zu Berlin feiert gerade ihr 200jähriges Bestehen. Sie bringen auf einer Veranstaltung einige, die an ihr gewirkt haben, mit Antisemitismus in Verbindung. Wollen Sie der HU in die Suppe spucken?

Man könnte unsere Veranstaltung auch als kritischen Beitrag sehen. Aber es stimmt schon, daß wir dieser Riesenkampagne zur Eigenwerbung skeptisch gegenüberstehen. Früher sind die Studenten auf die Straße gegangen und haben protestiert. 2010 schickt die HU ihre Leute mit dem Programm »Humboldt unterwegs« auf die Straße, um ihr Profil nach dem Durchfall bei der Exzellenzinitiative aufzupolieren oder nach Drittmitteln zu fischen.

Und da greifen Sie zum Antisemitismusvorwurf?

Da brauchen wir nicht weit auszugreifen. Johann Gottlieb Fichte, der gesagt hat, er sähe kein anderes Mittel, den Juden Bürgerrechte zu geben, als ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und neue aufzusetzen, in denen keine jüdische Idee sei, war der erste offizielle Rektor der Universität. Von einer systematischen Aufarbeitung dieses Kapitels der Uni-Geschichte ist nichts zu spüren. Im Gegenteil. Allein

Nico Nussinger ist Pressesprecher der Jugendantifa Berlin (JAB), die heute zur Diskussion in die Humboldt-Universität lädt

in der Denkmalgestaltung um die HU herrscht ein wildes Durcheinander. Da steht das Fichte-Porträt sozusagen kommentarlos neben der Statue von Heine. Letztlich ist alles willkommen, was prestigeträchtig verwurstet werden kann.

Wer sind denn die großen Deutschen, über die Sie diskutieren möchten?

Wenn wir von großen Deutschen sprechen, stehen sie in Anführungszeichen. Es geht um Geistliche, Philosophen und Künstler, auf die sich heute noch vielfach bezogen wird.

Die antisemitischen Denkfiguren oder Passagen, die sich bei ihnen finden, werden verharmlost, geleugnet, meistens einfach verschwiegen. Genauer unter die Lupe nehmen wir Luther, der gesagt hat, man solle alle Synagogen verbrennen, Kant, der die Juden für Betrüger hielt, und Wagner, der meinte, ein richtiger Deutscher habe einen ganz natürlichen Ekel vor Juden. Unser Gastreferent Benjamin Ortmeier von der Goethe-Uni in Frankfurt/Main wird unter anderem über Fichte, Hegel und Hoffmann von Fallersleben sprechen.

Tritt nicht zumindest bei einigen der Erwähnten der Antisemitismus hinter den tatsächlich großen Taten zurück?

Zum Großteil sind das sozusagen Säulenheilige der deutschen Geistesgeschichte. Alle reden von den Leistungen dieser »großen Deutschen«. Wir reden von ihrem Antisemitismus. Luther hätte nicht den Ruf, den er genießt, wenn er sich nicht mit der katholischen Kirche angelegt hätte. Hegel hat zum Beispiel den engen Zusammenhang zwischen realer Geschichte und Ideengeschichte aufgezeigt. Und natürlich gibt es da Unterschiede. Während der Antisemitismus bei Hegel nicht so ungestüm und teilweise

schwerer zu fassen ist, hat Wagner seinen Judenhaß exzessiv ausgelebt. Darauf hat sich ja auch Hitler gerne bezogen.

Ihre Veranstaltung zieht eine Linie von Luther zu Hitler?

Es handelt sich um den Abschluß unserer einjährigen Reihe »Nazifaschismus – Verfolgte – Widerstand«. Für den Herrenmenschengedanken in der Nazizeit war die Bezugnahme auf geschichtliche Autoritäten wichtig. So oder so schufen Intellektuelle schon lange vor dem 20. Jahrhundert einen geistigen Nährboden für die Nazis. Daß ein direkter Weg von Luther zur Shoah führt, ist damit nicht gesagt. Aber ob es sie ohne die aggressive antisemitische Tradition in der deutschen Geschichte gegeben hätte, ist wohl auch zu bezweifeln. Wir machen die Veranstaltung nicht nur aus geschichtlichem Interesse oder akademischem Spaß, sondern vor allem, um antisemitische Argumentationen heute durchschauen und bekämpfen zu können. Sie bekommen ja gerade wieder Hochkonjunktur.

Interview: Marlene Schulte

◆ Diskussion »Der Judenhaß und die »großen Deutschen«, heute, 19 Uhr, HU Berlin, Unter den Linden 6, Westflügel, Raum 1070



Die vorliegende Dokumentation umfasst Beiträge zu fünf thematisch gegliederten Veranstaltungen, die die Jugendantifa Berlin im Rahmen der antifaschistischen Veranstaltungsreihe „Nazifaschismus - Verfolgte - Widerstand“ in den Jahren 2009 und 2010 durchgeführt hat. Mit dieser Veranstaltungsreihe ging es uns darum, uns wesentliche inhaltliche Schwerpunkte im Kampf gegen die heutigen Nazis anzueignen und Position zu beziehen. Getreu dem Motto: „Zur Praxis gehört die Theorie“. Es ist unser Anliegen, die Nazis und ihre Verbrechen anzuklagen, der Verfolgten des Nazi-terrors zu gedenken und Kontinuität gewährleistend antifaschistisch zu arbeiten. Hierfür ist es wichtig, über den aktiven Kampf hinaus (beispielsweise gegen die lokale Naziszene und den staatlichen Rassismus), den Nazifaschismus und seine Bestandteile zu kennen. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist für den praktischen und theoretischen Kampfunerlässlich.

Herzlichen Dank für die Unterstützung durch ...

